Dienstag, 22. Februar 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 38,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 44 - S.W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A
Axel Springer Verlag AG Postf. 10 08 64 4300 Essen 1 Tel. (0 20 54) 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

Umweltschäden in der „DDR“ nehmen gefährliches Ausmaß an

Waldsterben auch in der CSSR / Proteste werden unterdrückt

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Umweltschäden in der „DDR“ und in der Tschechoslowakei haben katastrophale Ausmaße angenommen. In Aufzeichnungen, die der Bundesregierung vorliegen, heißt es: „Es häufen sich in letzter Zeit Berichte über umweltbedingte Todesfälle, besonders bei Kindern und alten Leuten.“ Gelegentlich komme es zu Bürgerprotesten. Diese aber würden mit Schuldzuweisungen an das Ausland, mit Produktionsnotwendigkeiten und mit Einschüchterungen unterdrückt.

In der „DDR“, so heißt es, werde zum Beispiel Smog-Alarm nicht über die Medien, sondern an betroffene Schulen und Kindergärten direkt gegeben. Für Personen, die in besonders belasteten Gebieten leben, gebe es Prämien und eine gewisse Sonderversorgung mit Lebensmitteln. Dafür würden aber in Industriegebieten „Umzugsverbote“ auferlegt. Um die Bevölkerung ruhig zu halten, würden Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen über das Ausmaß der Umweltverschmutzung vertraulich behandelt, also nicht veröffentlicht.

Die in der „DDR“ und in der Tschechoslowakei durch Luftverschmutzung entstandenen Umweltschäden, so heißt es in den Berichten, seien „nicht mehr zu übersehen“. Waldgebiete, die ein mehrfaches der Grundfläche von Luxemburg umfassen, sollen danach völlig zerstört worden sein. Die Ursachen dafür seien im wesentlichen darin zu sehen, daß nur wenige Industriebetriebe und Großheizungsanlagen Abgas-Entstaubungsvorrichtungen haben; Entschwefelungsanlagen fehlten fast völlig.

Hauptschadensgebiet in der „DDR“ sind nach den vorliegenden Berichten das gesamte Industriegebiet im Raume Leipzig–Bitterfeld–Halle und die Wälder im Gebiet um Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), die von Abgasen aus der Tschechoslowakei stark in Mitleidenschaft gezogen würden. Auf dem Erzgebirgskamm gingen Tannen, Fichten und Kiefern ein. Die Gegend um Marienberg, Annaberg und Fichtelberg seien besonders geschädigt. In der Tschechoslowakei seien Umweltschäden vor allem in den Waldgebieten von Nordböhmen, im Erzgebirge und im Industriegebiet von Mährisch Ostrau zu verzeichnen.

Die Wasserverschmutzung habe in der „DDR“ und der CSSR beträchtlich zugenommen. Die zugelassenen Schadstoffkonzentrationen in den Flüssen der „DDR“ würden gelegentlich bis um das hundertfache überschritten. Schlechte Trinkwasserversorgung sei die Folge der Gewässerverschmutzung.

Mit einer Verbesserung der Umweltsituation in der „DDR“ und in der CSSR sei in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, heißt es in den Berichten. Die wichtigsten Gründe dafür seien technisch veraltete Industrieanlagen. Technologien zur Entlastung der Umwelt würden kaum entwickelt. Weder für die Staats- noch die Wirtschaftsorgane beider Länder bestehe ein starker Anreiz, Umweltschutzmaßnahmen ernsthaft zu ergreifen. Für sie habe die Planerfüllung bei der Industrieproduktion höchste Priorität.

DER KOMMENTAR

31-Stunden-Woche

PETER GILLIES

Die Verfechter der 35-Stunden-Woche werden sich überrascht geben, wenn sie erfahren, daß in der deutschen Industrie nur noch 31,2 Stunden tatsächlich am Arbeitsplatz verbracht werden. Die Arbeitswoche mit 40 Stunden ist vom Sozialstaatsbürger korrigiert worden – um neun Stunden nach unten.

Vielfältig wie das Leben sind die Ursachen: Urlaub, Feiertage, Krankheit, Mutterschutz, Unfall, Sonderurlaub, die Kur, entschuldigtes wie unentschuldigtes Fehlen, der „blaue“ Montag oder Freitag, der Gang zum Arzt oder Friseur, die vielerlei Abhaltungen und Unpäßlichkeiten, die dem Aufsuchen des Arbeitsplatzes im Wege stehen.

Stoff zum Nachdenken bieten die statistischen Daten der vom Institut der deutschen Wirtschaft vorgelegten Studie. Frauen fehlen häufiger als Männer, Arbeiter öfter als Angestellte, Ausländer mehr als Deutsche, Jüngere häufiger als Ältere, in Kleinbetrieben weniger oft als in Großbetrieben, Hochqualifizierte haben geringere Fehlzeiten als Hilfsarbeiter.

Simple Deutungen dieser Zusammenhänge verbieten sich. Aber eines bleibt: die Betriebe müssen die Kosten von 40 Wochenstunden verkraften, erhalten aber nur für 31 Stunden Arbeitsleistung.

Die schwedische Industrie ist gar bei einer rechnerischen Wochenarbeitszeit von 29,9 Stunden angelangt. Die Japaner dagegen arbeiten noch 40,3 Stunden wöchentlich, gut 470 Stunden im Jahr mehr als die deutschen Kollegen. Auch die tatsächliche Arbeitszeit eines Amerikaners liegt mit 35,4 Stunden deutlich höher als die eines Deutschen.

Einem Industriestaat wie der Bundesrepublik kann die Schlepplast des Sozialen nicht gleichgültig sein. Sie bremst seine Wettbewerbsfähigkeit auf ausländischen Märkten und macht ihn innerlich immobil. Die Abschaffung der Arbeit bei vollem Lohnausgleich bleibt ein Pilotprojekt menschlicher Wünsche. 2,5 Millionen Menschen machen die Erfahrung, wohin es führt, das Wünschbare mit dem Finanzierbaren zu verwechseln.

Zurück zur effektiven 35-Stunden-Woche? Der Verteilungsstaat mag es verhindern. Der Preis für Arbeit hängt jedoch eng mit der Arbeitsmenge zusammen. Wir müssen mehr arbeiten, um später weniger arbeiten zu können.

POLITIK

…Union wirbt jetzt gezielt um SPD-Wähler

DW. Bonn

…n der Schlußphase des Wahlkampfes zum 10. Bundestag sind …DU und CSU dazu übergegangen, verstärkt um die Stimmen von …D-Anhängern zu werben. Nach …m CSU-Vorsitzenden Franz Jo… Strauß begründete gestern …ch CDU-Generalsekretär Heiner …ißler diesen „ungewöhnlichen …hritt“ damit, daß der SPD-Kanzkandidat Hans-Jochen Vogel au…n- und wirtschaftspolitisch ei…n anderen Kurs steuere, als er …lang von der SPD vertreten wor…n sei. „Die Vogel-SPD ist nicht …hr die Schmidt-SPD“, sagte …ißler vor der Presse in Bonn. Er …derte „Arbeiter und Angestellte, …er vor allem auch die Arbeitslo…“ auf, mit ihrer Stimme am 6. …rz „den beginnenden Auf…wung zu unterstützen“. Der …D-Kanzlerkandidat, so der …DU-Vorwurf, mache „mit den rot…inen Maschinenstürmern ge…insame Sache“. Dies schaffe in …r SPD wachsendes Unbehagen. …ißler: „Wer am 6. März SPD …hlt, gefährdet seinen eigenen …beitsplatz.“ Strauß hatte unter …derem die „maßvollen Kräfte“ in …r SPD zur Trennung „von den …deren“ aufgefordert.

Stolze fordert Bahr zu Klarstellung auf

Co. Bonn

Die Bundesregierung hat sich gestern betroffen über schwedische Zeitungsberichte geäußert, wonach Inhalt und Zeitpunkt der schwedischen Initiative für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa maßgeblich auf den SPD-Abrüstungsexperten Egon Bahr zurückzuführen seien. Die Art und Weise, in der hier offensichtlich eine fremde Regierung als Transporteur von Auffassungen herhalten solle, die nicht den deutschen Interessen dienten, sondern für den Wahlkampf gedacht seien, müsse Befremden auslösen, stellte Staatssekretär Diether Stolze vor der Presse fest. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme habe die Darstellung der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ über Bahrs Rolle zwar zurückgewiesen, fuhr Stolze fort. Aber der SPD-Politiker selbst schweige bisher noch. Er bleibe aufgefordert, den Sachverhalt klarzustellen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), forderte den SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel auf, Bahr im deutschen Interesse unverzüglich aus seiner Wahlkampfmannschaft zu entfernen.

ZITAT DES TAGES



„Die sowjetische Friedensoffensive ist nur für den Export gedacht.“

…ward P. Thompson, „Chefideologe“ …britischen Friedensbewegung, im …ardian“. Verhaftungen von Rü…gsgegnern in der „DDR“, so …mpson, zeigten, daß „die Lichter …bhängiger Denkweisen“ im Osten …gsam ausgehen“. FOTO: DPA

Mehr Kampfkraft

dpa, Berlin

Mit einem „höchstmöglichen Zuwachs an Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft“ wollen die Mitglieder der staatlichen „DDR“-Jugendorganisation FDJ, die derzeit bei der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen dienen, auf die gegenwärtige Militärpolitik des Westens reagieren. In einer Erklärung dieser FDJ-Mitglieder, die gestern im Parteiorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde, heißt es, dies sei „die eindeutige und klare Antwort auf den abenteuerlichen und friedensgefährdenden Konfrontations- und Hochrüstungskurs der USA und der NATO“.

Moskauer Kampagne

DW. Moskau

Die Sowjetunion setzt vor der Bundestagswahl ihre Kampagne gegen die Sicherheitspolitik der Regierung Kohl/Genscher in massiver Weise fort. „CDU und CSU wollen allem Anschein nach die Bundesrepublik bewußt zum nuklearen Schaffott führen“, kommentierte die Moskauer Presseagentur Nowosti. Und unter Anspielung auf die Position der SPD heißt es weiter, Moskau führe den Dialog sowohl mit den regierenden als auch mit den oppositionellen Parteien der Bundesrepublik, um jene Bemühungen zu bekräftigen, die den „Interessen des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung“ entsprächen. Seite 2

…Lage verschärft“

dpa, Genf

…ie ehemalige Präsidentin des …ropäischen Parlaments, die …nzösin Simone Veil, hat gestern …Genf die „ernste Lage“ der Juden …der Sowjetunion bedauert. Deren …uation habe sich seit der Macht…rnahme durch Jurij Andropow …h verschärft. Sie wies darauf hin, … die Ausreisebewilligungen für …jetische Juden im Januar mit 81 … bisher tiefsten Stand erreicht …ten.

…ste Geldbußen

rmc. Bonn

…egen die Zivildienstleistenden, … am 27. Januar mit gesetzwidri… Arbeitsverweigerung gegen die …uregelung des Rechts auf Aner…nnung von Kriegsdienstverwei…ern reagiert hatten, hat das Bun…samt für den Zivildienst gestern … ersten Disziplinarverfügungen …sandt. Es verhängte darin Geld…ßen zwischen 30 und 150 Mark. …e Höhe der Buße richtet sich nach …r Dauer der Arbeitsverweigerung …d anderen Umständen, die das …enstvergehen gewichtiger ma…en. Das Geld wird den Bestraften …m Sold oder Entlassungsgeld ab…zogen. Wie das Bundesjugendmi…sterium mitteilte, sind nach dem …treik“-Tag rund 3700 Disziplinar…rfahren anhängig.

…espräche mit Moskau

rtr. Peking

…Die chinesisch-sowjetischen Ge…räche über eine Verbesserung der …ateralen Beziehungen werden …raussichtlich am 1. März fortge…zt. Dies wurde gestern aus japani…hen Kreisen bekannt, die sich auf …n chinesischen Parteichef Hu Ya…ang beriefen.

WIRTSCHAFT

Opec-Sitzung beantragt

dpa/VWD, Paris

Algerien hat gestern eine Dringlichkeitssitzung der Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) beantragt. Das bestätigte die algerische Botschaft in Paris. Im Mittelpunkt der Sitzung soll die Lage auf den internationalen Ölmärkten nach den Ölpreissenkungen durch Großbritannien, Norwegen und durch das Opec-Mitglied Nigeria stehen.

Aktien fest

DW. Frankfurt

Zum Wochenbeginn setzte sich der Kursaufschwung an der deutschen Aktienbörse fort. WELT-Aktienindex 117,0 (115,1). Der Rentenmarkt war freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,3928 (2,4045) Mark. Goldpreis je Feinunze 504,50 (503,50) Dollar.

WETTER

Heiter bis wolkig

DW. Essen

Nach Auflösung von örtlichem Frühnebel im ganzen Bundesgebiet heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Tagestemperaturen zwischen 1 und 4 Grad, in der Nacht Frost um minus 3 Grad. Allgemein schwachwindig.

Moskau treibt SS-20-Aufbau voran

Neue Erkenntnisse über die schnelle Transportierbarkeit der Rakete

MANFRED SCHELL, Bonn

In den westlichen Hauptstädten herrscht große Besorgnis über die massive Aufrüstung der Sowjetunion mit atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20. Während sich die USA um einen neuen Anlauf bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf bemühen, sind der NATO alarmierende Informationen zugegangen:

– Im Militärbezirk Karpaten und in Barnaul zwischen Nowosibirsk und Baikal steht der Bau der 38. und der 39. SS-20-Stellung vor dem Abschluß. Jede dieser Stellungen hat neun Abschußlafetten. Pro Woche produziert die Sowjetunion eine neue SS-20-Rakete. Bisher verfügt sie über 333 Abschußrampen.

– Satellitenaufnahmen der USA haben Erkenntnisse darüber gebracht, daß Moskau entlang der transsibirischen Eisenbahn nicht nur Abschußanlagen, sondern auch Bunker für die Lagerung von SS-20-Raketen angelegt hat. Die Dächer dieser Silos können beiseite geschoben werden. Die Auswertung von Informationen hat ergeben, daß die Raketen im Alarmfalle „innerhalb von Minuten“ abgefeuert werden können.

– Die SS-20-Raketen sind so vorbereitet, daß ihre Feuerbereitschaft im Gelände in zweieinhalb Stunden hergestellt werden kann. In der Nähe der Stellungen, so haben die NATO-Erkenntnisse ergeben, werden auf Sonderfahrzeugen mit eigenen Ladebühnen Ersatzraketen bereitgehalten. Der „Nachladevorgang“ dauert nur etwa 30 Minuten. Außerdem sind die Raketen so vorbereitet, daß sie auf Schiene, Straße und auf dem Luftwege transportiert werden können. Alle Raketenstellungen sind außerdem an Gleisanlagen angeschlossen und Straßen mit einer Tragfähigkeit von 90 Tonnen einschließlich des notwendigen Brückengerätes stehen für eine Verlegung der Raketen nach Westen ebenfalls zur Verfügung.

– Bei einer Marschgeschwindigkeit von rund 50 Stundenkilometer, so haben die Berechnungen der NATO ergeben, dauert der Transport von SS-20-Raketen von Novosibirsk in Stellungsräume, von denen aus Mitteleuropa erreicht werden kann, nur einen Tag und aus Baikal etwa zwei bis drei Tage.

– Für den Lufttransport von Raketen stehen die Transporter AN-22 TC und IL-76 zur Verfügung. Beide Flugzeuge können je eine SS-20-Rakete aufnehmen. Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich, daß die von Moskau angebotene Verlegung von Raketen dieses Typs in die östliche Sowjetunion die Sicherheit Europas nicht erhöhen würde. Wenn SS-20-Raketen in einer Krise bei Nacht verlegt und dabei Tarnmittel benutzt werden, kann dies vom Westen mit Aufklärungsmitteln kaum registriert werden.

– Unabhängig von der Aufrüstung im SS-20-Bereich unternimmt Moskau große Anstrengungen zum Ausbau seines Marschflugkörper-Programms. Bisher verfügt die Sowjetunion über 6 Typen für den Abschuß von Land, von U-Booten, von Flugzeugen und von Überwasserschiffen.

„Die IG Metall muß sich jetzt bewegen“

WELT-Gespräch mit Arbeitgeber-Geschäftsführer Kirchner vor der vierten Tarifrunde

GÜNTHER BADING, Köln

Die Metall-Arbeitgeber werden auch in der vierten Runde der Tarifverhandlungen 1983 (sie beginnt am kommenden Donnerstag in Bayern) nicht über ihr bisher vorgelegtes Angebot von 2,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt bei drei „Leermonaten“ hinausgehen.

In einem WELT-Gespräch sagte Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, allerdings sei auch der Unternehmerseite klar, daß dies noch nicht der Tarifabschluß sein werde. Es sei jetzt an der IG Metall, sich zu bewegen. Kirchner forderte die Gewerkschaft auf, vor allem von der „falschen Forderung“ nach einem Inflationsausgleich Abstand zu nehmen.

Zur Frage, ob die angebotenen 2,5 Prozent das „letzte Wort“ der Arbeitgeber seien, sagte Kirchner: Gesamtmetall stellt kein Ultimatum auf, denn wir wissen, daß so die Lösung des Tarifkonflikts nicht zustandekommen kann. Wir wollen und müssen uns mit der Gewerkschaft einigen. Deswegen kann man auch nicht sagen, daß die 2,5 Prozent das letzte Wort sind. Sie sind aber auf dem Weg zu einer Lösung eine Station, der kein weitergehendes Angebot mit erhöhten Zahlen folgen kann. Nun müßte die IG Metall von sich aus den Weg finden, sich dieser Angebotsposition der Arbeitgeber so weit zu nähern, daß sich daraus eine Lösung finden läßt.“

Die IG Metall hat zwar in den regionalen Tarifbezirken Forderungen von bis zu 6,5 Prozent erhoben. Allerdings hat ihr Vorstand als Ziel der Lohnrunde den Ausgleich der für dieses Jahr erwarteten Preissteigerungsrate gesetzt. Arbeitgebersprecher Kirchner kritisierte diesen Ansatz. „Die IG Metall muß zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie das ungern tut, daß der Ausgleich der Inflation kein Maßstab für unsere Tarifpolitik sein kann und darf.“ Wenn man die erwartete Preissteigerungsrate als Maßstab für Einkommenssteigerungen setzen wolle, dürfe man nicht übersehen, daß eben diese Tarifanhebungen Kosten verursachten, die wieder die Inflationsrate beeinflußten.

„Außerdem haben wir in der Vergangenheit oft genug die Verantwortung dafür mit übernehmen müssen, daß durch überhöhte Lohnabschlüsse, die sich zu nahe an die Inflationsrate heran bewegten, sie auch zum Teil deckten, Arbeitskosten entstanden sind, die die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen stark einschränken, die zu der hohen Insolvenzzahl und mit zur hohen Arbeitslosigkeit geführt haben. Wenn man aus Fehlern lernen will – und die Zeit ist wohl da, daß man aus den Erfahrungen Konsequenzen zieht –, dann muß man einfach dem Prinzip abschwören, die Inflation über Lohnerhöhungen einholen zu wollen.“

Kirchner nahm auch Stellung zu Berichten, daß die IG Metall angeblich bereit sei, einen Abschluß in Höhe der im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ausgewiesenen durchschnittlichen Einkommenssteigerung um 3,5 Prozent zu tätigen. Keinesfalls könne diese Zahl gleichgesetzt werden mit dem auch von der Bundesregierung erwarteten Tarifabschluß. Im Jahreswirtschaftsbericht werde eine gesamtwirtschaftliche Durchschnittszahl angegeben. Für die konkreten Tarifabschlüsse aber ergäbe sich aus den unterschiedlichen Terminen für das Inkrafttreten der Tarifverträge die zwingende Schlußfolgerung, „deutlich unter dieser Zahl abzuschließen“.

Man müsse beispielsweise sehen, daß etwa im Metallbereich der Tarifvertrag zum 31. Januar auslaufe, im ersten Monat dieses Jahres also noch die 4,2-Prozent-Erhöhung aus dem vergangenen Jahr wirksam sei. Die späteren Tarifabschlüsse in den anderen Branchen gehen

● Fortsetzung Seite 8

„40 Stunden stehen nur auf dem Papier“

Rei. Bonn

Die Beschäftigten in der deutschen Industrie arbeiten nach dem Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) pro Woche effektiv nur durchschnittlich 31 Stunden. Die „40-Stunden-Woche“ stehe „nur auf dem Papier“.

Von den fehlenden knapp neun Stunden entfallen nach dieser Untersuchung mehr als sechs Stunden auf Urlaub und Feiertage sowie zweieinhalb Stunden auf individuelle Fehlzeiten wie Krankheit, Unfallfolgen, Mutterschutzfristen, Sonderurlaub oder entschuldigtes und unentschuldigtes Fehlen. Im Vergleich zu einer ersten IW-Erhebung zu diesen Fragen vom Jahre 1979 ist der Anteil der Fehlzeiten an der Soll-Arbeitszeit allerdings von 8,4 auf 8,2 Prozent im Jahre 1981 zurückgegangen.

Angestellte fehlen danach seltener als Arbeiter, Beschäftigte in Großbetrieben häufiger als ihre Kollegen in kleineren Firmen. Die Fehlzeiten der Männer betragen im Durchschnitt 7,8 Prozent, die der Frauen 9,4 Prozent – vermutlich wegen der nur ihnen zuzurechnenden Mutterschutzfristen. Abwesenheit der Männer wegen Wehrdienst oder Reserveübungen wurden nicht berücksichtigt.

Die Umfrage bei Unternehmern, die insgesamt 3,6 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen, ergab auch, daß ausländische Arbeitnehmerinnen häufiger fehlen als deutsche. Prinzipiell verzeichnet man bei Ausländern erst seit den siebziger Jahren schlechtere Werte als bei Bundesbürgern. Die ausländischen Arbeitnehmer melden sich häufig im Zusammenhang mit ihrem Urlaub krank, an der Spitze die Italiener.

Kohl: Notlage für Schwangere ausschließen

KNA, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel haben den vom Grundgesetz vorgegebenen „Stellenwert der Familie“ in der Bundesrepublik Deutschland betont.

Kohl erklärte, daß es „zu den wichtigsten Aufgaben unserer Politik“ gehöre, „die Familie materiell, rechtlich, aber auch ideel zu fördern“. Diesem Ziel diene unter anderem der Plan der Union, durch flexiblere Arbeitszeitregelungen Vätern und Müttern die Möglichkeit zu geben, sich um die Erziehung der Kinder besser zu kümmern.

„Vernünftige Rahmenbedingungen“ in der Sozial- und Familienpolitik und nicht neue Gesetze sollten auch dazu führen, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu verringern. „Es gehört ganz wesentlich zur Rückbesinnung auf Grundwerte, die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens hervorzuheben.“ Mit der Neufassung des Paragraphen 218 sei die Problematik des Schwangerschaftsabbruchs nicht gelöst. Die Politik müsse Voraussetzungen dafür schaffen, daß die „sozialen Notlagen für schwangere Frauen in unserer Gesellschaft vermieden“ werden.

Vogel, der die Familien als „Grundlage des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens“ bezeichnete, betonte hingegen, daß der novellierte Paragraph 218 „bessere Möglichkeiten des Lebensschutzes“ gewährleiste. Er habe auch „nicht den Eindruck, es gebe in der Frage der Neuregelung des Paragraphen 218 keine Gemeinsamkeiten zwischen der katholischen Kirche und der SPD“. In erster Linie sei immer nur der Weg „streitig“ gewesen.

Zerbricht die PLO am Fes-Plan?

Radikalen Gruppen wird Austritt freigestellt / Habasch fordert Mubaraks Sturz

AP, Algier

Die hinter PLO-Chef Arafat stehende Mehrheit des „Palästinensischen Nationalrates“ in Algier ist offenbar bereit, es wegen des Friedensplans der Arabischen Liga auf einen Bruch mit den radikalen PLO-Gruppierungen ankommen zu lassen.

PLO-Sprecher Rachman sagte vor der Presse, der Nationalrat (das „Exilparlament“ der Palästinenser) werde den Fes-Plan billigen. Wem dies nicht passe, dem stehe es frei, sich aus der PLO zurückzuziehen. Die radikalen Gegner Arafats nehmen Anstoß an Artikel 7 des Plans, der eine Anerkennung Israels durch einen künftigen unabhängigen Palästinenser-Staat in Westjordanien und Gaza vorsieht.

Der Chef der Splittergruppe „Volksfront für die Befreiung Palästinas/Generalkommando“, Dschibril, hat bereits zweimal gedroht, mit seiner Gruppe aus der PLO auszutreten, falls der Fes-Plan gebilligt werde. Dschibril könne gern in der PLO bleiben, sagte der Sprecher, wolle er aber austreten, so stehe ihm das frei.

Auf die Frage, ob der Nationalrat den PLO-Chef Arafat ermächtigen werde, seine Kontakte mit der ägyptischen Regierung unter Präsident Mubarak weiter zu verfolgen, sagte Rachman, die PLO sei zu Kontakten mit Ägypten bereit, „doch nicht auf der Grundlage von Camp David“. Eine ägyptische Beobachter-Delegation sei mit der PLO übereingekommen, ein gemeinsames Komitee für die künftigen Beziehungen zwischen dieser Organisation und „nationalen Elementen im Bruderland Ägypten“ zu bilden. Der radikale PLO-Führer Georges Habasch und der Sicherheitschef der PLO, Abu Iyad, hatten vor dem Nationalrat das ägyptische Volk aufgefordert, sich Mubaraks zu entledigen oder ihn zur Abwendung von Camp David zu zwingen.

PLO-Chef Arafat warf seinen Gegnern vor dem Nationalrat indirekt vor, sie hätten den Boden für die israelische Invasion Libanons und die Vertreibung der PLO aus Beirut bereitet. Arafat sagte: „Wir haben einen Preis für das Scheitern des ersten Fes-Gipfels (1981) bezahlen müssen. Er bestand im Tod von 70 000 palästinensischen Märtyrern, die bei der Invasion Libanons fielen.“

Nachdem der erste Gipfel in Fes wegen syrischer Einwände gegen jegliche Friedensinitiativen gegenüber Israel gescheitert war, wurde die Konferenz von Fes im September 1982 wiederaufgenommen. Sie verabschiedete einen Nahost-Friedensplan, der erstmals eine gegenseitige Anerkennung und friedliche Koexistenz von Israel und den arabischen Staaten vorsah.

Seite 2: Vom Mord zum Management

Heute in der WELT

…einungen: Ohne wenn und aber – Von Herbert Kremp S. 2
Die Kreuzfahrt der Gutachter im Nebel des Prozesses Bachmeier S. 3
Parteien werben um Berliner mit Stimme S. 4
Der Grenzschutz wartet auf die Wende S. 5
Blockfreie suchen wieder Indiens Führung S. 6
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 7
Reagans Wahlgegner haben kein glaubwürdiges Thema S. 8
Wirtschaft: Mobile Immobilie – Von Hans Baumann S. 9
Sport: Bundestrainer Derwall und die Experimente S. 14
Fernsehen: Eine Bayerin mit Widersprüchen – Veronika Fitz S. 14
Kultur: Sensationelle Entdeckung der Krebsforschung S. 15
Aus aller Welt: Flughafen – dunkle Wolken über Köln/Bonn S. 16

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freund in der Not

Von Peter M. Ranke

Amerika läßt Freunde nicht im Stich. Nach dem Sturz des Schah und der Geiselnahme von Teheran war seine Entschlossenheit ins Zwielicht geraten. Im Fall des von Libyen bedrohten Sudan hat Washington jedoch demonstriert, daß es heute wieder schnell und stark zu reagieren vermag. Das ist nicht nur für Sudans Präsident Numeiri beruhigend, sondern auch für Mubarak in Kairo und Habre in Tschad, denen die politischen Wühlmanöver oder die militärischen Kraftakte Khadhafis gelten.

Wie ernst die Truppenkonzentrationen der Libyer bei den Kufra-Oasen zu werten sind, können Fachleute nach Auswertung der Aufklärung durch die vier Awacs-Maschinen feststellen. Durch libysche Umsturzmanöver ist Numeiri allemal bedroht. Ebenso auch Mubarak durch die libysche Unterstützung für die radikalen Moslems in Ägypten.

Aber die Entsendung der „Nimitz" in die Syrte und der Awacs-Maschinen nach Ägypten reichen erst einmal aus, um Khadhafi und seine Freunde zu warnen. Unterstrichen wird dies durch den Besuch des Pentagon-Staatssekretärs West und des Befehlshabers der „schnellen Eingreiftruppe", General Kingston, in Kairo. Inzwischen hat auch US-General Walters in Sudan, in Somalia und Tunesien weitere Waffenhilfe zugesichert.

Der schnelle Einsatz von Flotte und Luftwaffe klärte die politische Lage und vereitelte den wahrscheinlichen Versuch, Freunde Amerikas zu destabilisieren und im Süden der NATO einen neuen Krisenherd zu schaffen. Das Geschimpfe aus Tripolis, Moskau und Damaskus zeigt, wer ein Interesse daran hat.

Moskauer Übereifer

Von Enno v. Loewenstern

Die nahenden Bundestagswahlen sind natürlich ausschließlich eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik." Wir wissen es. Wie schön, daß auch die UdSSR es weiß. Wird ihrer Führung doch nachgesagt, sie wisse das nicht so genau. Jetzt aber sandte sie uns einen umfänglichen Aufsatz ihrer Agentur Nowosti, der mit diesem Trompetenstoß beginnt.

Man möchte das Werk daraufhin aus der Hand legen. Denn was gibt es eigentlich nach dieser Einsicht anderes zu sagen als dieses: daß Moskau uns zur Wahl also nichts zu sagen hat? Gemach. Noch ist nicht geklärt, wer über die *inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik* bestimmt.

„In diesem Zusammenhang erhebt sich in Moskau eine durchaus legitime Frage", weist Nowosti eventuelle Zweifler zurecht. „Hat denn die jetzige Führung der Bundesrepublik eine eigene Politik auf dem Gebiet der Begrenzung der Kernwaffen, die den nationalen Interessen der Bundesrepublik Rechnung trägt?" Ach ja, das „nationale Interesse" oder wie man anderswo neuerdings öfter liest, „im deutschen Interesse". Wer bestimmt nun darüber?

„CDU und CSU wollen allem Anschein nach die Bundesrepublik ganz bewußt zum nuklearen Schafott führen", klärt Moskau uns auf. Der „neuen Regierung" nach dem 6. März hingegen wird in Frageform nahegelegt, die „unabhängige Entwicklung der Bundesrepublik" in den Vordergrund zu stellen, „die den nationalen Interessen der Bundesrepublik" entspreche. Also, wer jetzt noch nicht weiß, auf welche Weise wir von der NATO „unabhängig" werden sollen, lernt's nie. Übrigens: was hat Vogel sich neulich wegen einer Bemerkung Reagans aufgeregt; welch vorbildliche Gelassenheit zeigt er gegenüber allen Liebesgrüßen aus Moskau! Fairerweise sollte dennoch jemand gegen diese ständigen *Einmischungen in unsere inneren Angelegenheiten* protestieren. Denn wenn Moskau so weitermacht, wählt bald wirklich niemand mehr die SPD.

Tod einer Partei

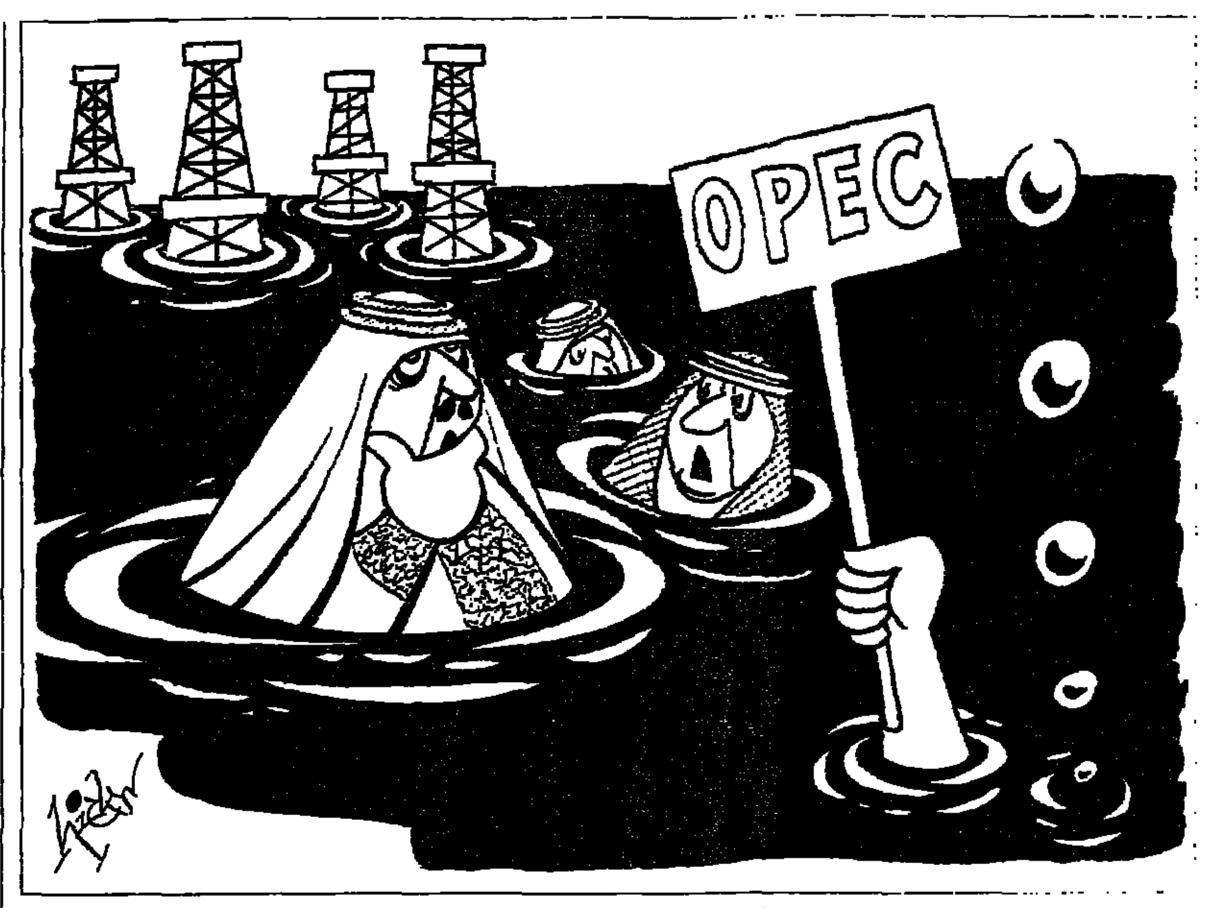
Von Rolf Görtz

Sanft, wie er begonnen hatte, verkündete Landelino Lavilla, der vierte Präsident der ersten Regierungspartei des demokratischen Spaniens, dieser Tage seinen Rücktritt. *Damit begann der letzte Akt der ohnehin in* Auflösung begriffenen Union des Demokratischen Zentrums (UCD). Die Sammelpartei scheiterte an der Ausübung jener Macht, die einst das so ziemlich einzige gemeinsame Konzept ihrer Gruppen war.

Die UCD begann als künstliches Konglomerat von Parteien, die dem gesamten Spektrum des Deutschen Bundestages entsprachen. Sie verlor vor allem deshalb, *weil ihre führenden Kräfte glaubten, ohne Rücksicht auf* die vorsichtig-konservativen Vorstellungen ihrer Wähler einen eigenen Weg gehen zu können.

Die spanischen Wähler aber hatten sich längst an Europa orientiert. Die einen folgten sozialdemokratischen, die anderen bürgerlichen Leitlinien. Die UCD aber glaubte unter ihrem ersten Präsidenten Adolfo Suarez beides ignorieren zu können. Sie steuerte einen *Kurs der Mitte, der schließlich mangels eigener Ideologie* immer mehr nach links geriet. Links aber hatte sich die Sozialistische Arbeiterpartei etabliert, so daß die konservativen Zentrumswähler sich schließlich preisgegeben fühlten. Bei jeder Gelegenheit – Landes- und Gemeindewahlen – brachten sie dies zum Ausdruck.

Zu spät reagierte die UCD mit dem Wechsel an der Spitze von Partei und Regierung. Bei den letzten Parlamentswahlen Ende Oktober vergangenen Jahres bekam das von oben konstruierte Gebilde die Quittung der Basis: Die meisten der UCD-Wähler stimmten für die klar christdemokratisch orientierte Volksallianz. Dreieinhalb Millionen Zentrumswähler „borgte sich die Sozialistische Partei" – der erhellende Ausdruck stammt von keinem Geringeren als dem sozialistischen Regierungschef Felipe Gonzales.



„Senken wir lieber die Preise oder die Ölförderung?"
ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Ohne Wenn und Aber

Von Herbert Kremp

Mit der dunklen, hegelianisch anmutenden Bemerkung, Sachfragen suchten sich ihre Mehrheit, versuchte der FDP-Vorsitzende Genscher seit dem Jahre 1981, dem Koalitionswechsel seiner Partei den Charakter einer über allem Menschenwillen waltenden historischen Notwendigkeit zuzuschreiben. Seitdem der Wechsel vollzogen ist, beherrscht eine mehr düstere als dunkle, außerordentlich diesseitige Frage das Sorgen der Liberalen: Wird es gelingen, die Schwelle der notwendigen fünf Prozent Zweitstimmen zu überschreiten? Die Antwort besteht in einem schlichten Imperativ: Jede Partei, die leben und überleben will, suche sich ihre Klientel.

Die Freien Demokraten haben daraus eine operative Schlußfolgerung gezogen. Sie präsentieren sich als deutsche Wirtschafts-Partei ohne Wenn und Aber. Ziel ihrer Ansprache sind dabei nicht nur Unternehmer verschiedener Größenordnung, Mittelstand und Selbständige, also nicht einfach die „Großkopfeten" in den kommoden Wohnvierteln, *sondern* der Arbeitsbürger schlechthin, jenes praktisch veranlagte Menschenwesen, das frei nach Max Weber schafft, um zu mehren, und das riskiert, um etwas zu schaffen. Die Liberalen zielen also auf eine Mentalität, die es aus Natur oder Erziehung ablehnt, „andere" die Arbeit tun zu lassen, die getan werden muß. Dieser zupackenden Mentalität eignet zwar keine Publizistik, aber verbreitet ist sie weit.

Wir berühren damit einen der Gründe, warum heute, knapp zwei Wochen vor der Wahl, die FDP in so vieler Munde ist – aber keineswegs, um ausgespien zu werden. Die Hör-Säle, in die der Winterfeldzug die Werberedner zwingt, sind gerammelt voll, wo immer liberale Vormänner ums Wort bitten – da ist Wirtschaftsminister Lambsdorff durchaus nicht der einzige Kassenmagnet. Von „Verrat" an Schmidt und seiner Koalition ist nicht mehr *die Rede, diesen letzten* Häuptlings-Rauch hat der Wind verweht. Es geht praktisch und sachlich zu, Neugierde beginnt die immer noch vorhandene Skepsis zu überwuchern. Der Klientel entsprechend werden relativ hohe Wetten darüber abgeschlossen, ob die Liberalen mit 5.1 oder *7.9 Prozent in den Bundestag* einziehen werden.

Die Mutmaßungen folgen den Windungen der „Positiv-Spirale", eine bemerkenswerte Erscheinung, wenn man bedenkt, wie tief der Regierungswechsel die Partei nach unten gedrückt hatte. Der Parteitag in Berlin im vergangenen Jahr *glich einer Versammlung von* Todgeweihten. Unter dem Artisten Genscher in der Kuppel schien das Seil gerissen: freier Fall.

Die Lage war *in der Tat* einzigartig. 1949 war die Partei mit einem gemäßigt nationalen und wirtschaftsliberalen Programm ins Parlament eingezogen. *1961 hatte sie gegen Adenauer* den Gipfel erreicht. 1969 war sie aus der Opposition auf die sozial-liberalen Sitze gerutscht, 1980 heimste sie den *Anti-Strauß-Bonus ein, obwohl* die alten Schlager „Ostpolitik" und „Reformpolitik" schon niemanden mehr zum Tanzen brachten. Nun aber, mit der *Rückwendung zur Union*, schienen alle Kraft und alles Ansehen verbraucht.

Wenn die Front wankt, wenn sie schon zerbröckelt, helfen *nur außerordentliche* Entschlüsse. Die entscheidende Frage, die in den wenigen Monaten zwischen dem verlustreichen Wendemanöver und dem 6. März beantwortet werden mußte, betraf einzig und allein die Zielgruppe, deren Interesse mit dem *Überlebens-Interesse* der Partei in Einklang gebracht werden könnte. Die linksliberale Klientel, die Sozialliberalen Maihofers und Flachs, die lustig-permissiven Aufsteiger, die Minderheiten verschiedener Provenienz waren für immer verloren. Und verloren, im Sand von gestern vergraben war auch das Freiburger „historische Bündnis" zwischen Liberalismus und Sozialismus, der ideologische Versuch, in Deutschland endlich die Bastille zu finden, die man erstürmen könnte.

Ein rascher Wähler-Wechsel aufgrund einer Ideen-Reform war also das Gebot, das aus dem Regierungswechsel gebieterisch resultierte. Und in dieser Herausforderung trat nun zutage, wie überlebt die Grundidee der sozial-liberalen Koalition schon war, wie fällig ihr Ende, wie tief verändert die politische, die gesellschaftliche und die außenpolitische Lage der Bundesrepublik. Daß an die Stelle gefälliger Verteilung die strenge Leistung im Rahmen einer Anreize, Belohnung, aber auch Strafen aussetzenden Marktwirtschaft zu treten habe, um die Talsohle zu überwinden, kann in prinzipieller Schärfe vielleicht wirklich nur eine Partei fordern, die nicht unter den Vielfach-Zwängen einer soziologisch ausladenden Volkspartei steht. Die Führung der FDP hat dieses innenpolitische Gesetz offenbar als ihre Chance erkannt. Sie handelt danach.

Sie operiert gleichsam als ökonomisches Technokommando, unkonventionell und beweglich, und beruft sich dabei auf die außerordentliche Ausgangslage von 1949. Die Diskussion um die Zwangsabgabe und ihre Rückzahlung bewegte das Feld sichtlich, jedenfalls mehr als die Tagesfragen nach dem künftigen Außenminister oder nach der Selbstauflösung des Bundestages. Wie scharf sich die FDP von der *Union abgrenzt*, interessiert die neue Klientel, die Genscher und Lambsdorff anvisieren, nicht in erster Linie. Ob die FDP oder die Grünen künftig *einer der großen Volksparteien* zum Regieren verhilft, bewegt ihre Gedanken: die Grundentscheidung, die künftige Beschaffenheit des Systems.


Vom Segen der prinzipiellen Schärfe: Graf Lambsdorff FOTO: AP

IM GESPRÄCH Abu Daud

Vom Mord zum Management

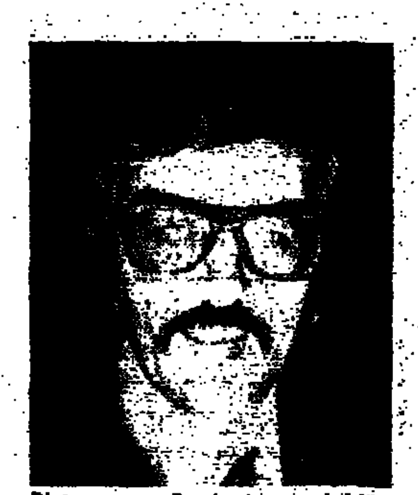
Von Jürgen Liminski

Mohamed Daud Odeh, genannt Abu Daud, ist nun auch Mitglied des Palästinensischen Nationalrats. Damit, so frohlocken die Anhänger Arafats, werde der Flügel der „Gemäßigten" um den PLO-Chef gestärkt.

Die biographischen Daten des Abu Daud weisen den Gefolgsmann Arafats jedoch nicht gerade als Taube aus. Der angeblich ehemalige Rechtsanwalt und Lehrer hat eine ereignisreiche terroristische Laufbahn hinter sich. Nach eigenem Eingeständnis war er einer der planenden und drahtziehenden Köpfe des Olympia-Massakers von München, bei dem am 5. September 1972 elf israelische Spitzensportler und ein deutscher Polizeibeamter ermordet wurden. Das Attentat plante er gemeinsam mit der Nummer zwei der El-Fatah, Abu Iyad. Die Fatah ist die Hausmacht Arafats in der PLO. Was zur Zeit seines Geständnisses kaum Aufmerksamkeit erregte: Planung und Vorbereitung spielten sich in der bulgarischen Hauptstadt Sofia ab.

Abu Daud war auch an dem Mord an dem jordanischen Ministerpräsidenten Wasfi Tell im Herbst 1971 beteiligt; seine Blutspur reicht zurück bis auf die Untergrundkämpfe palästinensischer Banden mit der jordanischen Armee im September 1970, bei denen Tausende, auch unbeteiligte Zivilisten, wegen der Gewaltakte und Umsturzversuche der Palästinenser getötet wurden. Nach seiner *Flucht aus Jordanien gründete* Abu Daud im Einvernehmen mit Arafat die Sondereinheit der El-Fatah, „Schwarzer September", die dann in München zuschlug.

Heute gehört der Mittvierziger zum mittleren Management des Terror-Multi PLO, sprich zum Politbüro der Fatah. In solcher Position legt man nur noch selten selber Hand an die Granate. Dagegen setzt man, womöglich nach Absprache im Politbüro, den Zeitpunkt für die Zündung fest. In


Blutspur von Jordanien nach München: „Gemäßigter" Abu Daud FOTO: GAMMA/STUDIO X

dieser verantwortlichen Stellung reiste der Mitbegründer des „Schwarzen September" seit Mitte der 70er Jahre durch Europa. In Paris wurde er im Januar 1977 erkannt und festgenommen, auf arabischen Druck jedoch nach Algerien gebracht und dort freigelassen. Der sanfte Druck der ihrerseits unter den Drohungen der PLO stehenden arabischen Potentaten auf den damaligen Staatspräsidenten Giscard reichte aus. Einige *Jahre vorher hatte es noch* zweier spektakulärer Geiselnahmen in Khartum und Paris bedurft, um den in Jordanien im Februar 1973 zum Tode Verurteilten zu befreien.

Der Palästinensische Nationalrat ist gewiß kein Altenteil für Terroristen. Daß der hartgesottene Freund Arafats auch heute noch über beachtlichen Einfluß verfügt und weiterhin tätig ist, zeigt das Attentat, das im August 19.. in Warschau auf ihn verübt wurde. Es war ein Höhepunkt der ... Richtungs- und Führungs... in der PLO. Mit ihm wird der Arafat-Flügel in dem zwar ... nen, insgesamt aber radikalen Gremium gestärkt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Vogels Brief an Reagan beschäftigt viele Zeitungen:

HESSISCHE ALLGEMEINE

Teile der SPD proben bereits den Einstieg in den Ausstieg. An der Spitze Egon Bahr, für den das Nein zur Nachrüstung so festzustehen scheint wie das Ja zur atomwaffenfreien Zone. Daß die Kompromißbereitschaft der Sowjets dadurch nicht gerade gefördert wird, liegt *auf der Hand.* **(Kassel)**

Kölnische Rundschau

Die beschwörend klingenden *Worte an die Adresse der Amerika*ner gehen einher mit einer bundesweiten SPD-Kampagne, die an Infamie und politischer Brunnenvergiftung kaum zu übertreffen ist. Wer Helmut Kohl wähle, bekomme „automatisch neue Raketen", verkünden die Sozialdemokraten. Sie können diese Aussage nur wider besseres Wissen machen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Es ist natürlich das gute Recht auch eines oppositionellen Kanzlerkandidaten, jederzeit an jeden *Politiker der Welt Briefe zu schrei*ben. Wenn diese, wie beim Schreiben Vogels an US-Präsident Reagan, aber nur dazu dienen, die törichte Wahlkampfthese der SPD von der wirkungsvolleren Vertretung deutscher Interessen zu untermauern, dann liegt darin nicht zuletzt das Eingeständnis, daß auch diesem Kandidaten nichts Besseres mehr einfällt – und daß er auf Publicity spekuliert. Andropow hat noch keinen Brief. Aber das könnte ja feierlicher Höhepunkt der letzten Wahlkampfwoche werden. **(Heidelberg)**

FINANCIAL TIMES

Vogel sagt, daß ein „radikaler" Schnitt in der Zahl sowjetischer Raketen (und damit die Beibehaltung einiger) ausreichen würde, um die Stationierung westlicher Raketen insgesamt abzuwenden. Die Briten und Franzosen sind darüber ebenso irritiert, wie über Vogels Beharren auf der Einbeziehung der Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens in die Genfer Supermacht-Gespräche. Die Briten haben versucht, der SPD hinter den Kulissen klarzumachen, daß die Londoner Nuklearwaffen bereits in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über strategische Waffen (Salt 1) einbezogen worden sind. Frankreich hat ähnliche Argumente vorgetragen ... Aber das scheint von der SPD nicht akzeptiert worden zu sein. **(London)**

Aachener Volkszeitung

Die SPD war empört über eine Äußerung des US-Präsidenten Ronald Reagan. Er hatte vor schrecklichen Folgen für den Fall gewarnt, daß eine Bonner Regierung aus dem NATO-Doppelbeschluß aussteige. Wie anders ist die Reaktion der SPD zu verstehen, als daß der Ausstieg tatsächlich geplant ist?

WESTFALENPOST

Daß Vogel Zweifel aufkomme läßt, schwächt die deutsche Pos tion. Dabei muß auch auffaller daß bisher keiner der drei frühere SPD-Verteidigungsminister – Le ber, Helmut Schmidt, Apel – sic den von Vogel formulierten Ur mutsäußerungen angeschlosse hat ... Ob Vogel *mit dieser Art de* Wählerfangs gut tut, wird sich an 6. März erweisen. Zumindester weckt er aber neue westliche Zwe fel an der deutschen Verläßlicl keit. Die Sowjets ihrerseits werde in der Hoffnung bestärkt, die Deu schen doch noch weichklopfe und sich selbst beim Abbau d Raketen drücken zu könne **(Hage**

Die UNO, Polens Diktatur und das Menschenrecht

Bisher bot das Genfer Gremium wenig Anlaß zur Hoffnung / Von Manfred Neuber

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen gilt nicht gerade als große Hoffnung der Unterdrückten; denn ihre Anhörungen in Genf sind schon zur Routine erstarrt. Wirksamen Schritten zur Linderung menschlichen Leids stellt sich nicht nur östliche Machtpolitik in den Weg, sie stoßen auch auf Anmaßung in der Dritten Welt.

In dieser Woche soll auf ihrer laufenden Jahreskonferenz die Lage in Polen untersucht werden. Wie nicht anders zu erwarten, wehren sich dagegen die östlichen Mitglieder der 43 Staaten umfassenden UNO-Kommission. Warschau versuchte im vorigen Jahr, durch einen Boykott sich dem Pranger zu entziehen.

Der neue Direktor des Zentrums für Menschenrechte, der Österreicher Kurt Herndl, glaubt in diesem Jahr generell *eine größere Bereitschaft* beschuldigter Regierungen feststellen zu können, über Verstöße gegen die Menschenrechte zu reden. Trifft das auch auf Polen zu, das als erstes europäisches Land angeklagt wird (warum eigentlich bleiben die „DDR" und die Sowjetunion tabu?), oder denkt er nur an Lateinamerika?

Die Zwangsbehandlung in psychiatrischen Anstalten der *Sowjetunion ist ebenso* verwerflich wie das spurlose Verschwinden von Regimegegnern unter Militärdiktaturen. Aber in Genf fragt keiner danach. *Die Schüsse an der Berli*ner Mauer sind genauso unmenschlich wie Hinrichtungen nach summarischen Verfahren in der Türkei. Doch ersteres bleibt *hinter verschlossenen* Türen.

Von dem Genfer Gremium mehr Taten zu erwarten, als die UNO-Vollversammlung zur Wahrung der Menschenrechte vermag, wäre ungerecht. Auch internationale Konventionen haben eine Tragödie wie die Massenausweisung aus Nigeria in diesen Tagen nicht verhindern können. Nur müssen die Vergehen überall auf der Erde genannt, darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

Die UNO-Menschenrechtskommission kann ihre Möglichkeit zum Einwirken allein aus der moralischen Legitimation beziehen. Wenn aber jedes Jahr von der Apartheid bis zum Zionismus fragwürdige Verurteilungen ausgesprochen werden, muß über die kritischen Randzonen des Sowjet-Imperiums – Afghanistan und Kambodscha – auch die Lage im Inneren des kommunistischen Herrschaftsbereichs (baltische Staaten) erörtert werden.

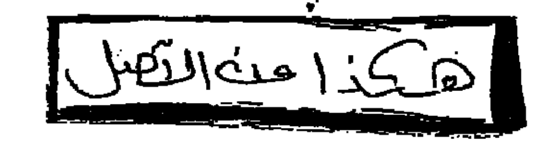
Nach dem Motto „Haltet den Dieb" weist Moskau jedoch mit gespielter Entrüstung derartige „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" zurück. An seiner Hilflosigkeit angesichts der Haltung des Ostblocks scheiterte voriges Jahr Herndls Vorgänger als Chef des Zentrums für Menschenrechte, der eigenwillige Niederländer Theo van Boven. Immerhin wurde Herndl als Unter-Generalsekretär aufgewertet.

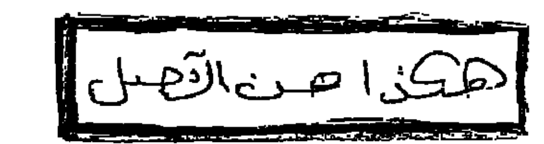
Gegen die Absicht westlicher Nationen, einen UNO-Hochkommissar für Menschenrechte zu berufen, um Verstöße zügiger untersuchen zu können, legt sich vor allem die „DDR" ins Zeug. In der Ostberliner Zeitschrift „Neue Justiz" hieß es kürzlich, dies sei ein „interventionistisches Projekt", das „entweder weltfremd oder nicht seriös" sei. In Genf wird am Ende der Sitzungsperiode, voraussichtlich Mitte März, darüber abgestimmt werden.

Vor Jahresfrist hatte die Menschenrechtskommission mit 29 gegen acht Stimmen bei sechs Enthaltungen den Unterausschuß für Minderheiten beauftragt, eine Studie über ein Mandat für einen UNO-Kommissar für Menschenrechte – ähnlich dem Hochkommissar für Flüchtlinge – auszuarbeiten. Der Ausschuß beschloß bereits am 10. September 1982 den Text für die Fixierung eines solchen Mandates, was die „DDR" als unzulässigen „Übereifer" abqualifizierte.

„Die Schaffung eines solchen Amtes dient nicht der Förderung der Menschenrech te und der internationalen Zu sammenarbeit der Staate sondern stört diese Zusam menarbeit und leistet der Ei mischung in innere Angelege heiten Vorschub", lamentier das Sprachrohr des „DDR"-Ju stizministeriums. Für eine sc che Kontroll- und Durchse zungsinstanz hätten die M gliedsländer der Vereinten N tionen in der UNO-Charta ke Mandat erteilt.

Nach den Vorstellungen d Befürworter eines Mensche rechts-Kommissars soll er *derzeit besondere Vollmacht* erhalten, um seine Aufgab gemäß den Weisungen d Vollversammlung, des Wi schafts- und Sozialrates u der Menschenrechtskomm sion wahrnehmen zu könne Aber schon gegen dessen jäl liche Berichte, sofern die ne Institution geschaffen wi sträubt sich Ost-Berlin, weil „für Propagandakampagn beliebiger Art ausgenutzt w den" könnten. Man hört d schlechte Gewissen schlager





Die Kreuzfahrten der Gutachter im Nebel des Prozesses Bachmeier

[Vo]n HERMANN RENNER

„Auf den Prozeß freue ich mich riesig. Ich habe ja längst geschnallt, was in deren Rüben [lä]uft. Aber die nicht, was in mei[ne]r ..." Und, in einer anderen Epi[stel]: „Was mir zu schaffen macht, [ist] diese Scheiß-Justiz, die mich als [K]ind betrachtet, weil ich ihr Re[vie]r betrat ..."

[Z]wei Auszüge aus Briefen, die [Ma]rianne Bachmeier, die in Lü[bec]k wegen Mordes an dem Mör[der] ihrer siebenjährigen Tochter [An]geklagte aus dem Gefängnis an [ihr]en damaligen Lebensgefährten [sch]rieb. Zwei Statements einer pa[tho]logisch Verkrampften, einer [selb]ständischen offenbar, die [sch]wankt, ob sie nach vorne oder [sic]h rückwärts fliehen soll. Zwei [Au]ssagen aber auch, deren Abstru[sit]ät sich nun – lediglich noch [dur]ch die Plädoyers der Ankläger [und] Verteidiger vom Urteil ge[tre]nnt – endgültig erwiesen hat, [zum] Vorteil der Pistoleuse.

[W]as sich in den „Rüben" der [Ric]hter und Staatsanwälte sowie [der] beiden Schöffen abspielt, ist [zwa]r nirgendwo protokolliert. [Doc]h läßt es sich aus ihrem Agie[ren] während der drei Prozeßmona[te] ziemlich deutlich ableiten. Was [hin]gegen im Kopf der Marianne [vor]geht oder vorging, das schlüssig



Reumütig?

[wie]derzugeben, war sie selbst am [wen]igsten imstande, nicht so or[den]tlich jedenfalls wie die gutach[tend]en Psychiater.

[A]uch hat die „Scheiß-Justiz" die [Mar]ianne Bachmeier nicht als [Ki]nd betrachtet. Vielmehr hat sie [ihr] während der gesamten Haupt[ver]handlung Nachsicht und, bei [Tie]fen, hier und da sogar Über[brü]ckungshilfe gewährt.

[M]öglich, daß solch nachsichtige [Ha]ltung dazu beitrug, die Stimmung [ersc]hlaffen zu lassen. Es kommen [im] Januar nur noch die Unent[weg]ten. Eigentlich wußte man ja [auc]h nach wenigen Tagen alles: [vor] allem, wie Marianne Bachmei[er a]ussah, wie sie sich anzog, und [wie] sie im Gerichtssaal eine Pistole [aus] der Tasche gezogen und den [ahn]ungslosen Angeklagten Gra[bo]wski, den abartigen Kindermör[der,] von hinten treffsicher mit [sec]hs Schüssen umgebracht hatte. [Der] Tatbestand der heimtücki[sch]en Tötung, die das deutsche [Str]afrecht „Mord" nennt und mit [leb]enslangem Freiheitsentzug ahn[det], war mithin äußerlich erfüllt. [Im] Grunde konnten die Anhörun[gen] nur noch das Vorfeld der Tat, [das] etwaige Vorhandensein von [Hel]fern oder Anstiftern abklären.

[T]atsächlich bewegte sich dann [auc]h die Zeugen-Prozession im Echternach-Stil, zwei Schritte vor, einer zurück, auf den zentralen Punkt zu, an dem sich Urteil und Geschick der Angeklagten endgültig entscheiden mußten: auf die Frage, ob und inwieweit sich die Exzentrikerin am Tage der Tat noch selbst steuern konnte. Die Antwort mußte in ihrer psychischen Situation gefunden werden. Und sie wurde erhofft von drei Gutachtern – von zwei Psychiatern und einer Psychologin.

Wieder einmal in der deutschen Prozeßgeschichte schien sich die Rechtsetzung von der Justiz weg und in die Hände der Gutachter verlagert zu haben. Im Fall Bachmeier war das um so unbefriedigender, als die disharmonische Täterin Belege für Rachsucht ebenso wie für Reue, für Schauspielerei ebenso wie für echte Affekte, als sie Zitate für schlechterdings jede Argumentation geliefert hatte: Auf diesem Tummelplatz mußten Interpretationen einfach in höchst subjektiven Kürübungen enden.

So evident freilich die Vorbehalte gegen jene professoralen Dolmetscher sind, die menschliches Innenleben in die Scheidemünze ihrer Begrifflichkeit umsetzen, so deutlich wurde nun ausgerechnet im Prozeß Bachmeier, wie nützlich auch psychiatrische Gutachter sein können.

Vorgegeben war den drei Experten die Frage nach der Schuldfähigkeit zur Zeit der Tat. Die broschürestarken Antworten kommentieren die geborstene elterliche Familie, die frühen sexuellen Erlebnisse, die drei Schwangerschaften, die drei Vergewaltigungen, die drei Abtreibungen, die Sterilisierung, Mariannes mißglückte Männerbindungen, ihre Anläufe zu Erfolgserlebnissen als Kneipenwirtin, ihre Phantasien, kurz dieses durchaus ungeordnete und unordentliche Leben. Und? Das alles kannte man – entweder aus dem, wie man heute sieht, sehr peniblen „Stern"-Buch oder, etwas verkürzt, aus Mariannes neuer Fassung in der Hauptverhandlung.

Der Hamburger Professor für Psychiatrie, Böhme: Nach dem Tod des Kindes Anna im Mai 1980 habe hysterischer Aktionismus, übermäßiger Medikamenten- und Alkohol-Konsum, unterlegt „mit Verdrängungs- und Verleugnungsmechanismen (Räucherstäbchen, mystische Rituale)" eine wirkliche „Trauerarbeit" verhindert. So sei das Aggressionspotential der Mutter voll virulent geblieben, ja, es habe sich in den Wochen vor dem Prozeß, nachdem die Kneipe geschlossen war, bis zur Wahngrenze hin gesteigert.

Die Braunschweiger Professorin für Psychologie, Müller-Luckmann: Der heranwachsenden Marianne habe die Bezugsperson gefehlt. Selbstwert sei ihr erst zugewachsen, als sie ihren Erfolg beim anderen Geschlecht zu spüren begann. Hier werde die Ambivalenz weiblicher Attraktivität bei gleichzeitiger Nichtanerkennung in Familie und Beruf deutlich. Das hübsche Mädchen suche hektisch Geborgenheit, finde aber nur Partner, die sie körperlich begehrten. Je mehr ihre Bindungen an Erwachsene zerfielen, desto intensiver habe sich Marianne auf Anna fixiert, die ihr Besitz, Freundin, Halt bedeutet habe. Mit dem Verlust des Kindes habe sie auch diesen letzten Anker eingebüßt.

Der Hildesheimer Psychiater, Krankenhausdirektor Ritzel: In der neurotischen Persönlichkeit Bachmeier lägen Ichstärke und Ichschwäche dicht beieinander. Sie sei narzistisch strukturiert, „selbst ihr Altruismus trägt hedonistische Züge". Ihr Minderwertigkeitskomplex mache sie leicht irritierbar. Als sie hörte, daß ihr Partner Christian, Annas Vater, der Verhandlung gegen Grabowski mit Annas Schuh in der Tasche folgen wollte, habe sie, die Nebenklägerin, sich ihre Pistole eingesteckt. Berthold sprach davon, er verspüre Lust, diesen Grabowski mit dem Kinderschuh zu erschlagen. Bei Mutter Marianne könne diese Bemerkung eine „bahnende Assoziation" ausgelöst haben.

Für das Gericht blieb am Ende wirklich wichtig, daß alle Gutachter die Angeklagte ausdrücklich für schuldfähig erklärten, wenn sie ihr auch für die Schießszene ein „situativ gelockertes Steuerungsvermögen" (Ritzel), „höchste innere Affektivität" (Böhme) oder „Störung der bewußten Wahrnehmung durch die Vision des würgenden Grabowski" (Müller-Luckmann) zugestanden.

Diese merkwürdige Vision, von der Marianne Bachmeier in der Hauptverhandlung unter atemloser Stille berichtet hatte, beschäftigte die Gutachter. Keiner der Experten konnte sie nach dem Gesamtbild der Angeklagten, die notorisch zu Mystifizierungen neigte, einfach als Schutzbehauptung ab-



Gehetzt?

tun. Naturgemäß konnte sie auch keiner handfest bestätigen. Es blieb Dr. Ritzel vorbehalten, darauf hinzuweisen, daß sich diese Vision in Mariannes verschiedenen Berichten erst nach und nach zu der faszinierenden Schilderung vor den Lübecker Richtern konkretisiert hatte.

So schien denn am vergangenen Dienstag, der, wie auch schon der Montag, allein den Seelenforschern gehört hatte, die Tür ins Schloß gefallen: offenbar kein Weg, der aus dem „Lebenslänglich" des Paragraphen 211 führte. Für die Verteidigung hatte sich die Lage dramatisch verdüstert.

Doch nicht nur die Verteidigung – niemand konnte mit der nun eingetretenen Verfestigung der Prozeßlage so recht zufrieden sein.

Die emotionale Grundwelle, die Frau Bachmeier in den Wochen nach der Tat und, noch einmal, zu Anfang der Hauptverhandlung heroisierte, war sicherlich zu hoch geschwappt. Daß sie so wuchtig ausfiel, hing aber auch mit einem jener Urmuster zusammen, die das Empfinden der Deutschen prägen: Der Mord am Mörder ist dem gewöhnlichen Mord nicht gleichzusetzen. Und das, so meldet sich unüberhörbar das Rechtsgefühl, gilt besonders dann, wenn der zweite Mörder zum Opfer des ersten in einem qualifizierten Verhältnis steht. Tatsächlich trägt das Strafrecht in seinem Paragraphen 213 diesem Privileg für Vergeltungstaten auch durch Herabsetzung des Strafmaßes Rechnung – freilich nur dann, wenn die Vergeltung „auf der Stelle" erfolgt.

Psychiatrische und psychologische Gutachten über seelische Befindlichkeiten sind notwendigerweise Kreuzfahrten im Nebel und das noch mit sehr mangelhaft justierten Kompassen und mit dem Nachteil subjektiver Mißweisung. Letztlich sagen die Gutachter, was auch der aufmerksame Laie begreift. Sie bringen es nur in ein System, und sie verfügen über die Schubladen ihrer Nomenklatur.

Und dennoch: Gerade in solchen Prozessen, in denen so vieles schwimmt und die Rechtsnorm so unelastisch ist, haben sie eine wichtige Funktion: Das Gericht kann sich aus der Fülle ihrer Formulierungen pragmatisch bedienen – vorausgesetzt, das es ein gutes Gericht ist oder wenigstens ein Gericht mit einem guten Vorsitzenden.

Wir kommen auf Dr. Peter Bassenge zu sprechen. Dieser stille, mitunter zögerlich wirkende Vorsitzende verblüffte zu Beginn des Verhandlungsmarathons durch sein zunächst undurchschaubares Spiel mit den Terminen. Resultat: Der Überdruck wich aus dem Prozeß. Am Ende der Beweisaufnahme, nach den Gutachtern, als alle für die Urteilsfindung wesentlichen Pflöcke eingeschlagen waren, als mithin der Prozeßstoff faktisch nicht mehr revidierbar war, da nahm dieser Vorsitzende seinen Auftritt. Beiläufig gab Dr. Bassenge zu wissen, daß er noch eine Frage an die Gutachter habe: „Ob Frau Bachmeier (im Augenblick der Schüsse) wohl die Arglosigkeit Grabowskis bewußt ausgenutzt habe?"

Dazu muß man nun wissen, daß der Paragraph 211 ausdrücklich festschreibt, wer per Definition „Mörder" ist. Der Gesetzgeber zählt einmal nach dem Ziel der Tötung auf, also: „Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus ..." Er enumeriert ferner nach der Art der Tatausführung, also: „Mörder ist, wer heimtückisch oder grausam oder ... einen Menschen tötet."

Für den Fall Bachmeier ist lediglich die Vokabel „heimtückisch" relevant. So nur geriet die rächende Mutter ja in den Einzugsbereich des Mordparagraphen. Diese „Heimtücke", ein traditionsgeheiligtes Tatbestandsmerkmal, hat die Gerichte schon immer mit Auslegungs-Skrupeln belastet. Vereinfacht und unjuristisch ausgedrückt ging und geht es dabei darum, ob das Merkmal „Heimtücke" von der Situation des Opfers her, oder aber auch oder gar ausschließlich vom Täter her betrachtet wird. Im Laufe der Zeit tendierte die Rechtsprechung mehr und mehr dahin, die Situation des Opfers als konstituierend anzusehen. War also das Opfer wehrlos und arglos, so unterstellte man „Heimtücke". Doch immer tauchte daneben wieder einmal die Forderung auf, der Täter müsse die Arglosigkeit des Opfers „arglistig" ausgenutzt haben.

Bassenge schlug nun gegenüber den Gutachtern den Bogen von der Wehrlosigkeit des Grabowski zu ihren Statements über die seelische Situation der Marianne Bachmeier an jenem 6. März 1981. Vor





Selbstbewußt? FOTOS: DPA

der „Verminderten Schuldfähigkeit" im Sinne des Paragraphen 211 waren alle drei zurückgewichen, die Streß-Situation aber hatten sie mit Vokabeln charakterisiert, die eine „bewußte Ausnutzung der Wehrlosigkeit" eigentlich ausschlossen.

Und siehe da: Professor Böhme antwortete auf die harmlose Bassenge-Frage, indem er die Angeklagte zitierte, die sofort nach den Schüssen erklärt hatte: „Ich hätte ihm lieber ins Gesicht geschossen." Da mochten auch Müller-Luckmann und Ritzel sich der Einsicht nicht versagen, daß Frau Bachmeier wohl in ihrem affektgeladenen Zustand an diesem Tag auf einen wie immer situierten Grabowski geschossen hätte.

Das war nur ein kurzes Nachspiel, fast unbeachtet im Saal. Es war die Wende im Prozeß Bachmeier. Wir werden, die Prognose sei gewagt, kein Urteil gegen eine Mörderin zu hören bekommen, wenn Peter Bassenge Anfang nächsten Monats den Tenor verliest.

Wird es mit Totschlag sein Bewenden haben? Das würde Freiheitsentzug zwischen fünf und 15 Jahren bedeuten: Spielraum für nuancierende Verhältnismäßigkeit also. Auch für die gerechten Werte, denn unerträglich ist der Rechtsverstoß, der vorausging.



Publikumssüchtig?

Mit dem Triumph begann für Rizzoli die Katastrophe

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Vom Pech seiner Kinder sprach er einmal, von ihrem „Pech, reich geboren worden zu sein". Den Reichen, so sagte er, sei er stets mit Mißtrauen begegnet. Sein Instinkt hat ihn nicht getrogen: Was Angelo Rizzoli als völlig mittelloser Waisenhauszögling in vier Jahrzehnten harter Arbeit aufgebaut hatte, haben seine reichen Kinder und Enkel in wenig mehr als einem Jahrzehnt vertan. Italiens größter Verlagskonzern, das Lebenswerk eines Selfmademan von amerikanischem Zuschnitt, steht am Rande des Konkurses, sein Präsident, der Gründerenkel Angelo jun., sitzt, gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder, im Gefängnis.

Nicht die Mächte des Geschicks haben das Unheil über das Presseimperium mit seinen rund 40 Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen, seinen zwei Filmgesellschaften, seinem Fernsehnetz, seinem Buchverlag und seiner Papiermühle heraufbeschworen. Die Inkompetenz der Erben war es, die das Verhängnis bewirkte, leichtfertige Verwicklung in gewagte Geschäfte, Maßlosigkeit, gefährliches politisches Jonglieren und schließlich ein regelrechter „Pakt mit dem Teufel".

Als Angelo Rizzoli sen. wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg aus dem Mailänder Waisenhaus Martinitt entlassen wurde, besaß er praktisch nichts – außer Arbeitsbesessenheit, Ideen und wenigen Ersparnissen aus seiner Arbeit in der Anstalt. Als Angelo Rizzoli jun. Ende voriger Woche von der Finanzpolizei in seinem Mailänder Luxusappartement abgeholt wurde, konnte er praktisch auch kaum noch eine Lira wirklich sein eigen nennen. Selbst die Möbel und Bilder in seiner Wohnung standen schon unter Sequestration: Anfang und Ende einer Dynastie. Dazwischen lagen Höhen, wie sie vorher noch keine andere italienische Verlegerfamilie erklommen hatte.

Mit „Novella" wurde der Durchbruch geschafft

Der alte Rizzoli hatte im Alter von 19 Jahren mit einer kleinen Druckerei begonnen. Er druckte hauptsächlich die Etiketten für die Körbe des Mailänder Obst- und Gemüsemarktes. Gelegentlich geschah es, daß er, um am Samstag seinen einzigen Angestellten entlohnen zu können, seine goldene Uhr ins Pfandhaus tragen mußte. Schon nach wenig mehr als zehn Jahren importierte er die erste Rotationsmaschine nach Italien und druckte darauf die Frauen-Illustrierte „Novella". Sie erreichte Anfang der dreißiger Jahre die für damalige italienische Verhältnisse astronomische Auflage von 150 000 Exemplaren und war der Grundstein zum späteren Großverlag.

Es folgten die Enzyklopädie „Treccani" und bald auch die ersten Filme der Gesellschaft „Cine Riz". Mit der Politik hatte der alte Rizzoli wenig im Sinn. Der Faschismus verzögerte den Aufstieg des bulligen, kleinen, stets mit beiden Beinen auf der Erde stehenden Druckers und Verlegers nicht – auch dann nicht, als Rizzoli, der im Grunde seines Herzens mit dem Sozialismus sympathisierte, einige Arbeiter des eingestellten sozialistischen Zentralorgans „Avanti" bei sich unterschlüpfen ließ.

Erst später geriet er mit der Politik etwas aneinander. Das war Anfang der sechziger Jahre, als er mit dem damaligen ENI-Präsidenten Enrico Mattei, einem Mann der christdemokratischen Linken, über den Ankauf der diesem Konzern gehörenden Zeitung „Il Giorno" verhandelte. Eine Tageszeitung, so äußerte er damals, sei die Krönung des Lebens eines erfolgreichen Verlegers. Er hat die Zeitung nie bekommen. Mattei kam bei einem Flugzeugunfall ums Leben, und seinem Nachfolger Cefis verweigerte die Democrazia Cristiana die Erlaubnis zum Verkauf. Rizzoli tröstete sich damit, daß die Zeiten, um sich in das Abenteuer einer Tageszeitung zu stürzen, sowieso nicht die besten seien.

Aber bei den Erben blieb der Stachel sitzen. Als Angelo Rizzoli jun. nach dem Tod des Großvaters an jenem – für den Verlag dann verhängnisvoll gewordenen – 17. Juli 1974 die Freitreppe in der Mailänder Via Solferino 28 erklomm, um vom „Corriere della Sera" Besitz zu ergreifen, meinte er, den Traum des Großvaters erfüllt zu haben. In Wirklichkeit war dieser Augenblick höchsten Triumphes für den Verlag der Anfang der Katastrophe. Denn die Schulden des „Corriere" zogen innerhalb weniger Jahre den ganzen Rizzoli-Konzern in den Abgrund.

Ein „Finanzgenie" gab die Parole Expansion aus

Wie das alles geschehen konnte – und vor allem so schnell –, ist kaum zu begreifen. Gewiß, Rizzolis Kinder und Enkel hatten „das Pech, reich geboren worden zu sein". Aber sie waren für ihre Aufgaben keineswegs unvorbereitet. Sohn Andrea hatte das Handwerk des Druckers und Verlegers von der Pike auf gelernt. Er hatte nach seinem Studium eine Zeitlang als Journalist gearbeitet. In den letzten Lebensjahren des Vaters stand er diesem, der unumstritten der „Boß" blieb, ständig zur Seite. Er war an allen wichtigen Entscheidungen der Unternehmensführung beteiligt, kannte alle Sparten des Konzerns. Das gleiche galt für seine Söhne Angelo jun., genannt Angelone, und Alberto.

Plötzlich verlor Andrea aber offenbar das Interesse am Unternehmen. Er befreundete sich mit einem ehemaligen Mannequin, ließ sich von seiner Frau scheiden, heiratete zum zweiten Mal und zog sich – von einem Herzleiden befallen – mit seiner neuen Frau an die Côte d'Azur zurück. Den Verlag übernahmen Angelo jun. und Alberto.

Als graue Eminenz verpflichteten sie das vorgebliche Finanzgenie Bruno Tassan Din. Dieser vor allem war es, der dann, als sich schon die ersten Schuldenberge türmten, die Parole Expansion ausgab. Immer mehr Zeitungen – vom neapolitanischen „Mattino" über den Triestiner „Piccolo" bis zum Bozener „Alto Adige" – wurden hinzugekauft, und als die Bankkredite zu versiegen drohten, wurde der „Pakt mit dem Teufel" geschlossen. Das Unternehmen verschrieb sich dem P-2-Großmeister Lucio Gelli und seinem Logenbruder, dem Bankier Roberto Calvi.

Vergessen war die Devise, die einst der „Alte" ausgegeben hatte: „Es ist nicht unser Ziel, von den Banken Geld zu erbitten. Die sind es, die uns ihr Geld anbieten." Die Mißachtung dieser Stilfrage hat dazu geführt, daß heute die Banken die eigentlichen Eigentümer des Konzerns geworden sind.

CSU nennt Vogel einen „Raketentänzer"

PETER SCHMALZ, *München*

Den Brief des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel zur Raketenrüstung bezeichnete der CSU-Landesvorstand gestern als „*eine Beleidigung des amerikanischen Präsidenten*" und als eine politische Dummheit. „Seine (Vogels) Belehrungen und Aufforderungen werden nur als peinlich empfunden. Sie zeugen von weltpolitischer Unkenntnis und persönlicher Überheblichkeit", erklärte die CSU.

Vogel glaube, Andropow und Reagan kommandieren und über die Verteidigungswaffen der Franzosen und Engländer verfügen zu können. Er täusche damit die Wähler über seine Wirkungsmöglichkeiten und werde zu einem Sicher*heitsrisiko für die Bundesrepublik*, heißt es in dem CSU-Papier. Der CSU-Vorsitzende Strauß nannte Vogel einen „Raketentänzer".

Die SPD hat nach Ansicht von Strauß „nicht die geringste Chance, die absolute Mehrheit" zu erhalten, auch die Chance für eine Mehrheit mit den Grünen sei nur „hauchdünn". Der CSU-Vorsitzende: „Die Wahlversprechen der SPD sind deshalb so utopistisch, weil sie weiß, daß sie nie in die Verlegenheit kommen wird, diese in die Wirklichkeit umsetzen zu müssen." Nach dem Wahltag erwartet Strauß bei der SPD eine „Gewissensforschung", die unter Umständen zu einer Abtrennung von den linken Teilen führen könnte. Strauß: „Die SPD muß wieder den Weg zur Realität finden."

Mißbilligt wurde vom Landesvorstand, daß die FDP den Fortbestand der Koalition von der Besetzung bestimmter Ministerämter abhängig mache. Strauß: „Man soll Ministerämter verteilen, wenn man die Wahl gewonnen hat." Mahnend fügt der CSU-Vorsitzende hinzu, man solle dann erst über Sachfragen sprechen: „Da werden sich manche Schwierigkeiten ergeben."

Ebenfalls einstimmig beschloß der CSU-Vorstand eine Warnung an die FDP, in der Frage der Rückzahlbarkeit der Investitionsabgabe, die von der CSU „Wohnungsbauabgabe" genannt wird, „nicht des Stimmenfangs wegen den Kanzler als Wahllügner abzustempeln, wenn sie ein ehrlicher Partner sein will". Strauß: „Herr Lambsdorff soll aufhören, die Unwahrheit über diese Abgabe zu sagen."

Parteien werben um Berliner mit Stimme

186 000 besitzen einen westdeutschen Nebenwohnsitz

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

„Berlin tut gut", sangen die *Chorknaben* aus Berlins Regierungsviertel Schöneberg am Sonntag vor 7000 Berlinern in der Deutschlandhalle: Helmut Kohl begann in der Stadt, die er schon immer mochte, seinen Wahlkampf-Schlußspurt durch 20 Städte. Zum erstenmal in dieser 1983er Kampagne kümmerte sich damit die Prominenz um die unbekanntesten Wähler der Republik, denn rund *300 000 Berliner können am 6.* März theoretisch mitstimmen.

Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes besitzen 186 000 Berliner einen westdeutschen Nebenwohnsitz. 120 000 Preußen sind sogar mit Hauptwohnsitz in der übrigen Bundesrepublik gemeldet. Der Run auf die Unterlagen begann frühzeitig: bis zum 13. Februar *nämlich mußten die „Zweit-Berliner"* ihren Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis an ihre westdeutsche Gemeinde abgeschickt haben. Über 30 000mal verlangten in den vergangenen Wochen Berliner mit Wähler-Ambitionen von ihrem Berliner Einwohnermeldeamt die schriftliche Bestätigung, in der übrigen Bundesrepublik mit zweitem Wohnsitz gemeldet zu sein. Da auf diesem Formular bis zu vier Personen aufgeführt werden können und viele „Hauptwohnsitzler" das Wahl-Wochenende vermutlich daheim verbringen, läßt sich eine Wahlbeteiligung von insgesamt 150 000 bis 200 000 Berliner mit Erst- und Zweitwohnsitz hochrechnen.

Angesichts der Tatsache, daß möglicherweise bei dieser Wahl einige zehntausend Kreuzchen im richtigen Feld über das Schicksal von Liberalen und Grünen entscheiden, sind die Berliner Wahl-*Voten besonders gefragt*. Diese hohen Berliner Wählerzahlen – Braunschweig und Kassel bringen es jeweils nur auf eine Viertelmillion Bürger – kalkulieren die Wahlkampf-Manager der Parteien bei ihren spezifischen Berlin-Aktionen ein.

Der Kanzler ließ sich bei einem friedlich-freundlichen Sonntagsnachmittags-Vergnügen unter dem Titel „Ganz Berlin ist eine Familie" wohlig von der Stimmung umhüllen. Die Band intonierte den „Jäger aus Kurpfalz", der Unions-Nachwuchs wirbelte statt der üblichen blauweißen Hertha-Fan-Schals diesmal die schwarzrotgoldenen Halswärmer der CDU, und nur einigen Grüppchen im Oberrang des Riesenrunds mangelte es am rechten Sinn für das Festival.

Hier, wo die Grenze jeden betrifft, mahnte der Kanzler: „Wir müssen jede nur denkbare Chance nutzen, um Deutsche mit Deut*schen zueinander zu bringen.*" Auch dies sei einer der Gründe, „wenn ich mit Herrn Honecker telefoniere oder mit ihm Briefe wechsle", auch wenn der „tiefe Graben der Ideologie" bleibe.

Auf Hilfe verzichtet hingegen gänzlich die FDP. Sie unternimmt „nichts Aufwendiges", um FDP-Briefwähler zu motivieren. Die Stimulanz soll, möglichst noch vor dem 6. März, von dem längst fest verabredeten Koalitions-Bündnis der neuen „Mehrheit der Mitte" seit dem CDU-Senat Richard von Weizsäckers ausgehen.

Die Sozialdemokraten – erst am Wahlvorabend mit ihrem traditionellen Berlin-Finale an der Spree präsent – stoßen vor allem in das *reichlich* besetzte „alternative" Berlin-Umfeld. Seriöse Wahlforscher machten schon 1981 ein Reservoir von 120 000 grün-alternativen Anhängern in der Stadt aus. Von ihnen ergatterte die „Alternative Liste" vor zwei Jahren 90 000 oder 7,2 Prozent. Die SPD-Zielgruppen heißen: Studenten (rund 60 000, d. Red.), westdeutsche Zuwanderer und Wochenend-Touristen aus dem übrigen Bundesgebiet. Sie finden an den drei Vor-Wahlsonntagen die SPD-Postille „ZaS" in der Hotel-Lobby vor. Die „Zeitung am Sonntag" wird bündelweise eingeflogen und rings um den Kurfürstendamm verteilt.

Die „Grüne Raupe" der Partei mit den Sonnenblumen frißt sich am 2. März bis nach Berlin durch. Dann parkt hier der Wahlkampf-Bus. Unter dem Motto „Ick steh uff grün" laden die lokalen AL-Igel ihre Klientel zu Wolf Biermann und einem Kabarett ein. Dessen Scherze sollen, wie praktisch, drei Tage später auch Gäste des SPD-Treffens animieren.

Wenn der Ölpreis weiter fällt

Konzerne warnen vor Verzicht auf die Weiterentwicklung von Alternativenergien

HANS BAUMANN, Essen

Eigentlich hatte die Fachwelt von den Saudis erwartet, daß sie ihren Ölpreis von 34 Dollar je Faß (159 Liter) senken würden. Doch dann kamen ihnen die Engländer und Norweger zuvor. Um drei Dollar *nahmen sie ihren Ölpreis auf* offizielle 30,5 Dollar je Faß zurück. Prompt folgte Nigeria, das seit zehn Tagen keinen Tropfen Öl mehr exportiert hat, das aber nur dann am Weltmarkt bleiben kann, wenn es den Briten und den Norwegern folgt, weil diese die gleiche Ölqualität wie Nigeria anbieten.

Wer den Markt verfolgt, der weiß, daß die Rücknahme der *Preise für Rohöl nur der offizielle* Nachvollzug einer längst vorgenommenen Preissenkung am Spotmarkt für Öl ist. Hier kann man sich seit Wochen zu Preisen um 28 Dollar für die etwas schlechtere Golf-Qualität bedienen. War es früher üblich, sich zu 90 Prozent an mittelfristige Öllieferungen zu binden, so hat sich das Verhältnis fast umgekehrt. Der scharfe Wettbewerb *läßt die Ölverarbeiter immer* häufiger zu kostengünstigeren Spotmengen greifen. Langfristige Bindung ist nicht mehr opportun – sehr zum Schaden langfristiger Versorgungssicherheit.

Die Industrienationen sehen den Preisverfall bei Rohöl mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Ein niedriger Ölpreis könnte zu einem Konjunkturmotor werden, ebenso wie die Ölpreisexplosionen 1973/74 und 1979/80 die Konjunktur lähmten. Die Sorgen mehren sich jedoch, daß der Preisverfall vielleicht erst bei Raten um 20 Dollar zum Stillstand kommt, wie es William Brown vom New Yorker Hudson Institute befürchtet.

Die Rolle der Opec

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Chef der Veba und damit von Veba-Öl, äußert starke Bedenken zu weiter fallenden Ölpreisen. Er hat guten Grund dazu. Kaum hatte er einen Vertrag über die Verarbeitung von venezolanischem Schweröl aus dem Orinoco-Belt unterschrieben, ging der Rohölpreis in den Keller. Die vorgesehenen Investitionen für die Schwerölverarbeitung werden nun erst einmal auf Eis gelegt werden müssen, denn bei Spotpreisen für Rohöl um 28 Dollar ist die Verarbeitung von Orinoco-Öl unwirtschaftlich.

Auch der Vorstand der Deutschen Shell AG warnt vor weiter fallenden Ölpreisen und vor einem *endgültigen Zerfall der Opec*, der 13 Ölförderstaaten angehören und die immer noch 43 Prozent der Weltöl-Produktion auf sich vereint und 70 Prozent des Welt-Ölhandels. Springt die Welt-Konjunktur an, und vieles spricht dafür, dann wird der Energiebedarf schlagartig steigen. Und diesen kurzfristigen Bedarf kann nur einer decken: Die Opec, die seit 1973 rund 50 Prozent ihrer Produktion eingebüßt hat.

Shell und Veba zeichnen das gleiche Bild: Anstatt auf einem hohen Ölpreisniveau, das nach Auskunft der OECD inzwischen von den *Industrienationen* „verdaut" worden ist, teure Alternativenergien zu entwickeln, gleiten die Industrienationen auf einem fallenden Ölpreis zurück in die erpresserische Abhängigkeit der Opec-Staaten. Die richtige Politik „Weg vom Opec-Öl" wird konterkariert von niedrigen Ölpreisen.

So sehr billiges Rohöl Konjunkturmotor sein kann, so sicher bremst es *neue Entwicklungen*, die riesige Investitionen erforderlich machen würden: Kohleveredelung, Sonnenkollektoren, das Elektroauto, Kernenergie und Bioenergie. Der Generalsekretär der Opec selbst schätzt, daß heute bereits „Hunderte von Projekten" wieder in den Schubladen verschwunden seien, die sich mit Alternativenergien beschäftigten, und die es den Opec-Staaten *ermöglicht hätten*, haushälterischer mit ihrem Öl im Sinne ihrer Enkel umzugehen – das Hauptargument der Ölförderländer für die beiden drastischen Ölpreisschübe.

Gegen einen dramatischen Verfall der Ölpreise spricht aber auch der Zwang zahlreicher Ölförderländer, ihren Haushalt auszugleichen. Nigeria ist praktisch bankrott und nur ein Kredit über fünf Milliarden Dollar hat Mexiko in diesen Tagen vor dem „Aus" bewahrt. Mit 90 Milliarden Dollar ist dieses junge Ölland bereits verschuldet.

Das Zünglein an der Waage dürfte wieder Saudi-Arabien sein. Dieser größte Ölproduzent der Welt könnte seine Förderung weiter drastisch zurücknehmen und so den Weltölmarkt beruhigen. Finanziell wäre das Land wegen seiner hohen Dollar-Reserven dazu in der Lage. Die zur Zeit laufenden Gespräche der Außenminister der sechs Golfstaaten werden nach Meinung Londoner Fachleute wahrscheinlich zu einer Abkehr vom Standard von 34 Dollar je Faß führen und zu Produktionseinschränkungen, die *auf einer bald schon erwarteten* neuen Opec-Sitzung beschlossen werden könnten.

Von dieser neuen Opec-Sitzung erhofft man auch, daß sich Saudi-Arabien endgültig mit seiner Forderung nach Indexierung der Ölpreise durchsetzt, mit einer Anbindung der Preise an einen Fächer aus Inflationsraten und Preisentwicklungen für Güter aus den Industrienationen. Damit wäre der Ölpreis kalkulierbarer – und die Entwicklung von Alternativenergien sicherer.

Für den deutschen Markt muß vorerst jedoch mit weiterer Schwäche der Preise für Mineralölprodukte gerechnet werden, auch wenn die Konzerne nach wie vor Verluste zwischen 55 und 80 Mark je Tonne eingesetztes Rohöl hinnehmen müssen. Der Wettbewerb ist zu hart, als daß ein sinkender Rohölpreis nicht wenigstens teilweise in den Produkten an den Verbraucher weitergegeben werden müßte.

Ölsteuer als Regulativ

Mit sinkenden Heizölpreisen werden *sich auch die Preise für* Erdgas abwärtsbewegen, da sie über Preisklauseln an die Preise für Heizöl gebunden sind. Diese Preiskorrekturen werden halbjährlich vorgenommen, sowohl beim Gaseinkauf (Niederlande, Norwegen, Sowjetunion) als auch beim Gasverkauf (etwa an die verteilenden Stadtwerke oder an große Direktabnehmer in der Industrie). Da die Tarifautonomie bei den Stadtwerken liegt, müssen sie alle Halbjahre überprüfen, ob sie den Gaspreis entsprechend ihrer veränderten Bezugspreise korrigieren oder den Preis unverändert lassen. Preissenkungen für Erdgas hat es 1973, 1976, und 1979 gegeben. 1979 fielen die Preise um sieben Prozent.

In dem vielstimmigen Konzert um die Ölpreisentwicklung ist ein Instrument nicht mehr zu überhören. Die deutsche Industrie ist sicher, daß zur Weiterentwicklung von Alternativenergien der Finanzminister nicht daran vorbeikommen kann, die Ölsteuer heraufzusetzen, falls die Ölpreise so verfallen, daß keine Energie-Innovation mehr möglich ist und der deutsche Steinkohlenbergbau gezwungen sein würde, wieder Zechen stillzulegen.

Verleger Burda wird 80



Senator Franz Burda
FOTO: DPA

Am 24. Februar vollendet der Offenburger Verleger Franz Burda das 80. Lebensjahr. Zu seinem 60. Geburtstag schrieb ihm der da*malige Bundeswirtschaftsminister* Ludwig Erhard: „Sie gehören zu jenen dynamischen Unternehmerpersönlichkeiten in Deutschland, die Wesentliches zum Wiederaufbau unseres Landes beitragen." Dieser Satz hat heute noch mehr Gültigkeit als vor zwanzig Jahren.

Dem 1903 im badischen Philippsburg geborenen Franz Burda war der spätere Erfolg nicht vorausbestimmt. „Bub, ich kann di[r] nichts geben. Du mußt schauen wie du dich selber durchs Leben schlägst" – mit diesem Zuspruch entließ Vater Franz den Sohn ins Berufsleben. *Und er hatte Erfolg*. Nach kurzer praktischer Tätigkeit als Kaufmann studierte er Volkswirtschaft. Als der Vater, der in Offenburg eine kleine Druckerei besaß, erkrankte, trat er in den Betrieb ein und arbeitete dort auch selbst an den Druckmaschinen. Das hinderte ihn nicht, 1928 zu promovieren. Ein Jahr später bestand er die Gesellenprüfung als Buchdrucker. Der Meisterbrief folgte 1930.

Noch zu Lebzeiten des Vaters gründete der junge Franz Burda sein erstes Verlagsobjekt: Sürag die südwestdeutsche Radiozeitung. Der Krieg unterbrach die Weiterentwicklung des Unternehmens, das 1939 bereits 600 Leute beschäftigte. 1945 mußte er neu anfangen. Er druckte zunächst Briefmarken und Schulbücher für die französische Besatzungszone. 1948 erschien die illustrierte Zeitschrift „Das Ufer", aus der sich die „Bunte", das heutige Flaggschiff des Hauses, entwickelte. Wieder brachte er eine Rundfunkzeitschrift heraus, „Bild und Funk".

In Offenburg baute er ein modernes Druck- und Verlagszentrum, eines der größten in Europa, auf. Skeptische Fachleute hatten diesen Erfolg an diesem Standort für unmöglich gehalten. Der wagemutige Unternehmer erwarb und errichtete in Darmstadt und München weitere Betriebe. Mehr als 4500 Menschen sind heute bei Burda tätig. Der Umsatz des letzten Jahres lag über 850 Millionen Mark. In den USA betreibt Burda heute mit Meredith Corp. drei Tiefdruck-Druckereien.

Zu den Objekten „Bunte", „Bild und Funk" sind inzwischen „Das Haus", „Freizeit-Revue", „Pan", „Mein schöner Garten", „Ambiente", „Meine Familie und ich", „Freundin" hinzugekommen. Allesamt erfolgreiche Blätter. „Meine Frau ist meine beste Kundin", sagt Franz Burda häufig. Gemeint ist der Anne-Burda-Verlag mit Modezeitschriften.

Seit Anfang dieses Jahres ist Burda mit 24,9 Prozent am Springer-Konzern beteiligt.

Franz Burda, Professor und Ehrensenator, blickt auf ein großes Lebenswerk.

HEINZ PENTZLI[N]

Stuttgart: Grüne stimmen mit der CDU

xhk. **Stuttgart**

Die Grünen im Stuttgarter Landtag unterstützen, im Gegensatz zu den anderen Oppositionsparteien SPD und FDP, das neue Familienprogramm der CDU-Mehrheitsfraktion. Grünen-Sprecher Wolf-Dieter Hasenclever bezeichnete die CDU-Pläne als „zwar nicht der Weisheit letzter Schluß, jedoch einen Schritt in die richtige Richtung".

Voraussichtlich vom 1. April an sollen Deutsche und EG-Ausländer in Baden-Württemberg ein „Familiengeld" in Höhe von 4800 Mark, verteilt auf zwei Jahre, erhalten. Voraussetzungen dafür sind, daß sich ein Elternteil ausschließlich um die Erziehung des Nachwuchses kümmert und das Netto-Einkommen der Familie 1800 Mark (vom 2. Kind an plus 200 Mark Freibetrag pro Kind) nicht übersteigt.

Der Finanzausschuß des Landtags hat während der *Haushalts*beratungen auch für die kommenden zwei Jahre 200 000 Mark bewilligt, die der „Ernst-Friedrich-Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie", die den Grünen nahesteht, zugute kommen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 *per annum. Second class postage is paid at* Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Affäre Franke: Wurden Millionen Mark „gewaschen"?

WERNER KAHL, **Bonn**

Eine gegen das Haushalts- und das Beamtenrecht verstoßende „Geldwäsche" vermuten kirchliche Kreise in der Bundesrepublik als Ursache für die wenig aufschlußreiche Erklärung des ehemaligen Ministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), über den Verbleib von etwa 5,6 Millionen Mark an Bundesmit*teln. Dabei soll es um Geldgeschäf*te mit dem devisenhungrigen Geheimdienst der „DDR" gegangen sein.

Soweit bekannt, gibt es zwischen Bonn und Ost-Berlin drei verschiedene Aktionen zum Freikauf von Häftlingen und zur Familienzusammenführung:

1. Seit zwei Jahrzehnten wird diskret ein bargeldloser Häftlingsfreikauf praktiziert. Ost-Berlin erhält als Gegenleistung dringend benötigte Waren. Bei diesen amtlich vereinbarten Freikaufsaktionen zwischen der Bundesregie*rung und Ost-Berlin flossen in den* letzten Jahren jährlich Leistungen im Wert von 70 bis 80 Millionen Mark in der Form von Warenlieferungen. Dafür wurden pro Jahr rund 1200 Häftlinge („DDR"-Einwohner) vorzeitig entlassen und in den Westen abgeschoben.

2. Ein etwa gleich hoher Betrag wurde von Bonn als Gegenleistung für Familienzusammenführungen *aufgewendet*.

3. Im Zusammenhang mit der ersten Aktion – Freikauf von Häftlingen – hatte der „DDR"-Geheimdienst über Unterhändler Ende der siebziger Jahre einen zusätzlichen Cash & Carry-Transfer angeregt. Um Gelder flüssig zu machen, bot sich eine „Geldwäsche" an: Sobald Bundesmittel, beispielsweise eine *Rate von 15 Millionen Mark*, einer der in den Freikauf von Häftlingen eingeschalteten karitativen Organisationen mit dem Auftrag, Waren einzukaufen und für die Weiterleitung in den Osten Sorge zu tragen, überwiesen worden waren, konnte Bonn eine Reklamation anbringen. Etwa der Art: Eine Million Mark sei zuviel überwiesen worden – eine Behauptung, die die Empfänger nicht nachprüfen konnten. Die Rückzahlung des – scheinbaren – Differenzbetrages konnte auf ein Konto erfolgen, über das der mit der Abwicklung der „humanitären Aktionen" im Ministerium beauftragte Vertraute Frankes Verfügungsgewalt besaß.

Devisen für den Osten

Von diesem Konto ließ sich der abgezweigte Betrag dann auf ein weiteres Konto überweisen, das der Ostberliner Unterhändler im Westen eingerichtet hatte. Der Vertrauensmann des Staatsratsvorsitzenden Honecker, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, besaß als „DDR"-Beauftragter 1982 allein in West-Berlin drei Konten für Westmark-*Einzahlungen. Mit der Überwei*sung von Beträgen, die vom Ministerium in bar von der karitativen Organisation zurückgefordert worden waren, war es gleichsam durch die Hintertür möglich, der östlichen Seite Devisen zukommen zu lassen. Die Idee, so zu verfahren, entstammt vermutlich einem vom Osten seit Jahren geduldeten pri*vaten Freikauf, wobei eine limitier*te Anzahl von „DDR"-Einwohnern von einem renommierten Berliner Anwalt gegen Bargeldsummen bis zu einer Million Mark durch die Mauer geschleust werden. Bürger aus der Bundesrepublik oder aus anderen westlichen Staaten bieten für die Genehmigung der Ausreise von Verwandten und Bekannten Geld. Wird man handelseinig, so fließt das Lösegeld über den Vertrauensanwalt bar in den Osten.

In dem förmlichen Disziplinarverfahren, das der Bundesdiszipli*naranwalt in der vergangenen Wo*che gegen Frankes Vertrauten, Ministerialdirektor a. D. Edgar Hirt, eröffnete, wird zu klären sein, ob der (ohne Laufbahnvoraussetzungen) in die Spitzenstellung beförderte Parteibuchkarrierist Bargeldgeschäfte dieser Art abgewickelt hat. Wenn ja, so stellt sich die Frage, ob er aus eigener Entscheidung oder auf Weisung des Ministers handelte.

Sollte die Untersuchung eine Eigeninitiative ergeben, dann schließt sich die Frage an, was mit den nicht unerheblichen Zinsen *der über die diversen Konten* bewegten Gelder aus der gleichsam schwarzen Kasse des Ministeriums in den Haushaltsjahren 1979 bis 1982 geschehen ist. Behauptungen Hirts, zum Beispiel habe Südafrika 460 000 Mark erhalten, um zu verhindern, daß 1981 ein internationaler Agentenaustausch platzte, hat der Botschafter Südafrikas in *Bonn, Neil Peter van Heerden*, „kategorisch zurückgewiesen". Die Südafrikaner bezeichneten es als „äußerst bedauerlich", daß ihre Zustimmung zu dem Austausch, die nur auf deutsches Drängen gegeben worden sei, nunmehr mit Schmiergeldern in Verbindung gebracht werde. Der Botschafter bot an, die an den Vorbereitungen des Austausches beteiligten südafrikanischen Beamten dem dreiköpfigen Kontrollgremium des Bonner Haushaltsausschusses zu Aussagen zur Verfügung zu stellen.

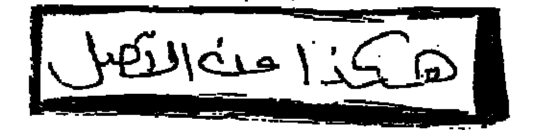
Verständnis für „DDR"-Nöte

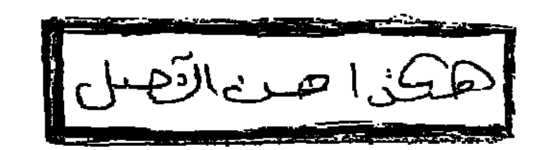
Der ehemalige Minister Egon Franke steht offensichtlich vor den Scherben seiner „abenteuerlichen" (Kontrollausschußmitglied Hoppe) Ost-West-Operation. Frankes Verhalten gegenüber dem international bekannten und erfahrenen Ost-Anwalt Vogel quittierte dieser zufrieden im „Stern" mit der Bemerkung: „Ein Handschlag genügte." Kenner der Ost-West-Szene kommentieren, zuletzt sei eine Art grauer Geldpolitik, nach dem Motto „Wir ham's ja" – ohne Konsultation des Bundesfinanzministeriums, des Haushaltsausschusses und des Parlaments – betrieben worden.

In dieser Woche will die Bonner Staatsanwaltschaft wegen der nicht geklärten Verwendung von mindestens 5,6 Millionen DM über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens entscheiden. „Ich weiß, wo die Millionen sind, aber ich sag's nicht", zitierte die BILD-Zeitung Egon Franke.

Ostberliner Funktionäre rühmen unterdessen, der ehemalige Minister habe nicht nur stets Verständnis für die finanziellen Nöte der kommunistischen Genossen gezeigt, unter seiner Amtsführung habe das Ministerium auch ein of*fenes Ohr gehabt, wenn es darum* ging, Kritik an Vorgängen im Arbeiter-und-Bauern-Staat abzuwenden. So wandte sich Franke am 3. Juli 1980 gegen Aktionen von Menschenrechtsorganisationen in der Bundesrepublik, die sich mit dem Schicksal von Häftlingen und ausreisewilligen „DDR"-Bürgern befaßten.

Egon Franke („eigentlich müßte man mir einen großen Orden umhängen") war in seiner Amtszeit nicht nur bemüht, Schilderungen willkürlicher Verhaftungen und der Zustände in „*DDR*"-*Zuchthäu*sern von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Parteigänger seines Ministeriums versuchten auch, Enttarnungen von „DDR"-Ministern und Mitgliedern des SED-Zentral*komi*tees, die ihre Mitgliedschaft in der Hitler-Partei verschwiegen hatten, zu verhindern.





Der Grenzschutz wartet auf die Wende

Von H. KAMPHAUSEN

„Ohne ein ausreichendes Maß an Innerer Sicherheit, gibt es kein Leben in Freiheit. Eine freie demokratische Gesellschaft hat gesicherte stabile Verhältnisse zur Voraussetzung." Das sagte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Freitag letzter Woche bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts des Bundesgrenzschutzes für 1982. Er unterstrich damit die Bedeutung des BGS als Polizei des Bundes. Auf die Schwierigkeiten, mit der diese Polizeitruppe seit einigen Jahren durch die Maßnahmen seiner Vorgänger konfrontiert ist, ging der Minister nicht ein.

„Die Abteilungen (im BGS) verfügen noch nicht einmal über den Personalbestand an Einsatzkräften in Hundertschaften, der für die Wahrnehmung der täglichen regulären Standortdienste einschließlich der Grenzbewachung erforderlich ist." Diese Feststellung eines Abteilungskommandeurs im BGS ist etwas mehr als ein Jahr alt. Sie hat an Aktualität bis heute nichts verloren. Bei militanten Demonstrationen, denen die jeweiligen Länderpolizeien nicht mehr gewachsen sind, muß die Bundespolizei helfen. Sie hilft auch, aber die zur Verfügung gestellten Einheiten sind zusammengestoppelt. Führer und Unterführer kennen sich kaum. Die Mannschaften innerhalb einer Hundertschaft sind sich oft fremd. Aber gerade die in einem Verband gewachsene Erfahrung zwischen Führer und Unterführer und die kameradschaftlichen Bindungen der Wachtmeister aus den Hundertschaften einer Abteilung sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen und damit auch verlustarmen Einsatz einer Polizeitruppe.

Heterogene Hundertschaften

Als Beispiel sei nur an den Einsatz an der geplanten Startbahn West des Flughafens Frankfurt vom November 1981 erinnert. Damals setzte sich eine Grenzschutzabteilung aus einer Hundertschaft des Grenzschutzkommandos (GSK) Nord mit Zügen aus Lüneburg, Goslar und Gifhorn; einer Hundertschaft des GSK Mitte mit Zügen aus Hersfeld und Fulda und einer Hundertschaft des GSK Süd mit Zügen aus Rosenheim und Coburg zusammen. Aber selbst die Züge aus den einzelnen BGS-Standorten kamen nicht etwa aus jeweils einer Hundertschaft. Sie mußten aus der gesamten Abteilung zusammengestellt werden.

Kritische Streitpunkte in der Innenpolitik gibt es im Augenblick mehr als genug, die vom harten Kern der außerparlamentarischen Opposition zu militanten Massendemonstrationen benutzt werden können. Bei dem derzeitigen sehr liberalen Demonstrationsrecht ist es, wie die Erfahrung lehrt, leicht, eine friedliche Demonstration zu einer unfriedlichen umzufunktionieren. Wenn aber heute schon nur zusammengestoppelte Verbände zum Einsatz kommen, wie soll das erst werden, wenn die Unruhen auf der Straße noch größer, noch militanter und noch zahlreicher werden.

Maihofers BGS-Reform

Zweieinhalb Jahrzehnte lang war der BGS, so sah ihn die Öffentlichkeit, das absolut zuverlässige *Instrument des Bundes für die Innere Sicherheit*. Der Schutz der Grenze zum gesellschaftspolitisch anderen Lager, einer allergischen Nahtstelle im Nachkriegseuropa, war ihm anvertraut. Und er stand darüber hinaus immer bereit, den Landespolizeien zu helfen, wenn die Lage es erforderte. Diese Aufgabe war den Kommandogruppen und Abteilungen im Rahmen des BGS-Gesetzes delegiert. Die Einheiten, obwohl bis in die siebziger Jahre nie planstellenmäßig voll aufgefüllt, waren jederzeit in der Lage, den Erfordernissen zu entsprechen. Das änderte sich, als mit dem Regierungswechsel 1969 andere Kriterien für die Bundespolizei maßgebend wurden.

Unter Bundesinnenminister Werner Maihofer, dem Vater des Freiburger Programms der FDP, begann die Veränderung. Dem Druck der Gewerkschaft der Polizei, den BGS den Landespolizeien in jeder Hinsicht anzugleichen, das entsprach auch den Forderungen der SPD, die zum BGS immer ein leicht gestörtes Verhältnis hatte, gab das Ministerium nach. Der BGS wurde in den nachfolgenden Jahren verändert; in der äußeren Form aber auch im Geiste. Das ging langsam aber sicher an die Substanz der Bundespolizei.

Ein Ziel war es wohl, den Korpsgeist dieser Polizeitruppe zu zerstören. Und so traurig es stimmen mag, dieses Ziel ist weitgehend erreicht. 1976 wurde das Gesetz über die Personalstruktur des Bundesgrenzschutzes verabschiedet, und damit war die entscheidende Weiche gestellt. Die Ausbildung der Polizeivollzugsbeamten neuen Rechts nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ignorierte von vornherein alle Forderungen, die ein Polizeiverband stellen muß. Trotzdem sollte der Truppencharakter des BGS erhalten bleiben, wie Professor Maihofer noch 1975 im Fernsehen versicherte. Darüber hinaus ging man von Voraussetzungen aus, die sich in der Praxis nicht realisieren ließen.

Ein grundsätzlicher Fehler des Strukturänderungsgesetzes liegt im psychologischen Bereich. Polizeivollzugsbeamter im BGS ist seit 1976 ein Lebenszeitberuf, d. h., der junge Beamte wird bis zu seinem 60. Lebensjahr im Polizeidienst tätig sein. Seine Ausbildung beträgt zweieinhalb Jahre. Er wird dabei zum perfekten Einzelpolizisten ausgebildet. Aber nach Abschluß dieser Ausbildung – er ist dann in der Regel zwischen 19 und 21 Jahre alt – muß er ins Glied treten und Truppendienst machen. Zwangsläufig fühlt er sich unterfordert: Wache vor Regierungs- oder Parlamentsgebäuden, Wachdienst auf Flughäfen oder Demonstrationsschlachten, wie in Brokdorf und Frankfurt, stellen an seine Ausbildung zum Einzelpolizisten wohl kaum Anforderungen. Er strebt also der Zeit zu, in der er seine Kenntnisse voll ausschöpfen kann; das ist der Fall, wenn er als **Einzelpolizist** von den Ländern übernommen wird. Aber nur, wenn der BGS pro Jahr 800 Polizeivollzugsbeamte an die Länderpolizeien abgeben kann, ist gewährleistet, daß die Polizeitruppe des Bundes nicht überaltert.

Problem der Überalterung

Die Länder des Bundes müßten also bereit sein, einen Teil ihres Polizeinachwuchses aus dem BGS zu übernehmen. Konkrete Absprachen mit den Länderinnenministern waren aber beim Erlaß des Strukturänderungsgesetztes nicht getroffen worden. Heute scheint es so, als ob noch nicht einmal 400 BGS-Polizisten von den Ländern übernommen werden können. Das bedeutet aber, daß der BGS in spätestens zehn Jahren zu einer Polizeitruppe wird, die in der Altersstruktur der preußischen Armee bei Jena und Auerstedt entsprechen wird. Das Durchschnittsalter bei den Angehörigen des Mittleren Dienstes im BGS würde dann bei ca. 40 Jahren liegen, heute beträgt es 26,5 Jahre.

Noch ein anderes Problem hat sich in letzter Zeit ergeben: Die Zahl junger Polizeivollzugsbeamter im BGS, die noch während ihrer Ausbildung, bzw. kurz danach, den Dienst aus eigenem Entschluß wieder verlassen, ist nach 1976 außerordentlich angestiegen. Nach Berechnungen des Innenministeriums sind es 22 Prozent, nach anderen Berechnungen 38 Prozent. Über die Gründe wissen die Verantwortlichen nichts. Erst im Juli 1982 hat das Innenministerium die Verbände aufgefordert, Informationen darüber zu sammeln. Vielleicht liegt es daran, daß das Bild des BGS, wie es im Laufe der letzten drei Jahrzehnte in der Öffentlichkeit entstanden ist, mit der heutigen Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmt.

Verlorener Korpsgeist

BGS, das war für viele der jungen Freiwilligen eine Polizeitruppe mit Gemeinschaftsgefühl, Kameradschaft und Korpsgeist, in der man geschlossen jede Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlirhen Ordnung und der Sicherheit der Zonengrenze aufnehmen konnte. Die zweieinhalb Ausbildungsjahre lassen Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe oder Hundertschaft heute gar nirht erst aufkommen. Frühestens nach der Ausbildung, also nach zweieinhalb Jahren, kommt der junge Beamte zu einer Abteilung, bei der er, wenn er Glück hat, länger bleiben kann, aber bis dahin ist von dem ersten Elan seines Strebens nach Kameradschaft und Gemeinschaftsaufgaben nicht mehr viel vorhanden.

„Wenn der BGS seinen Truppencharakter verliert, und wir sind auf dem besten Wege dazu, auch wenn es noch anders auf dem Papier steht und behauptet wird, dann hat er seinen Einsatzwert und weitgehend seine Daseinsberechtigung verloren." Dieser Ausführung eines verdienten Abteilungskommandeurs im BGS ist nichts hinzuzufügen.

Die Haushaltslage des Bundes nach der Mißwirtschaft der vergangenen 13 Jahre ist schwierig. Darauf wies der Bundesinnenminister am Freitag hin. Trotzdem gibt es für den neuen Minister auch ohne finanziellen Aufwand Möglichkeit genug aufzuzeigen, daß auch für den BGS die Wende in Sicht ist.

Warschau: KP schlägt neue Taktik ein

DW./AP, Warschau

Die polnische Führung schlägt eine neue Taktik ein, um die bislang mitgliederschwachen neuen Betriebsgewerkschaften aufzuwerten: Die Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sollen verstärkt zu einem Eintritt veranlaßt werden.

Der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski wies in einem Interview mit der ungarischen Nachrichtenagentur MTI darauf hin, daß zur Zeit nur 200 000 Parteigenossen Mitglieder der neuen Gewerkschaften seien. Dies werde sich natürlich ändern, sagte Rakowski, wenn die Partei, wozu sie das Recht habe, ihre Mitglieder auffordere, den Gewerkschaften beizutreten. Bislang habe auch für Parteimitglieder der Grundsatz gegolten, keine übereilten Schritte zu tun. Rakowski: „Ich persönlich bin der Ansicht, daß es an der Zeit ist, von dieser These abzugehen und die Parteimitglieder, die schließlich die politische Vorhut sind, davon zu überzeugen, daß sie auch in den neuen Gewerkschaften eine aktive Rolle spielen, das heißt, ihnen beitreten müssen."

Lucas Pires neuer Parteichef

dpa, Lissabon

Der portugiesische Kulturminister Francesco Lucas Pires ist vom „Demokratisch-Sozialen Zentrum" (CDS) zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Sein Vorgänger, der ehemalige Außenminister Freitas do Amaral, war im Dezember zurückgetreten.

Der 38jährige Anwalt Lucas Pires gilt als Repräsentant des Reformflügels des CDS, der sich in einer „Palast-Revolution" gegen den bisher von Anhängern des zurückgetretenen Parteichefs beherrschten Parteiapparat durchsetzen konnte. Ausschlaggebend für den Sieg der Reformer war, daß sich auch der einflußreiche ehemalige Handelsminister Basilio Horta ihnen anschloß.

Ebenso turbulent verlief am Wochenende eine Sitzung der Führungskommission des sozialdemokratischen Koalitionspartners: Regierungschef Francesco Pinto Balsemao wäre beinahe von der Liste der Wahlkandidaten gestrichen worden. Der Regional-Regierungschef von Madeira, Alberto João Jardim, bezeichnete die Sitzung als einen „Betrug der Parteibarone", die den in Meinungsumfragen führenden oppositionellen Sozialisten „die Macht übergeben wollen".

Labours Parteiführung ist ohne Alternative

Die Umstände erlauben keinen Wechsel an der Spitze

FRITZ WIRTH, London

Die Spekulationen über die Zukunft des Labour-Parteichefs Michael Foot haben in der Parteiführung eine Serie fast panikartiger Reaktionen ausgelöst. Mit Ausnahme des Parteirebellen Tony Benn gaben in den letzten 48 Stunden alle führenden Parteifunktionäre, die als Nachfolger Foots in Frage kämen, öffentliche Loyalitätsadressen für ihren in Bedrängnis geratenen Parteichef ab. Michael Foot schließlich ging selbst ungebeten zur BBC, um in einer Rundfunksendung diese gesamten Spekulationen über einen angeblich bevorstehenden Führungswechsel in der Partei als eine „Erfindung der konservativen Presse" zu brandmarken.

Wie also steht es wirklich um die Zukunft der Parteiführung. Es trifft zu, daß besonders die britischen Sonntagszeitungen dazu neigen, politische Spekulationen überzupointieren und oft härter zu verkaufen als es den Tatsachen entspricht. Das ist ohne Zweifel auch in dieser jüngsten Foot-Affaire geschehen. Ebenso fragwürdig jedoch ist der Versuch Foots, diese Führungskrise als eine Erfindung von Fleet Street darzustellen. Tatsächlich basiert diese Krise auf schwer widerlegbaren Fakten. Foot wird seit vielen Monaten von allen britischen Meinungsforschungsinstituten als ein höchst unpopulärer und inkompetenter Oppositionsführer ausgewiesen und das hat unübersehbare Spuren der Desillusion in der Labourfraktion und in den Gewerkschaften hinterlassen, die vor zwei Jahren im wesentlichen für die Wahl Foots verantwortlich waren.

Das Wahlkampf-Risiko

Die jüngsten Loyalitätsadressen eines Denis Healey, John Silkin und Peter Shore, die alle zu den aussichtsreichen Kandidaten für das Amt Foots gelten, können kaum darüber hinwegtäuschen. Keiner dieser drei Männer kannn es sich leisten, in diesem Führungskampf mit dem Dolch im Gewande ertappt zu werden, es würde seine eigenen Chancen im Kampf um die Nachfolge nahezu auf den Nullpunkt reduzieren. Die Treuebekundungen waren deshalb in erster Linie als taktische Manöver zu verstehen.

Tatsächlich spricht im Augenblick alles dafür, daß Foot noch für geraume Zeit im Amt bleiben und seine Partei in den bevorstehenden Wahlkampf führen wird. Zwei Faktoren bestimmen dabei entscheidend seine Überlebenschancen. Einmal arbeitet die Zeit für ihn und zum anderen befindet sich unter seinen Nachfolge-Kandidaten niemand, der ein Ende der internen Richtungskämpfe garantieren könnte, die die bisherige Amtszeit Foots so sehr überschatteten.

Da allgemein spätestens bis zum Oktober dieses Jahres Neuwahlen in Großbritannien erwartet werden, könnte ein Führungswechsel in der Labour Party katastrophale Folgen haben. Die Neuwahl des Parteichefs würde wegen der komplizierten Prozedur mindestens drei Monate dauern. Diese Wahl würde die von Foot mühsam gekitteten Risse in der Partei unverzüglich wieder aufbrechen. Zugleich wäre die Versuchung für Frau Thatcher unwiderstehlich, den Termin für Neuwahlen genau in dieser Führungskrise hineinzuplacieren. Mit anderen Worten: Je näher der Wahltermin rückt, um so geringer werden die Chancen für die Labour Party, noch die Pferde an der Parteispitze zu wechseln.

Der fehlende Kronprinz

Dazu kommt, daß es bis zur Stunde keinen natürlichen Kronprinzen für Foot gibt. Peter Shore hat seine Wahlchancen kürzlich selbst durch ein Wirtschaftsprogramm reduziert, das eine 30prozentige Pfundabwertung vorsieht. Diesen Mann als neuen Parteichef vorzuführen, würde automatisch die falschen Signale in die Londoner City schicken und Anlaß zu schweren Finanzkrisen um das Pfund geben. John Silkin ist nach wie vor bei der Masse der britischen Wähler ein unbeschriebenes Blatt. Die Wahl von Denis Healey würde automatisch die Parteilinke in Aufruhr bringen, obwohl Healey selbst in den letzten Wochen mit atemberaubenden Salti aus dem Stand versucht hat, sich besonders in der Abrüstungsfrage dem unilateralistischen Trend in seiner Partei anzunähern.

Wie verzweifelt die Suche nach einem geeigneten Foot-Nachfolger ist, beweist die Tatsache, daß einige Labour-Abgeordnete sogar wieder den ehemaligen Labour-Premier James Callaghan ins Gespräch gebracht haben. Callaghan selbst fühlt sich durch diese Spekulationen geschmeichelt, hat aber keine ernsthaften Absichten, noch einmal die Arena zu betreten. Deshalb bleibt vorerst keine andere Wahl: Labour muß lernen, mit Michael Foot zu leben.

Parteien der Mitte verweigern sich Palme

Von REINER GATERMANN

Schwedens sozialdemokratische Minderheitsregierung begann ihre dreijährige Amtsperiode im Oktober vergangenen Jahres mit einem furiosen Start. Auch wenn man nicht versprach, Defizite im Staatshaushalt und *in der Leistungsbilanz* bald abbauen zu können, und andeutete, daß der Lebensstandard weiter sinken werde, so schufen die Sozialdemokraten mit Olof Palme an der Spitze und mit Finanzminister Kjell-Olof Feldt als dem nüchtern waltenden Kassenhüter während des Wahlkampfes dennoch so große Erwartungen bei ihren Anhängern, daß sie bereits bei der Regierungsübernahme vor einer sie überfordernden Aufgabe standen.

Das Kabinett ist inzwischen in die Sackgasse geraten. Es muß inzwischen eingesehen haben, daß seine Politik nicht die rechte Medizin ist, die das Land aus dem Dilemma herausführen kann. Aber noch wichtiger dürfte sein:


SCHWEDEN

Die enttäuschten Anhänger machen den Sozialdemokraten das Leben immer schwerer.

Olof Palme sucht nun sein Heil in der Zusammenarbeit mit den beiden Parteien der Mitte, dem der Landwirtschaft nahestehenden Zentrum mit dem früheren Ministerpräsidenten Thorbjörn Fälldin an der Spitze, und mit der liberalen Volkspartei, die weiterhin ihre Wunden nach dem Wahldebakel und dem Streit um den Parteivorsitz leckt. Aber auch die neue „Politik der ausgestreckten Hand" ist zumindest vorläufig fehlgeschlagen. Beide Parteien zeigten Palme die kalte Schulter. Nicht zu Unrecht stellten sie fest, daß die Sozialdemokraten ihre kooperative Seite nur dann zeigen, wenn sie Hilfe brauchen, im übrigen aber strikt ihrer Parteilinie folgen und sich nicht scheuen, sich im Notfall bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer auch auf die Kommunisten zu stützen. Die stellvertretende Vorsitzende der Volkspartei, Birgit Friggebo, stellte sogar die Person Palme als größtes *Hindernis* für eine Zusammenarbeit in den Vordergrund. Ihm sei nicht zu trauen.

Nach sechsjähriger Unterbrechung finden nunmehr wieder die wöchentlichen informellen Treffen der Parteiführer statt. Nun dürfen auch die Kommunisten teilnehmen – ausgenommen, es geht um außen- und sicherheitspolitische Themen. Palme will auch in einem anderen Kreis, mit dem Zentrum und mit den Liberalen, „über alle aktuellen Fragen offen diskutieren, um eventuell eine gemeinsame Basis zu finden". Aber einer vertrauensvollen Zusammenarbeit stehen hauptsächlich zwei Dinge im Wege: Die beiden Parteien der Mitte sind schwer enttäuscht darüber, daß die Sozialdemokraten sich nach dem Regierungswechsel nicht an die Absprachen zur Steuerreform gehalten haben. Als sich die damals in Opposition befindlichen Sozialdemokraten mit den beiden Regierungsparteien, Volkspartei und *Zentrum*, im Frühjahr 1981 unter Ausschaltung des dritten Regierungspartners, den Konservativen, geeinigt hatten, verließen die Konservativen aus Protest das Kabinett. Jetzt können die beiden früheren Partner nur konstatieren, daß sich Palme nicht an das Abkommen gehalten hat. Das zweite offenbar unüberwindbare Hindernis sind die Arbeitnehmerfonds, die die nicht-sozialistischen Parteien weiterhin strikt ablehnen, an denen die Sozialdemokraten aber unbeirrt festhalten.

Auf der Negativ-Liste stehen außerdem: Die Steuerreform hat ihren ursprünglichen Zweck verfehlt; die Exporterwartungen, die man an die 16-Prozent-Abwertung der Schwedenkrone knüpfte, wurden wahrscheinlich zu optimistisch angesetzt. Enttäuschung herrscht auch bei den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den staatlichen Krisenunternehmen – Werften und Gruben – weil die Erwartungen sich nicht realisieren lassen. Und schließlich sind die Tarifverhandlungen, deren schneller Abschluß *wichtiger Bestand des gesamt*wirtschaftlichen Genesungsprozesses sein sollte, zusammengebrochen. Für den 27. Februar wurden die ersten Streiks angekündigt.

Auch unter Sozialdemokraten mehren sich die Stimmen derjenigen, die davon überzeugt sind, daß das Tabu des schwedischen Wohlfahrtsstaats, der öffentliche Sozialsektor, nicht länger ungeschoren bleiben kann. Spätestens im Haushaltsjahr 1984/85 muß auch hier der Rotstift angesetzt werden, so wie es die letzte bürgerliche Regierung bereits vorbereitet hatte.

Auch außenpolitisch kann Palme bisher keine größeren Erfolge verbuchen. Sein Vorschlag, in Mitteleuropa eine kernwaffenfreie Zone einzurichten, fand bisher nur im Moskauer Lager Zustimmung, was ihn kaum zufriedenstellen dürfte. Die Erneuerung der Einladung an Fidel Castro, Stockholm zu besuchen, erregte kein größeres Aufsehen, offenbar weil es äußerst fraglich ist, ob er überhaupt kommen will. Dagegen erregte die Einladung an Yassir Arafat einige Gemüter. Als im Mai 1981 eine Delegation der israelischen Arbeiterpartei unter Führung von Simon Peres von den schwedischen Sozialdemokraten und dem Gewerkschaftsbund eingeladen worden war, machte die Partei einen Rückzieher: Man könne die Sicherheit der Gäste nicht garantie*ren, hieß es. Daß man Arafat* gegenüber keine Bedenken hat, ist befremdlich.

Zu den außenpolitischen Aktivitäten Palmes gehört auch ein offizieller Besuch in Brüssel, der die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft in eine neue Phase führen soll. Palme schwebt eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Kooperation vor, die politische Neutralität soll davon nicht berührt werden. Beobachter sehen darin nichts weiter als die Vorbereitungen auf eine neue Exportoffensive Stockholms. Die Annäherung an die EG, von der manche Zeitung in der schwedischen Hauptstadt spricht, wird die außenpolitischen Unterschiede zur Gemeinschaft der Zehn daher eher noch deutlicher hervortreten lassen.

Blockfreie suchen wieder Indiens Führung

Vorbereitungen auf das Gipfeltreffen im März / Wirtschaftsfragen, Afghanistan und Kambodscha als Hauptthemen

Von M. WEIDENHILLER

Mit Superlativen will Indien brillieren, wenn es Anfang März als Gastgeber zur siebten *Gipfelkonferenz der Blockfreien* bittet. Nie kamen mehr Staats- und Regierungschefs nach Neu-Delhi, mindestens 90 werden erwartet. Die Hauptstadt putzt sich heraus, organisatorische Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, umfangrei*che Sicherheitsmaßnahmen* werden getroffen. Der Wunsch nach perfektem Ablauf und äußerem Glanz beherrscht die Szene.

Länder unterschiedlichster politischer und sozialer Ordnung werden sich einfinden, um Streitigkeiten in den eigenen Reihen beizulegen und an der Lösung internationaler Probleme mitzuarbeiten. Es werden wieder Fragen gestellt werden wie: Lassen sich die Lücken zwischen Theorie und Praxis der Bündnislosigkeit mit der Anpassung an eine sich wandelnde Welt rechtfertigen? Welche Herausforderungen bringen die nächsten Jahre?

Disqualifikation bei Annäherung an Moskau

Bagdad schied wegen des Krieges mit Iran als Konferenzort aus. Daß Indien sie ausrichtet, zeugt vom Vertrauen der Mitglieder der Bewegung, auch der Hoffnung, mit Delhis *Autorität* eine neue *Solidarität* zu finden und Geschlossenheit zu demonstrieren. Ist es der Auftakt zu einer neuen Führungsrolle Indiens, das unter Nehru zu den Gründerstaaten zählte und für die nächsten drei Jahre den Vorsitz übernehmen wird?

Nehrus charismatische Persönlichkeit und die moralische Stärke, die das Land aus dem Freiheitskampf bezog, haben Indien an die Spitze der Blockfreien getragen. Durch die Annäherung an Moskau, besiegelt durch einen Freundschaftsvertrag, disqualifizierte es sich. Die einst kraftvolle Stimme war schwach geworden. Seine Haltung zu Afghanistan, die Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes in Kambodscha schließlich führten zu Befremdung, ja Isolierung im Lager der Blockfreien.

Gleichwohl erfüllt Indien nicht nur aufgrund seiner Größe und Bevölkerungszahl *die Prämissen* einer „natürlichen" Führung: Es ist unter den Entwicklungsländern eines der ärmsten, aber industriell weit fortgeschritten; es blieb dem demokratischen System im Grundsatz verpflichtet; es enthält sich extremer Ansichten in der Nord-Süd-Frage. Freilich fand die Aussöhnung mit China noch nicht statt, ist das Verhältnis zu Pakistan belastet. Ein spürbarer Wandel trat hingegen in den Beziehungen zu den USA ein. Trotz starker Abhängigkeit von Moskau legt Indira Gandhi Wert auf Distanz.

Blockfreiheit, wiederholen die Ministerpräsidentin und ihre Minister immer wieder, sei nicht mit Neutralität zu verwechseln und bedeute keineswegs Passivität. Vielmehr drücke sie eine souveräne Außenpolitik aus. *Die eigenen In*teressen kommen dabei aber nicht zu kurz.

Die Wurzeln der Blockfreiheit reichen auf den indischen Freiheitskampf und das Prinzip des gewaltlosen Kampfes zurück. Als Indien das britische Kolonialregime abgeschüttelt hatte, faßte Nehru den Entschluß, sich keinem der beiden Blöcke anzuschließen, ihnen aber freundschaftlich verbunden zu bleiben. Er warb für diese Idee und setzte auf asiatische Solidarität. 1961 fand schließlich in Belgrad die erste Zusammenkunft aller blockfreien Staaten statt. Aus der Versammlung von 25 sind mittlerweile 95 geworden, knapp zwei Drittel der Mitglieder der Vereinten Nationen.

Wirtschaftliche Interessen liefen auseinander

Die Détente der siebziger Jahre milderte die Ost-West-Spannung. Schon damals galten die Blockfreien als eine bedeutsame Kraft in den internationalen Beziehungen. Als aber neue Machtzentren entstanden und regionale Machtgruppen sich herausbildeten, regten sich Zweifel am Sinn und Wert der Blockfreiheit in einer multipolaren Welt.

Immer mehr regionale Konflikte entstanden, auch solche unter den Mitgliedsländern, wie der Krieg Iran – Irak oder der Konflikt Vietnam – Kambodscha. Auch liefen die wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsländer auseinander, und ihre politische Entwicklung trennte sie eher, als daß sie sie verband. Schließlich führte auch der zuneh*mende Druck der Großmächte* zu tiefgreifenden Kontroversen. Kuba und Vietnam beispielsweise versuchten, die Blockfreien als „natürliche Verbündete" der Sowjetunion einzuspannen.

Trotzdem stellen sich den Blockfreien, so Indiens Außenminister Rao, in den achtziger Jahren „neue Herausforderungen und Aufgaben". Auf vier Bereiche konzentrierte die Bewegung bisher ihre Ziele: Überwindung des Kolonialismus und der Fremdherrschaft, Gleichberechtigung aller Staaten, Erhaltung des Friedens und die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Schon auf dem dritten Gipfel in Lusaka im Jahre 1970 hatte Frau Gandhi die Mitgliedsländer aufgefordert, die „unvollendete Revolution" an der Wirtschaftsfront fortzusetzen. Heute sind es noch immer Wirtschaftsprobleme, die einer befriedigenden Lösung harren. Die Bemühungen Indiens konzentrieren sich – und nicht erst jetzt – darauf, eine einheitliche Haltung hinsichtlich des Nord-Süd-Dialogs zu erarbeiten. Auf vielen internationalen Foren hat Frau Gandhi eine engere Kooperation mit den Industrieländern gefordert und eine „gerechte Verteilung der Ressourcen" angemahnt. Gleichzeitig appellierte sie auch an die Entwicklungsländer, stärker miteinander zusammenzuarbeiten. Indien selbst geht dabei seit Jahren mit gutem Beispiel voran.

Neben Wirtschaftsfragen werden Afghanistan, Kambodscha und der Golfkrieg den Gipfel beherrschen und zu harten Diskussionen führen. Wie schon bei der Außenministerkonferenz 1982 wird Frau *Gandhi Meisterstücke der „Konfe*renz-Diplomatie" vollbringen müssen. Um das Terrain vorzubereiten, hat sie bereits Emissäre zu Konsultationen in die Mitgliedsländer entsandt.

Im Geiste der Partei

DOSAAF–Militärpatriotische Erziehung in der UdSSR

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Die Aktivierungskampagne, mit der die sowjetische Parteiführung unter Jurij Andropow seit Monaten die gesellschaftlichen Organisationen des Landes zu höheren Leistungen antreibt, hat nun auch den Verband für vormilitärische Erziehung erfaßt.

Dieser Organisation mit der unhandlichen Bezeichnung „Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung von Armee, Luftfahrt und Flotte" (DOSAAF) gehören in der Sowjetunion 103 (103) Millionen Menschen an, die Mehrzahl als passive Mitglieder. Obwohl die „Verteidigungsgesellschaft", wie sie gewöhnlich kurz umschrieben wird, vorzugsweise die Jugend militärisch ausbilden soll, ist sie der Bevölkerung hauptsächlich als eine der wichtigsten Sportorganisationen vertraut. Zu technischen Sportarten wie Segel- und Drachenfliegen, Fallschirmspringen, Motorboot- und Motorsport kann in großen Teilen des Landes nur DOSAAF den Zugang verschaffen. Außerdem ist die Organisation die größte Fahrschule der Sowjetunion: Wer einen Führerschein erwerben will, erhält dort seine Ausbildung.

Das Zentralkomitee der KPdSU hat in einer „Grußbotschaft" an die in Moskau stattfindende gesamtstaatliche Tagung der Gesellschaft deutlich gemacht, daß DOSAAF seine militärischen und ideologischen Aufgaben wieder in den Vordergrund rücken soll. Es sei die Pflicht des Verbandes, militärische Kenntnisse unter der Bevölkerung zu verbreiten und die „militär-patriotische Erziehung" zu betreiben. Denn angesichts der aggressiven Machenschaften des Imperialismus, ließ die Parteiführung wissen, müsse die Erziehung des Volkes „im Geiste hoher Wachsamkeit" verstärkt werden.

Flottenadmiral Jegorow, der Vorsitzende von DOSAAF, gelobte, der Verband werde seine Aufgaben „im Lichte der Forderungen der KPdSU" erfüllen. Die militärpolitische Bedeutung von DOSAAF wurde durch die Teilnahme *des ersten stellvertretenden* Verteidigungsministers Marschall Sokolow und des Chefs der politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, General Jepischew, an der Tagung unterstrichen. Aus den Reden ging hervor, daß neben der organisatorischen und erzieherischen Arbeit das Zusammenwirken mit dem Militär, mit Gewerkschaften und staatlichem Jugendverband weiter verstärkt werden soll. Die Gesellschaft DOSAAF wurde in diesem Sinn von der Partei auch beauftragt, die technische Berufsvorbereitung junger Menschen zu verbessern und den Wehrsport auszubauen.

Admiral Jegorow trug auch die Begründung vor, die von der Partei bereits vorgegeben worden war: Die Imperialisten, vor allem die USA, verschärften die internationale Lage und mischten sich in die inneren Angelegenheiten anderer Völker ein. Folglich müsse die Sowjetunion alles unternehmen, um Arbeit und Leben ihrer Bevölkerung zu verteidigen, und entsprechend müßten auch die 103 Millionen Mitglieder von DOSAAF aktiviert werden.

Teilerfolg in Peking

Nakasones Emissär wieder in Tokio / Distanz zu Moskau

FRED de la TROBE/DW. **Tokio**

Zur beiderseitigen Zufriedenheit ist der Besuch des Generalsekretärs der Liberaldemokratischen Partei Japans, Susumu Nikaido, in Peking verlaufen. Nikaido hatte sich als Sonderbotschafter von Premier Nakasone vier Tage lang in der Volksrepublik aufgehalten; KP-Chef Hu Yaobang versicherte, der Besuch Nikaidos sei es wert, „in die Annalen der Entwicklung der chinesisch-japanischen Beziehungen" einzugehen. Von chinesischer wie japanischer Seite kam die Sorge über eine mögliche Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen in Sibirien zum Ausdruck. Nikaido hob hervor, daß die Stärkung des japanischen Militärpotentials nicht gegen dritte Länder gerichtet sei, sondern ausschließlich der Verteidigung Japans diene.

Der einzig strittige Punkt war offensichtlich Südkorea. Die chinesischen Gesprächspartner vertraten die Ansicht, daß weder der Besuch Nakasones in Seoul noch die amerikanisch-südkoreanischen Manöver und auch nicht die japanische Milliardenhilfe für Südkorea zur Erhaltung von Frieden und Stabilität beitragen würden.

Nakasone ist es in den ersten Monaten seiner Regierung gelungen, die Spannungen zwischen Japan und seinen westlichen Partnern abzubauen. Auch die seit Jahren gestörten Beziehungen zu Südkorea brachte er ins Lot. Nikaido konnte aber bei seinem Peking-Besuch chinesisches Unbehagen über die gefestigten Bande zwischen Tokio und Seoul nicht ausräumen.

Das Klima zum anderen großen kommunistischen Nachbarn, der Sowjetunion, ist weiterhin eisig. Fischereiminister Wladimir Kamentsew hält sich gegenwärtig als erstes sowjetisches Regierungsmitglied seit der Invasion Afghanistans vor drei Jahren zu Verhandlungen über einen neuen Fischereivertrag in Tokio auf.

Eine 230 Mann starke Delegation der japanischen Industrie- und Handelskammer wird morgen unter der Führung ihres Präsidenten Shigeo Nagano auf sowjetische Einladung nach Moskau reisen, um den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten neuen Auftrieb zu geben. Ministerpräsident Nakasone gab Nagano den Auftrag, er möge den Wunsch des japanischen Volkes nach rascher Rückgabe der von den Sowjets nach 1945 besetzten vier Inseln nördlich von Hokkaido übermitteln.

Ein hoher Beamter im japanischen Außenministerium warnte darüber hinaus die Delegation vor „übermäßigen" Geschäftsabschlüssen mit den Sowjets. Der japanische Staat werde dafür wahrscheinlich keine Kredite bereitstellen. Moskau könnte versuchen, fortgeschrittene westliche Techniken für militärische Zwecke zu mißbrauchen.

Unabhängige Beobachter in Tokio sind allerdings der Ansicht, daß diese Warnungen auch mit Blickrichtung Washington erfolgten, um amerikanisches Mißbehagen über die japanisch-sowjetischen Wirtschaftskontakte nicht aufkommen zu lassen. (SAD)

Mexiko und Guatemala im Streit

G. FRIEDLÄNDER, Miami

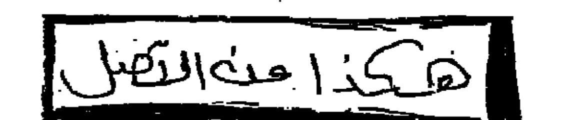
Unbekannte drangen in ein Lager guatemaltekischer Flüchtlinge bei *La Trinitaria* im mexikanischen Bundesstaat Chiapas ein und richteten ein Blutbad an. Vier Bewohner des Lagers wurden getötet, einer wurde entführt. Die mexikanische Regierung vermutet – wahrscheinlich, ohne es beweisen zu *können – daß die Täter guatemalte*kische Soldaten waren. Zu einer Erklärung, deren scharfer Ton von Mexikos Präsident Miguel de la Madrid und seinem Verteidigungsminister General Juan Arevalo gutgeheißen worden war, hieß es: Mexikos Regierung habe „alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Unverletzbarkeit unserer Grenze, territoriale Integrität und unsere Souveränität zu gewährleisten". Gleichzeitig forderte Mexiko seinen Nachbarn auf, den Überfall zu untersuchen und „ausreichende Garantien dafür zu geben, daß sich solche unglückseligen Zwischenfälle" nicht wiederholen.

Guatemalas Botschafter in Mexiko, Ex-Präsident Julio Cesar Montenegro, bestreitet jede Schuld seiner Regierung. Er soll Mexiko aufgefordert haben, seine Vermutungen zu beweisen. Präsident Rios Montt schickte seinen Wirtschaftsminister Julio Mathew nach Mexiko, der ankündigte, daß Rios Montt eine Kommission in die Lager schicken werde und die etwa 30 000 Flüchtlinge überzeugen wolle, nach Guatemala zurückzukehren.

Solche Grenzzwischenfälle sind seit dem vergangenen Jahr mehrmals vorgekommen, und Mexiko protestiert nicht zum ersten Mal.

Mexiko hält gegenüber Guatemala eine Trumpfkarte in der Hand: seine Haltung in der Belize-Frage, über die England, Guatemala und Belize in New York verhandeln. Guatemala hat seine Ansprüche abermals erheblich – aber wahrscheinlich nicht genügend – zurückgeschraubt. Es ist jetzt bereit, die Unabhängigkeit Belizes anzuerkennen, wenn Belize seine von nur etwa 12 000 meist spanisch sprechenden Mayas bewohnte *Südprovinz Toledo an Guatemala* abtritt. Guatemala erhielte damit in Punta Gorda einen Zugang zum Karibischen Meer. Aber das ist etwa ein Achtel des Territoriums Belizes, das nur wenig größer als Hessen ist. Belize lehnte, von Großbritannien unterstützt, ab, das einen Kompromiß vorschlug: Ein Landstreifen am Meer, zu dem Territorium sowohl Belize wie Guatemalas gehört, solle in Zukunft von beiden Ländern gemeinsam benutzt werden. Das aber lehnt Guatemala als unannehmbar ab.

Belize, dessen Ministerpräsident George Price erklärte, er werde nicht einen Fuß seines Gebietes aufgeben, sieht heute die Möglichkeit eines Kompromisses darin, Guatemala gewisse Hafenrechte in Punta Gorda einzuräumen. Hier nun könnte Mexiko sich einschalten, das an Bolizes Nordprovinzen Corozal und Orange Walk grenzt. Mexiko hatte lange Jahre hindurch Gebietsforderungen gegenüber Belize erhoben, die es erst vor wenigen Jahren als eine Geste des guten Willens gegenüber Guatemala aufgab. Es könnte aber seine Ansprüche gegenüber Belize wieder vorbringen. Es würde damit die Hoffnung Rios Montts zerstören, während seiner Regierungszeit zu einem annehmbaren Abkommen mit Belize zu gelangen. (SAD)



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Polemik und Realität

Es fällt doch sehr auf, wie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Gerhard Jahn, seine Stellung als Präsident des Deutschen Mieterbundes drastisch zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht. Ebenso kann ich den Kanzlerkandidaten der SPD, Hans-Jochen Vogel, überhaupt nicht verstehen, wenn er behauptet, das Mietrecht sei durch die neue Bundesregierung verschlechtert worden.

Nach meinem Verständnis ist genau das Gegenteil der Fall. Während es früher für den Vermieter möglich war, eine niedrigere Miete sprunghaft, z. B. sofort um 100 Prozent in einem Jahr, auf die ortsübliche Miete zu erhöhen, kann die Miete nach dem neuen Mietrecht nur noch um 30 Prozent – und zwar für einen Zeitraum von drei Jahren – steigen. Sie darf in keinem Fall höher sein als die ortsübliche Miete. Der Kündigungsschutz bleibt bestehen. Das gilt auch für Staffelmietverträge, die frei vereinbart werden können und nicht gegen den Willen des Mieters möglich sind.

Zeitmietverträge schaffen die Möglichkeit, leerstehenden Wohnraum für eine begrenzte Zeit evtl. an Studenten zu vermieten, so daß das leidige Ärgernis über Hausbesetzungen bald der Vergangenheit angehören dürfte. Das neue Mietrecht wird außerdem zusammen mit den Förderungsmaßnahmen für die Bauwirtschaft das Wohnungsangebot erhöhen und Arbeitsplätze für die Bauwirtschaft schaffen bzw. erhalten.

Unter H.-J. Vogel würden solche Vorteile wieder entfallen, weil er im Falle eines Wahlsieges für die SPD das neue Mietrecht wieder rückgängig machen will. Schon als Bundesbauminister war er gescheitert, weil sich in jener Zeit das Wohnungsangebot zum ersten Mal drastisch verringert. Auch als Regierender Bürgermeister von Berlin war er gescheitert, weil er mit den Hausbesetzern nicht fertig wurde. Will er jetzt auch noch die Arbeitslosigkeit von zusätzlich ca. 200 000 Bauarbeitern in Kauf nehmen?

Karl-Heinz Ohnesorge, Bremen 66

Formen des Zusammenlebens

„Lieber manchmal Klassenkeile als ganz allein im Dschungel": GEISTIGE WELT vom 5. Februar

Der Bericht von Dröscher über den Kampf des Gorilla-Männchens für seine Horde ist außerordentlich interessant. Die Erklärung für dieses Verhalten kann jedoch nicht ganz befriedigen. Dröscher spricht von einer „bahnbrechenden" Arbeit von Professor I. Eibl-Eibesfeldt, gibt aber die Quelle leider nicht näher an. Jedenfalls beruht die wiedergegebene Erklärung für das Verhalten des Gorillas auf der bekannten Version der Evolutions- und Selektionstheorie, nach der es einen „genetischen" Egoismus gäbe, gegenüber dem alles altruistische Verhalten als schwer erklärbares Rätsel erscheinen muß. Die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser These muß aber immer mehr bezweifelt werden.

Hier bringt nun das Buch von Günther Stier: Bausteine für den dritten Weg, Grundlagen einer friedlichen Gesellschaftsordnung (Olms, Hildesheim 1982), eine wirklich bahnbrechende, ergänzende These, die kurz so zusammengefaßt werden könnte: Jede lebende Einheit verhält sich nach außen egoistisch-ausbeutend, nach innen fürsorgend. So verhält sich ein Muttertier selbstverständlich physiologisch fürsorgend gegenüber dem Embryo in ihrer leiblichen Einheit. Durch die Trennung bei der Geburt endet diese Einheit aber nicht völlig, sondern wirkt fort in Form des physiologischen Nährens und tätigen Fütterns. Zwischen Mutter und Kind bleibt eine „überindividuelle" Einheit. Und eine solche besteht auch, in sich stufenweise abschwächender Form, zwischen allen Angehörigen einer Rasse und Art.

So weit, wie die Einheit noch wirksam ist, treten fürsorgliche Verhaltensformen auf, wozu auch der Kampf zum Schutz der Einheit gehört. Die sehr stark abgeschwächte, „latente" Einheit bildet dann die Grundlage für das grundsätzlich friedliche Verhalten innerhalb einer Art, das nur durch Konkurrenzen gestört wird. Ausbeutung innerhalb der Art, besonders der Kannibalismus, ist nach Stier ein „Einbruch außersozial notwendigen Verhaltens", nämlich des Fressens, in den innerartlichen Friedensbereich.

Auf dieser Grundlage bringt Dr. Stier eine völlig neuartige Beurteilung nicht nur des tierischen Verhaltens, sondern auch der menschlichen Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte.

Prof. Kurt Fiebig, Hamburg 70

Fataler Sachverhalt

„Die Polen und das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung": WELT vom 9. Februar

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

Bundesminister Dr. Zimmermann hat mit seinen zutreffenden Ausführungen eine erfreuliche Diskussion ausgelöst. Ebenso ist Ihrer richtigen Bewertung der Verträge von Moskau und Warschau eine breite Resonanz zu wünschen. Die polnische Seite muß sich auch vorhalten lassen, daß sie mit Art. IV des Warschauer Vertrages frühere Vereinbarungen anerkannt hat, also auch Art. 7 des Deutschlandvertrages, der die Grenzregelung bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung aufschiebt.

Dabei ist zu beachten, daß sogar die vier Alliierten am 5. Juni 1945 (Berliner Erklärung) eine Annexion deutschen Gebietes ausdrücklich verneinten und die Grenzen Deutschlands später festlegen wollten, wozu es nie gekommen ist. Es verbleibt der fatale Sachverhalt, daß die sozial-liberale Regierung 1970 vorgab, nur „im Namen der Bundesrepublik Deutschland" zu handeln, obwohl ihr das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 mit dem Grundvertragsurteil erneut und bindend die Identität der Bundesrepublik mit dem fortbestehenden Deutschen Reich auferlegte.

Es bleibt zu prüfen, inwieweit dieser innerstaatliche Verfassungsverstoß der Regierung auch völkerrechtlich relevant ist (Wiener Vertragsrechtskonvention). Allen Überlegungen vorrangig, auch beim Prager Vertrag, ist der zwingende Völkerrechtssatz der Selbstbestimmung, wie er in Art. I der Menschrechtspakte von 1966 verankert ist. Hier arbeitet die Zeit sogar für uns. Dies bedeutet, daß nur die legitime – deutsche – Bevölkerung der Vertreibungsgebiete entscheiden kann.

Roland Schnürch, Düsseldorf 13

Der Unterschied

„FDP besteht auf Rückzahlung der Anleihe": WELT vom 7. Februar

Man kann natürlich über die Zwangsanleihe selber und auch über die Frage der Rückzahlbarkeit so oder so diskutieren. Bedenklich ist es jedoch, wie leichtfertig – oder gar mutwillig? – über den doch wesentlichen Unterschied hinweggegangen wird, der darin liegt, daß es doch grundsätzlich etwas anderes ist, ob ich jemanden noch mehr von dem wegnehme, von dem was er als Steuerzahler selber erarbeitet hat oder ob ich jemandem etwas weniger von dem gebe, was er vom Staat, d. h. von den Steuerzahlern zugewendet bekommt. Infolge der über Jahrzehnten, (nicht erst seit 1969!) hochgezüchteten Wohlstandsmentalität wird dieser fundamentale Unterschied zwischen mehr abgeben müssen und weniger empfangen dürfen, verwischt und damit der Leistungswille der Schaffenden weiter abgebaut.

Gerhard Heydt, Eschweiler

Bahr schweigt

„Bahr, der Zauberlehrling": WELT vom 17. Februar

Es gab auch einen Bahr, der den mit Pauken und Trompeten in Szene gesetzten Abzug aus der „DDR" als Abrüstungsvorleistung der UdSSR feierte. (Diese Einheit tauchte dann in der Tschechoslowakei wieder auf.)

Inzwischen hat die UdSSR wieder einmal ein Versprechen nicht gehalten. Sie versprach feierlich, allein für die Aufnahme von Abrüstungsgesprächen in Genf ihr damaliges SS-20-Raketen-Potential von ca. 260 Abschußrampen nicht weiter zu erhöhen, die weitere Produktion also einzustellen. Inzwischen wird schon Monate lang in Genf verhandelt. Die SS-20-Abschußrampen wurden in dieser Zeit auf nachweislich 340 erhöht. Ich habe Bahr nicht protestieren hören oder von der UdSSR die Einhaltung ihres Versprechens verlangen hören.

Horst O. Schumann, Hamburg 22

Aus hohem Mund

Sehr geehrte Damen und Herren,

die markanten und von hohem Geist getragenen Aussprüche des Herrn Außenministers Genscher (siehe die WELT vom 8. 2. 1983) sollten nie in Vergessenheit geraten; deshalb wiederhole ich: 1. Genscher zu Shamir (Amtskollege aus Israel): „Ihr Frieden ist unser Frieden." 2. Genscher-Zitat des Tages (zur Anspruchsmentalität): „Am Ende würde der stufenlose Übergang vom BAföG zur Rente stehen."

In diesem, unserem Vaterland bin ich ein kleiner Bürger, auch ein bescheidener und recht zufriedener Rentner, zähle also zu dem Kreis von Millionen, die zu so bedeutenden Persönlichkeiten in Bonn emporschauen.

Und mir sind diese beiden Aussprüche besonders aufgefallen. Ich empfehle, wiederholt diese Sätze aus hohem Bonner Mund zu lesen. Kaum vorstellbar, daß Genschers Partei nicht die von ihm erhofften und durch sein Handeln erwünschten Wahlstimmen erhalten könnte!

Mit freundlichen Grüßen
Curt Schimsheimer, Speyer / Rhein

Entgleisung

„Leserbrief: Im Auge des Beschauers": WELT vom 2. Februar

Welchen „Gott" meinte der Herr Pfarrer von St. Martin in Ebingen eigentlich, der dem „braven Mann" Schubart „helfen und seine Sache zum Sieg führen" möge? Dieser „Gott" wird gebeten, ein Urteil des Bundesgerichtshofes zu beeinflussen. Merkwürdig diese Entgleisung, welche von einem kirchlichen Amtsträger da verkauft wird!

Mit freundlichen Grüßen
Wilfried Neubauer Spangenberg

Wort des Tages

»Einen festen Charakter erwerben heißt, viele und gründliche Erfahrungen über die Unzulänglichkeiten und Verhältnisse des Lebens gewinnen.«

Stendhal, franz. Autor (1783–1842)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

BUNDESREGIERUNG

Josef Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, läßt fasten. Sein Personalrat will seit gestern bis 25. März für die Bediensteten eine Aktion starten unter dem Motto: „Schlank, fit und gesund durch richtige Ernährung". Die Mitarbeiter sollen wöchentlich bis zu 1,5 Kilo abnehmen. Von den 800 Mitarbeitern des Ministeriums wollen sich 120 beteiligen, unter ihnen Ertls Pressereferent **Erwin Reuss**, der sich vier Kilo Minus vorgenommen hat. Vorbedingung: nicht mehr als 1500 Kalorien am Tag essen. Josef Ertl selbst kann wegen des Wahlkampfstresses keine Abmagerungskur verkraften.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Michael Glotzbach**, bisher Legationsrat Erster Klasse an der deutschen Botschaft in Santiago de Chile, kehrt in das Auswärtige Amt zurück und wird dort „rechte Hand" von Dr. **Carl Otto Lenz**, dem Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Lenz will den Koordinatorenposten, der 1967 im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages geschaffen wurde, weiter ausbauen. So soll es schon in nächster Zukunft eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages und seinem Pendant in der französischen Nationalversammlung geben. Ausschußvorsitzender in Frankreich ist **Maurice Faure**, der schon bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge mitarbeitete. Nach den Wahlen am 6. März sollen sich die Ausschüsse zu einer ersten gemeinsamen Sitzung mit einer substantiellen Tagesordnung treffen. Die Rechtsausschüsse beider Parlamente arbeiten schon seit Jahren zusammen. Auch diese Zusammenarbeit geht auf Carl Otto Lenz zurück, der früher den Rechtsausschuß des Bundestages leitete.

EHRUNGEN

Hubertus Prinz zu Löwenstein, Präsident des Freien Deutschen Autorenverbandes und seinerzeit als Verfolgter des nationalsozialistischen Regimes 12 Jahre im politischen Exil, wurde von Papst **Johannes Paul II.** in einer Audienz empfangen. Der Papst dankte Prinz zu Löwenstein für seine Initiative, die er seinerzeit ergriffen hatte, um nach 900 Jahren die griechisch-orthodoxe und die römisch-katholische Kirche wieder zusammenzuführen. 1967 hatten sich **Athenagoras I.**, der Patriarch von Konstantinopel, und **Papst Paul VI.** zu einem gemeinsamen Gottesdienst in St. Peter in Rom zusammengefunden. Bei seinem jetzigen Rom-Besuch traf Prinz zu Löwenstein auch mit Pater **Pierre Duprey** zusammen, Leiter des Sekretariats für die christliche Glaubenseinheit. Dr. **Walter Gehlhoff**, deutscher Botschafter beim Vatikan, lud zu Ehren seines deutschen Gastes zu einem Essen ein, an dem auch der frühere Vatikan-Botschafter Dr. **Alexander Böker** teilnahm, Exilgefährte von Prinz zu Löwenstein während der NS-Zeit in den USA. Der Freie Deutsche Autorenverband wird am 23. Februar zehn Jahre alt. Seine Ursprünge reichen weiter zurück, bis in die Weimarer Zeit. Denn der Autorenverband setzt die Tradition des „Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller" der zwanziger Jahre fort. Der Autorenverband sieht sich außerdem in der Tradition der Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil, zu der **Thomas Mann** und **Siegmund Freud** gehörten. Auch nach dem Krieg fanden prominente Schriftsteller im Exil zum Freien Deutschen Autorenverband. Zu ihnen zählen **Alexander Solschenizyn, Wladimir Maximow** und **Wladimir Bukowski.**

*

Professor Dr. **Peter Karlson**, Leiter der medizinischen Betriebseinheit für Experimentelle Medizin an der Universität Marburg, wurde von der Fakultät für Theoretische Medizin der Universität Ulm mit dem Ehrendoktor der Humanbiologie ausgezeichnet.

Südwest-DGB: Zentralstelle für Aufsichtsräte

● Fortsetzung von Seite 1

mit noch größerem Überhang in die Durchschnittsrechnung von 3,5 Prozent ein.

Kirchner: „Wenn allerdings die IG Metall die Position 3,5 Prozent mit diesem Verständnis vertritt – nämlich daß es sich hierbei um eine Orientierung handelt, bei der die *Tarifabschlußzahl* wesentlich niedriger liegen muß –, dann wäre diese Verhaltensweise in der Tat ein wichtiger und hilfreicher Schritt in die richtige Richtung."

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes unterstrich, daß die Forderung nach drei Leermonaten „kein taktisches Spielmaterial, sondern eine zwingende Notwendigkeit ist". Es gehe darum, in den entscheidenden Monaten *des Frühjahrs den Firmen* eine „Verschnaufpause" einzuräumen. Schließlich seien diese dann eher in der Lage, Arbeitnehmer in Kurzarbeit weiter „durchzuziehen" und in einer prekär gewordenen Lage keine weiteren Entlassungen vorzunehmen: sie seien ja bereit, „alle Ausbildungsplatzreserven zu mobilisieren". Hinzu komme, daß aus den geburtenstarken Jahrgängen jetzt eine große Zahl ausgebildeter Facharbeiter zur Übernahme anstehe. Die Verschiebung der Erhöhung um einige Monate sei also durchaus auch als Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung zu sehen.

Energisch wies Kirchner die Vorwürfe des für Tarifpolitik zuständigen Vorstandsmitglieds der IG Metall Hans Janßen zurück, daß die Arbeitgeber mit ihrer angeblichen Verzögerungspolitik einen Beitrag zur Stärkung der ihnen nahestehenden politischen Kräfte leisten wollten. Diese Äußerungen Janßens seien „völlig abwegig und deplaciert". Er wolle keine Retourkutsche starten, verweise aber auf einen Artikel des Gewerkschaftsfunktionärs, in dem „sehr stark versucht wird, die Lohnrunde und auch die Mobilisierungskampagne nach Auslaufen der Friedenspflicht in den Dienst der gewerkschaftlichen Sympathie für die SPD zu stellen" (WELT v. 15. 2. 83).

Zwar seien die Arbeitgeber zu einem Abschluß vor dem 6. März bereit, da für sie die Tarifpolitik ohne Rücksicht auf Wahltermine gestaltet werde. Was ganz sicher anstehe, sei eine Serie von Warnstreiks der IG Metall unmittelbar nach dem Auslaufen der Friedenspflicht am 28. Februar. Dafür gebe es bei der Gewerkschaft schon „konkrete Aufmarschpläne".

Frankreichs Bürgerliche holen in Übersee auf

Mehrheit der Mandate in Réunion und Guadeloupe

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zwei Wochen vor den französischen Gemeindewahlen hat ein *Test den Wahlstrategen beider La*ger eine annähernd gleiche Kräfteverteilung zwischen der Rechten und der Linken vor Augen geführt.

Bei den ersten direkten Wahlen zu einem Lokalparlament (Regionalrat) in den vier überseeischen Departements Réunion (Indischer Ozean), Guayana (Südamerika), Martinique und Guadeloupe (Antillen) konnten die Regierungsparteien und die Opposition jeweils in zwei Departements eine knappe Mehrheit der Sitze für sich entscheiden. In Guayana und Martinique siegte die Pariser Regierungskoalition, in Réunion und Guadeloupe fiel die Mehrheit der Sitze an die oppositionellen Gaullisten und Giscardisten.

Unsicher ist noch, welches Lager den Vorsitz in den jeweiligen Lokalparlamenten erhalten wird, da kleinere Splitterparteien hier den Ausschlag nach links oder rechts *geben könnten. Insgesamt erhielt* die Linke 80 Sitze, die Rechte 72, das Zentrum fünf Sitze.

Diese ersten direkten und nach dem Verhältniswahlrecht organisierten Wahlen in den überseeischen Departements waren auf Betreiben der Pariser Linksregierung zustande gekommen, die das Wahlrecht der überseeischen Bevölkerung gegenüber dem der Wähler im „Mutterland" nicht einschränken wollte. In Frankreich waren 1982 unter den von den Sozialisten erlassenen Dezentralisierungsgesetzen zum ersten Mal Lokalparlamente mit erhöhten örtlichen Vollmachten direkt gewählt worden.

Die Opposition, vor allem die Gaullisten, hatten vor gleichartigen Wahlen in den Überseedepartements gewarnt, weil sie Unabhängigkeitsbestrebungen der Lokalbevölkerung wecken oder ver*stärken könnten. Diese Furcht* erwies sich auch nach dem Urteil von Rechtspolitikern als unbegründet. Dagegen kann die Linke darauf hinweisen, daß sie in den traditionell rechtswählenden Überseedepartements ein überraschend gutes Ergebnis erzielt hat.

Moskau läßt Kontroll-Frage offen

Neue Vorschläge für MBFR-Verhandlungen überprüft: Zentrale Punkte ungeklärt

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die neuen Vorschläge, die von der Sowjetunion in der vergangenen Woche bei den Wiener Truppenabbau-Verhandlungen (MBFR) gemacht wurden, führen nach einer ersten Bonner Analyse „in der Sache" kaum weiter. Grund: Noch immer sei die grundsätzliche Frage der Überprüfung offengeblieben.

Die in ihrer Wirkung auf die westliche Öffentlichkeit genau kalkulierte Offerte sieht für dieses Jahr einen ersten Truppenreduzierungs-Schritt vor: 13 000 amerikanische und 20 000 sowjetische Soldaten sollen aus Mitteleuropa abgezogen werden. In einem zweiten Schritt ist die Verringerung der Truppen der übrigen Paktstaaten im sogenannten „Reduzierungsraum" bis zu einer Höchstgrenze von jeweils 900 000 Mann auf beiden Seiten vorgesehen. Innerhalb *dieser Obergrenze von 900 000* Mann soll nach dem Moskauer Vorschlag die Zahl der Landstreitkräfte auf jeweils 700 000 Mann beschränkt werden.

Obwohl die Prüfung des sowjetischen Vorschlags bei der NATO noch nicht beendet ist, haben die westlichen Analysen schon eine ganze Reihe verschiedener Schwächen ergeben. Danach dürfte schon jetzt feststehen, daß auf der Grundlage der Moskauer Offerte kein Abkommen zum Abbau der konventionell gerüsteten Land- und Luftstreitkräfte im sogenannten „Reduzierungsraum" zustande kommen dürfte. Diesem Raum gehören auf westlicher Seite die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Belgien und Luxemburg an, auf östlicher Seite die „DDR", Polen und die Tschechoslowakei.

Von westlicher Seite wird vor allem bemängelt, daß die Frage der Überprüfung eines solchen Truppenabbaus nicht ausreichend geklärt ist. Nach den sowjetischen Vorschlägen sollen die Reduzierungsschritte erst einmal unternommen werden. Jede Seite soll anschließend für sich kontrollieren, ob die Verminderung den Vereinbarungen entspricht.

Diesem Vorschlag wird der Westen unter keinen Umständen zustimmen. Denn er hat die Überprüfung der Truppenstärken vor, während und nach einer Reduzierung zu einer der zentralen MBFR-Fragen überhaupt gemacht. Sie steht unter dem Stichwort „Daten-Diskussion". Der Westen hatte – zuletzt im vergangenen Sommer – vorgeschlagen, zur Überprüfung der einzelnen Schritte bei einer Truppenverminderung unter anderem ständige Beobachter an „Durchlaufpunkten" vorzusehen.

Im übrigen will der Westen, bevor es überhaupt zu Reduzierungs-Abkommen kommt, erst einmal Einigung mit dem Osten darüber erzielen, welche Stärke die einzelnen Truppen in der „Reduzierungszone" haben. Denn bisher besteht in den Berechnungen über die Truppen-Stärke des Warschauer Paktes zwischen West und Ost eine Differenz von 160 000 Mann.

Diese Frage spielt auch seit Jahren in der innenpolitischen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Rolle. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Herbert Wehner, hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) wegen dessen Beharrlichkeit in der Daten-Frage einst der „Fliegenbeinzählerei" bezichtigt.

Shultz schließt Stufenlösung in Genf nicht aus

AFP/dpa/AP, Washington

Der amerikanische Außenminister George Shultz schließt eine stufenweise Einigung mit der Sowjetunion über die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa nicht mehr aus.

Einen Vorschlag über eine Einigung in mehreren Etappen hatte der ehemalige französische Staatspräsident Giscard d'Estaing in der Pariser *Tageszeitung „Le Monde"* gemacht. Shultz erklärte in einem Interview der US-Fernsehgesellschaft ABC, nach einem möglichen Scheitern der Genfer Verhandlungen könnten die Sowjets auch nach Beginn der Stationierung der Pershing-2-Raketen in den NATO-Ländern noch über den Abbau ihres eigenen Mittelstreckenpotentials entscheiden, ehe sämtliche NATO-Raketen stationiert seien.

Die USA hätten bei den Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa „sehr gute Vorschläge auf den Verhandlungstisch gelegt", aber aus Moskau keine positive Reaktion erhalten, sagte Shultz. Trotz des Ausbleibens solcher Reaktionen werde mit den Sowjets weiterverhandelt.

Reagans Wahlgegner haben kein glaubwürdiges Thema

TH. KIELINGER, Washington

In den USA ist es wieder einmal soweit: Die Kür der Präsidentschaftskandidaten der Opposition kann beginnen. Alle vier Jahre kündet sich das altbekannte Schauspiel an, zu einem festen Zeitpunkt, dem Beginn des dritten Amtsjahres des regierenden Präsidenten. Warum so früh?

Es muß wohl so früh sein: Denn die Kandidaten leiden alle in verschiedenen Graden unter einem Mangel, der in der kontinentalen Ausdehnung des Landes und seiner interessenpolitischen und ethnischen Zerklüftung begründet ist. Man kennt sie noch nicht oder nicht mehr.

Dieses Phänomen mag Europäer zunächst überraschen. Walter Mondale, Präsident Carters ehemaliger Vize, ein unbekannter Mann? Nun, unbekannt mag er nicht sein, aber die „name recognition" reicht bei der tagespolitischen Vergeßlichkeit der Amerikaner nicht unbedingt über Jahre nach einer Amtszeit hinaus. Schnell verschwindet der Name, der heute noch die Schlagzeilen beherrscht, hat sein Träger erst einmal die Bühne Washingtons verlassen. Das gilt selbst für ehemalige Präsidenten wie Carter – das große Verges*sen bestraft nachträglich den* glücklosen Mann.

Wer weiß in Alabama, wer im Nachbarstaat Florida vor Jahren Gouverneur war und jetzt – wie Reuben Askew – als Präsidentschaftskandidat glaubt antreten zu müssen? Da steht es für John Glenn, einen der Kandidaten, schon günstiger: Er war wenigstens etwas Besseres als nur Politiker; er erreichte 1962 als erster Amerikaner den Weltraum.

Und weil es so schwer ist, bekannt zu werden oder zu bleiben, möchte man die Vorwahlen, die Delegierten-Abstimmungen, als Kandidat unbedingt bestehen. Ein frühes gutes Ergebnis dort gilt als sicherster Weg beim Vormarsch in der Wählergunst.

Fest als Kandidaten der Demokraten erklärt haben sich bisher zwei Senatoren: Alan Cranston (68) aus Kalifornien und Gary Hart (45) aus Colorado. Heute wird Walter Mondale (55) offiziell seinen Wahlkampf eröffnen, den er bereits seit Monaten führt. Ihm folgt am Mittwoch Reuben Askew (54), Floridas ehemaliger Gouverneur. Innerhalb des nächsten Monats werden die Senatoren Ernest Hollings (61) aus South Carolina, Dale Bumpers (57) aus Arkansas und John Glenn (61) aus Ohio ihre Kandidatur eröffnen. Ihnen allen scheint sich – ein Novum in der Geschichte – der erste farbige Politiker als Präsidentschaftsanwärter zugesellen zu wollen: Jesse Jackson (45) aus Chicago, eine führende (und sprachgewaltige) Erscheinung in der Bürgerrechtsbewegung.

Im Gegensatz zur Zeit vor vier Jahren, als das Mißvergnügen an Jimmy Carter sogar die eigene Partei erfaßt hatte und zur Gegenkandidatur Edward Kennedys im Lager der Demokraten führte, ist die Kritik am derzeitigen Präsidenten allerdings keine existentielle Bedrohung für den Mann im Weißen Haus. Der Unwille über Reagan, durch Rezession und Arbeitslosigkeit, hat noch zu keinem landesweit hörbaren Ruf nach einer politischen „Wende" geführt.

Natürlich: Man nimmt Anstoß am Ausmaß des Verteidigungsetats, an den Härtefällen des Wirtschaftsprogramms. Aber mit der Grundrichtung der Präsidentschaft Reagans identifiziert sich „Middle America" nach wie vor: mit der Wiederbelebung amerikanischer Stärke und der verstärkten Entfaltung der Privatinitiative, des privatwirtschaftlich orientierten Wachstums.

Die demokratischen Präsidentschaftsanwärter haben daher auch kein glaubwürdiges Thema anzubieten, das sie vereinen oder das einen Gegenpol zu Ronald Reagan aufladen könnte. Walter Mondale verspricht der Autoindustrie und anderen Industriezweigen mehr Protektionismus und reitet auf einer „Kauft amerikanisch"-Welle. Gary Hart, ein Töner im rhetorischen Stil John F. Kennedys, umschmeichelt „die neue Technologie" als sein Lieblingsthema, als habe er es bei den französischen Sozialisten abgeguckt.

Alan Cranston widmet sich fast ausschließlich dem Thema eines nuklearen „Einfrierens". Er will, ähnlich wie Hart, als Präsident sofort nach Genf eilen und mit den Sowjets ein Abkommen zum totalen Produktions- und Teststopp aller Nuklearwaffen verhandeln. John Glenn, der ehemalige Astronaut, würde nicht so weit gehen. Er liegt, von Kostenkorrekturen abgesehen, in der Verteidigungspolitik mehr auf der Linie Präsident Reagans.

Aber mit der Summe von Einzelkritiken ist Ronald Reagan nicht um die Macht zu bringen. Zudem hat der beschlagene Politiker in ihm längst einige der traditionellen Felder des demokratischen Themenangebots besetzt. Reagan zeigt sich kompromißbereit bei der Suche nach einem maßvollen Arbeitsbeschaffungsprogramm: 4,3 Milliarden Dollar wäre er bereit dafür auszugeben, auch wenn sein Herz nicht unbedingt an derlei Feuerwehraktionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hängt.

Das Feld der Präsidentschaftskandidaten auf der Seite der Opposition ist groß, aber die Sehnsucht der Amerikaner nach schon wieder einem Wechsel im höchsten Staatsamt derzeit doch eher gering. Wer genau hinhört, spürt eine gewisse Ermüdung im Lande mit den immer neuen Anläufen, die die Republik seit dem Ende der Eisenhower-Ära unternommen hat. Bei Ronald Reagan würde man sich schon gern einfinden, ihm eine zweite Amtszeit zuzubilligen.

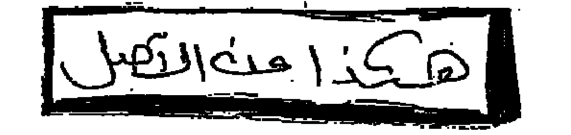
Gesagt

„Wer Deutschland zutraut, daß es wankelmütig zwischen Ost und West sein könne oder beide gegeneinander ausspielen wolle, der weiß nicht, was wir wissen: Der Stalinismus kennt keine Verbündeten, sondern nur Opfer."

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt in einem Rundfunkinterview 1952.

„Unser Frieden wird *auch nicht* besser dadurch, daß wir unsere Interessen denen unserer Verbündeten und Freunde unterwerfen. Sondern wir müssen unsere eigenen Interessen klar und deutlich und ohne Überheblichkeit auf der anderen Seite gleichermaßen im Westen wie im Osten vertreten."

Helmut Schmidt am 12. Februar 1983 auf einer SPD-Wahlveranstaltung in Regensburg.



Altes Thema

HH – Meyer-Abich, Energie- und Umweltberater in der sogenannten Regierungsmannschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel, hat ein altes Thema neu bemüht. Von den knapp 80 000 Megawatt (MW) Kraftwerksleistung der öffentlichen Versorgung seien 1982 in der Spitze lediglich 53 000 MW beansprucht worden, erklärte er.

Für Vogels Energieexperten ergibt sich daraus zwingend auch die Schlußfolgerung: „Gewaltige Überkapazitäten." Zwischen dieser Aussage und der Forderung etwa der Jusos wie der Grünen nach einem Baustopp für Kraftwerke liegt nur noch ein – logischer? – Schritt.

Meyer-Abich hätte, wenn er sich im Wahlkampf schon nicht auf die höchst komplizierten Einzelheiten der Kraftwerksstrukturen einlassen wollte, immerhin daran erinnern können, daß die Öl- und Gasverdrängung auch aus der Stromerzeugung ein unter ernst zunehmenden Energiepolitikern unumstrittenes Ziel ist.

Läßt man also für einen Moment bewußt außer acht, daß Megawatt nicht gleich Megawatt ist, so hätte Meyer-Abich seine Zuhörer zum Beispiel darauf aufmerksam machen können, daß über 20 000 MW des deutschen Kraftwerksparks allein auf Öl- und gasbefeuerte Anlagen entfallen.

Alles „gewaltige Überkapazitäten"? So kann man argumentieren. Nur sollte man dann schon aus Gründen der Redlichkeit hinzufügen, daß diese Anlagen mit dem Ziel der Öl- und Gassubstitution möglichst nur in der Spitzenlast eingesetzt werden. Mit unter drei Prozent Stromanteil auf Ölbasis ist die deutsche Elektrizitätswirtschaft inzwischen Weltmeister, bei Gas sind es noch neun bis zehn Prozent. Wenn Meyer-Abich das nicht mehr will, muß er es sagen.

Preis-Konzession

dos. – Die Stadt Hannover, die zu den am höchsten verschuldeten Kommunen der Bundesrepublik gehört, hat Schwierigkeiten, den Haushaltsansatz für 1983 in Höhe von rund 2,2 Milliarden Mark zu finanzieren. Immer spärlicher fließen Abgaben und Steuern; auch vom Land sind geringere Zuwendungen zu erwarten. In dieser Situation erinnern sich die Stadtväter einmal mehr ihres Goldeseis, des Eigenbetriebs Stadtwerke. Das Versorgungsunternehmen sollte die Strompreise um 5,8 Prozent erhöhen, damit die Konzessionsabgabe wie geplant auf 84 Millionen Mark ansteigt. Diese Vorstellungen sind nun nicht ganz realisiert worden. Der Aufsichtsrat genehmigte „nur" um 4,3 Prozent höhere Preise. Aller Voraussicht nach werden die Stadtwerke lediglich 78 Millionen Mark Konzessionsabgabe erwirtschaften. Der Vorgang spiegelt die Abhängigkeiten wider, denen die Preisfindung für Strom und andere städtische Leistungen unterworfen sind. Die Wirtschaftlichkeit entscheidet längst nicht mehr. Vor diesem Hintergrund sollten die hannoverschen Stadtwerke-Kunden illusionslos bleiben: Die nächste Preiserhöhung kommt so bald und sicher wie das Amen in der Kirche

UMWELTPOLITIK / Großfeuerungsanlagen sollen künftig sauberer arbeiten

Das Bundeskabinett will am Mittwoch Gesetz zur Luftreinhaltung beschließen

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung wird morgen mit der Großfeuerungsanlagenverordnung eine weitere wichtige Umweltschutzmaßnahme verabschieden. Das federführende Bundesinnenministerium schätzt die auf die Elektrizitätswirtschaft „als Hauptbetroffenen zukommenden Kosten" bis 1993 auf sechs bis zwölf Milliarden Mark und die Auswirkung auf den Strompreis im Bundesdurchschnitt auf 0,5 bis knapp einen Pfennig je Kilowattstunde.

Die Bundesregierung sieht in der Verordnung „ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Luftverschmutzung und das Waldsterben". Nach dem augenblicklichen Wissensstand der Experten sei anzunehmen, daß Luftverunreinigungen – vor allem Schwefeldioxid und Stickstoffoxid – „beim Waldsterben eine wesentliche Rolle spielen". Nach der Novellierung der Immissionsvorschriften der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) will die Bundesregierung nunmehr „in strikter Anwendung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips die Luftverunreinigungen an der Quelle ... bekämpfen und die Emission aller relevanten Luftschadstoffe deutlich ... reduzieren".

Großfeuerungsanlagen wie Kraft- und Fernheizwerke verursachen nach Meinung des Innenministeriums allein mehr als drei Viertel der Schwefeldioxidemissionen in der Bundesrepublik. Darüber hinaus seien sie „in einem nicht unerheblichen Maße" auch für die Emission von Stickstoffoxid und Schwermetallen verantwortlich. Die neue Verordnung soll die Emissionen dieser Schadstoffe durch die Einführung bundeseinheitlicher und rechtsverbindlicher Grenzwerte „spürbar herabsetzen", für Schwefeldioxid zum Beispiel auf 400 Milligramm pro Kubikmeter Abluft.

Besonderes Gewicht wird der Einbeziehung der Altanlagen beigemessen, „von denen das Hauptemissionspotential ausgeht". Alle großen Neuanlagen (ab 50 Megawatt Feuerungswärmeleistung, bei Gas ab 100 Megawatt) müssen ab Inkrafttreten der Verordnung (die noch der Zustimmung des Bundesrats bedarf) mit einer Rauchgasentschwefelung ausgerüstet sein; Kleinanlagen dürfen nur noch schwefelarme Brennstoffe verwenden. „Ältere" Altanlagen (das sind im wesentlichen Modelle der sechziger Jahre) dürfen nur noch bis zu längstens zehn Jahren oder aber mit verminderter Kapazitätsnutzung betrieben werden. Altanlagen „neueren Datums" müssen spätestens in einem Zeitraum von fünf Jahren auf Rauchgasentschwefelung oder schwefelarme Brennstoffe umgerüstet werden.

In den Übergangsbestimmungen (Paragraph 37) ist berücksichtigt, daß in der fünfjährigen Übergangsfrist „aufgrund des Umfangs der bei Altanlagen erforderlichen Nachrüstungs- und Umbauarbeiten" bei den Herstellern Engpässe auftreten könnten. Dafür sei der Betreiber dann nicht verantwortlich zu machen, wenn er nachweislich die notwendigen Maßnahmen „unverzüglich" eingeleitet habe. Bei entsprechend begründeten Anträgen sind befristete Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Es wird eingeräumt, daß die Erhöhung der Strom- und Wärmekosten auch zu Preiserhöhungen führt, „die entweder die Verbraucher direkt oder indirekt über mögliche Preisanhebungen bei energieintensiven Produktionen treffen". Ihr Ausmaß vermag das Ministerium allerdings nicht zu quantifizieren. Im übrigen würden sich diese Erhöhungen auf mehrere Jahre verteilen.

Betrachtet man den Strompreis als Mischpreis aller aus Kernenergie, Wasserkraft und fossilen Brennstoffen erzeugten Elektrizität, so veranschlagt das Innenministerium die Mehrkosten für Aus-, Um- und Nachrüstungsmaßnahmen auf etwa 0,5 bis knapp einen Pfennig je Kilowattstunde. Allerdings würden die Auswirkungen auf das Stromkostenniveau in den einzelnen Energieversorgungsgebieten „je nach Kraftwerkspark sehr unterschiedlich ausfallen".

Die Elektrizitätswirtschaft akzeptiert zwar die „scharfen Anforderungen" der Verordnung für Neuanlagen. Bei der Nachrüstung der Altanlagen mit Investitionen von voraussichtlich mindestens sechs Milliarden Mark sieht sie dagegen, wie Horst Magerl von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) gegenüber der WELT erklärte (16. Februar), keine Relation „zu einem denkbaren Nutzen für die Umwelt, vor allem die Wälder".

BRASILIEN

Starke Abwertung gefährdet Abwicklung des IWF-Kredits

H.-A. SIEBERT, Washington

Überrascht hat beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington die massive Abwertung des brasilianischen Cruzeiro um 30 Prozent, die gestern in Kraft getreten ist. Befürchtet wird, daß die anderen hochverschuldeten Entwicklungsländer ebenfalls diese Notbremse ziehen und es zu einem Abwertungswettlauf kommt. Der zweite drastische Schritt in etwas mehr als drei Jahren – im Dezember 1979 hatte Brasilien den Cruzeiro um den gleichen Prozentsatz abgewertet – erschwert zweifellos die Abwicklung des IWF-Beistandskredits in Höhe von umgerechnet 4,9 Milliarden Dollar.

Wie es aussieht, hat die brasilianische Regierung mindestens zwei Versprechen nicht eingehalten. So einigte sie sich im Dezember mit einem angereisten IWF-Team auf „kleine" Abwertungen – zum Beispiel um jeweils 2,4 Prozent wie noch am vergangenen Freitag – in etwa zweiwöchigen Abständen. Nach der vereinbarten Strategie wollte man klotzige Abwertungen dadurch vermeiden, daß der Satz über der monatlichen Inflationsrate lag. Der Cruzeiro ist an den US-Dollar gekoppelt.

Eine wichtige Voraussetzung für den IWF-Beistand war die Zusage, die Teuerung, die zur Zeit auf Jahresbasis 105,7 Prozent ausmacht, schnell abzubauen. Die kräftige Abwertung bewirkt jedoch das Gegenteil bei so wichtigen Importerzeugnissen wie Weizen und Benzin. Immerhin stieg die Inflationsrate nach der Abwertung im Dezember 1979 von 77 auf 110 Prozent. In einer schwierigen Lage befinden sich außerdem die brasilianischen Unternehmen, die dem Aufruf der Regierung gefolgt sind und neue Dollarkredite aufgenommen haben. Ihre Schulden erhöhten sich schlagartig um ein Drittel. Ohne flankierende Maßnahmen droht in Brasilien jetzt eine Pleitewelle. Eigentlich müßte Brasilia die Körperschaftsteuern und Zinsen, die 250 bis 350 Prozent betragen, herabsetzen.

Offensichtlich ist die brasilianische Regierung in Panik geraten, als ihr Gesundungsprogramm, das auf eine rapide Ausweitung der Exporte basiert, nicht funktionierte. So sollte 1983 ein Handelsüberschuß von rund sechs Milliarden Dollar erreicht werden. Trotz scharf reduzierter Importe betrug er im Januar jedoch statt 450 nur 155 Millionen Dollar. Nicht erfüllt hat sich auch die Hoffnung, daß die Auslandsbanken ihre Interbank-Kreditlinien für Brasilien (sieben bis zehn Milliarden Dollar) erneuerten. Vor allem einige Regionalbanken in den USA zogen nicht mit. Damit ist eine dritte Bedingung für den dringend benötigten IWF-Beistandskredit – höhere Einlagen bei brasilianischen Banken – nicht erfüllt.

Bedauert wird in Washington, daß Brasilien eigenmächtig die Spielregeln geändert hat. Die Finanzkrise, in der das südamerikanische Land steckt, erhält somit neue Nahrung. Die Vorsicht der Privatbanken wirft große Schatten auf die IWF-Verhandlungen. Ohne die bisherigen Interbanklinien fehlen Brasilien die Mittel für die Finanzierung des Außenhandels, von dem das Zahlungsbilanzgleichgewicht aber abhängt.

Mobile Immobilie

Von HANS BAUMANN

Sie war noch nicht geboren, da wurde sie bereits totgesagt, die Essener Internationale Immobilien-Messe. Nun lebt sie bereits im achten Jahr – kräftiger als je zuvor. 0 Aussteller aus sieben Nationen bieten Immobilien aller Art feil, vom Reihenhaus im Ruhrgebiet bis zur Ladenzeile im Zentrum von Ottawa oder bis zum Einkaufszentrum in San Diego.

Die Krux der Immobilie ist, daß sie eben immobil ist. Ein Chateau an der Loire läßt sich ebenso wenig nach Essen schaffen wie eine Farm in Alberta. Die Immobilien-Messe muß also ohne das eigentliche Messe-Gut auskommen, sie ist auf das Foto angewiesen und auf die detaillierte Information – wozu nicht nur die Beschreibung des angebotenen Objektes gehört, sondern auch die Möglichkeiten seiner Finanzierung und die Darstellung der Renditechancen.

Und obwohl die Objekte fehlen, ist die Immobilien-Messe zu einem Publikumsmagneten geworden. Der Grund liegt auf der Hand: Eigentum an Grund und Boden möchte jeder haben. Eigene vier Wände gelten nach wie vor als Hort der materiellen Geborgenheit. Was den wenigsten bekannt sein dürfte: Heute schon sind 40 Prozent der rund 25 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik und in West-Berlin in privatem Besitz, sie werden also von ihren Eigentümern benutzt. In der Schweiz und in den Niederlanden liegt dieser Anteil bei 60 Prozent.

Für die großen Anleger ist es heute selbstverständlich, daß in einem gut geführten Portefeuille auch Immobilien liegen. Und auch beim kleinen Mann hat es sich inzwischen herumgesprochen, daß die Immobilie die größte Sicherheit gegen Inflationen bietet, daß sie langfristige Rentabilität sichert, daß ihr Wert nicht durch Innovationen unterlaufen werden kann, wie das bei allen Industriegütern – und damit bei Wertpapieren – leicht der Fall sein kann.

Vor diesem Hintergrund wird das große Interesse an der Immobilien-Messe in Essen verständlich. Lobenswert ist auch, daß man die Messe um einen kleinen Kongreß bereicherte, um die Transparenz der nordamerikanischen Märkte, die einzigen außereuropäischen, die mit ihrer gesicherten marktwirtschaftlichen Freiheit und mit ihren Wachstumschancen Kapital aus Europa an ihre Immobilienmärkte locken.

Die Internationale Immobilien-Messe bietet aber auch Anlaß zu Kritik. Es ist zwar lobenswert, daß der Ring Deutscher Makler mit einem repräsentativen Stand auf der Messe vertreten ist. Bedauerlich ist aber, daß man die Ausrichtung der von Jahr zu Jahr wachsenden Messe dem Essener Lokalverband überläßt. Wo sonst, wenn nicht auf einer solchen Großveranstaltung, hätte der Ring Gelegenheit, die Nähe des Publikums zu suchen, jenes Publikums, für das im Wort „Makler" noch der Begriff des Makels mitschwingt. Längst hat der Ring erkannt, daß Image-Pflege zu seinen vordringlichsten Aufgaben gehört. Der neue Präsident des Rings, Rudolf Huebenthal, hat diesen Punkt vorn auf seine Prioritätenliste gesetzt.

Warum also, so muß man fragen, gab es in Essen anläßlich der Messe kein Podiumsgespräch mit anschließender breiter Diskussion? Es gibt zwar den jährlichen Maklertag, eine interne Veranstaltung, bei der man unter sich bleibt. Einen Blick in den auf einen Jahresumsatz von rund 40 Milliarden Mark geschätzten Markt der Immobilien aber gibt es für das breite – interessierte – Publikum nicht.

Dabei haben die Makler längst erkannt, daß ihre Dienstleistung nicht den allerbesten Ruf genießt, daß er vielmehr weit hinter dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Immobilien-Makelei herhinkt. Es gälte also, die „Ware" des Maklers besser an den Mann zu bringen, für sie zu werben, also auch für den Berufsstand. Wo könnte man das besser, als bei dem breiten Publikum, das in die Essener Messehallen strömt?

Öffentliche Auftritte der Makler hätten auch Effekte nach innen. Nach wie vor tragen sich Makler bei Hotelbesuchen als „Kaufmann" ein. In den eigenen Reihen hat das Wort Makler den Klang des Unseriösen. Und das wird sich nicht ändern, wenn die Makler den Weg in die Öffentlichkeit scheuen. Im Verborgenen können sie an ihrem Ruf nicht polieren.

In Essen wurde also die Chance vertan, die Immobilie durch die, die mit ihr handeln, mobil zu machen. So bleibt der Makler Gefangener des Images eines Vermittlers, ohne gefestigtes Selbstvertrauen, ohne Werbung für seinen Berufsstand. Wer korrigiert endlich das Bild des Maklers, den man sich immer noch als ein Schlitzohr vorstellt, das mit Kartei und Telefon großes Geld verdient?

AUF EIN WORT



„Es ist viel die Rede von sozialer Verantwortung, sozialer Symmetrie, sozialem Konsens. Wirklich sozial ist in der gegenwärtigen Phase aber nur eins: nämlich das, was tatsächlich eine wirtschaftliche Belebung einleitet."

Dr. Karl-Heinz Kürten, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Duisburg FOTO: WOLF P. PRANGE

Herms Bank geschlossen

AP, Hamburg

Die Hamburger Herms Bank KG ist vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin vorübergehend geschlossen worden. Einer Pressemitteilung des Amtes zufolge wurde der Beschluß am 18. Februar gefaßt. Verbunden damit ist ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot sowie die Schließung für den Verkehr mit der Kundschaft. Wie es in der Mitteilung hieß, wurde die vorübergehende Schließung notwendig, weil bei einer Prüfung ein erheblicher, bisher ungedeckter Wertberichtigungsbedarf im Kreditgeschäft festgestellt wurde. Nach Angaben des Bundesaufsichtsamtes hatte das Bankhaus am 31. Januar eine Bilanzsumme von rund 115 Millionen Mark und Kundeneinlagen von rund 100 Millionen Mark. Die Bank gehört der Einlagensicherung des Bundesverbandes Deutscher Banken an.

STAHL-NEUORDNUNG

Bundesregierung will keine Vorweghilfen gewähren

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Vorweghilfen für Stahlunternehmen, die allein zum Ausgleich von Verlusten dienen, kommen zur Flankierung der angestrebten Umstrukturierung in diesem Bereich für die Bundesregierung nicht in Betracht. Dies hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern auf einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages noch einmal deutlich gemacht. Heute trifft Lambsdorff wieder mit den Vorständen von Klöckner, Hoesch und Salzgitter zusammen, die sich nach dem Vorschlag der drei unabhängigen Moderatoren zur Gruppe „Ruhr" zusammenschließen sollen. Wie Lambsdorff betonte, gestaltet sich diese Zusammenführung schwierig, während die Gruppe „Rhein" von Thyssen und Krupp „auf gutem Wege" zu sein scheint.

Da die EG-Kommission bis zum 30. Juni über die Beihilfen entscheiden muß und auf einer dreimonatigen Prüfungsfrist besteht, dränge die Zeit. Die Bundesregierung habe daher die Unternehmen gebeten, bis Ende Februar Grobkonzepte zu übermitteln.

Bei den Hilfen zur Restrukturierung sollte soweit als möglich auf bestehende Instrumente, vor allem auf die Investitionshilfe, zurückgegriffen werden. Es könne aber auch unter anderem an die Förderung zusätzlicher Maßnahmen im Rahmen des Stahlforschungsprogramms gedacht werden.

Zurückhaltend äußerte sich Lambsdorff zu dem Vorschlag der Stahl-Moderatoren nach weiteren Schutzmaßnahmen gegen subventionierte Niedrigpreiseinfuhren. Denn die Stahlkrisenmaßnahmen seien in letzter Zeit verschärft worden. Aber selbst deutsche Unternehmen hielten sich nicht an die vereinbarten Quoten.

DEVISENMARKT

Die Senkung der Ölpreise setzt Pfundkurs unter Druck

WILHELM FURLER, London

Die britische Währung ist zum Wochenbeginn wegen der verwirrenden Entwicklung der Ölpreise einzelner ölproduzierender Länder erneut stark unter Druck geraten. Bereits in den Vormittagsstunden des gestrigen Montags fiel das Pfund Sterling in London gegenüber den meisten führenden ausländischen Währungen auf seinen niedrigsten Wert seit mehr als vier Jahren. Verantwortlich für die neuerliche Pfundschwäche ist in erster Linie die Entscheidung Nigerias, den Preis für sein Rohöl um 5,50 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) auf 30 Dollar zu senken.

Gleichzeitig hat die nigerianische Regierung mitteilen lassen, daß sie jeder weiteren Ölpreisreduzierung der BNOC unmittelbar folgen wird. Diese Politik Nigerias hat nach Ansicht Londoner Ölexperten erhebliche Auswirkungen auf das Ölpreisgefüge der Opec. Würde Saudi-Arabien die bisherige Preisdifferenz aufgrund der unterschiedlichen Ölqualität gegenüber nigerianischem Öl 34 Dollar auf 27 Dollar je Barrel reduzieren.

Da das Pfund Sterling als „Nordseeöl-Währung" von Investoren grundsätzlich dann abgegeben wird, wenn die Ölpreise unter Druck geraten, weil dies geringere Deviseneinnahmen und eine Verschlechterung der Handelsbilanz bedeutet, haben die Devisenmärkte am gestrigen Montag so heftig reagiert. Bis zum Mittag fiel das Pfund gegenüber dem Dollar in London um mehr als einen halben Cent auf 1,538 Dollar. Gegenüber der D-Mark schwächte sich das Pfund von 3,7025 (Freitag) auf 3,68 D-Mark ab. Damit ist das Pfund um nur noch zwei Pfennig von seinem bisher niedrigsten Kursstand gegenüber der D-Mark vom Herbst 1978 entfernt. In Frankfurt fiel der Pfundkurs von 3,7140 auf 3,6840 Mark.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Konjunkturindikatoren zeigen wieder nach oben

Brüssel (dpa/VWD) – Die weltweite Rezession ist nach Ansicht der New Yorker Wirtschaftsforschungsgesellschaft „The Conference Board" beendet. Wie das von den großen US-Unternehmen mitgetragene Institut in seiner jüngsten Prognose weiter feststellt, deuten erstmals seit eineinhalb Jahren die Konjunkturindikatoren der westlichen Welt wieder nach oben. Es wird jedoch eingeräumt, daß sich lediglich der japanische und der amerikanische Indikator deutlich mit einer Jahreszuwachsrate von acht beziehungsweise fünf Prozent verbessert hat. In Großbritannien und der Bundesrepublik stieg der Index um drei Prozent, in Italien um zwei und in Frankreich beziehungsweise Kanada um jeweils ein Prozent.

Peru sucht Kredite

Lima (VWD) – Peru will in diesem Jahr internationale Kredite in Höhe von bis zu drei Milliarden Dollar aufnehmen, um eine Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten zu vermeiden. Finanzminister Carlos Rodriguez Pastor erklärte, die Aussichten auf Kreditzusagen seien gut. Der Internationale Währungsfonds und andere Kreditgeber hätten sich von der Entschlossenheit der Regierung, die öffentlichen Ausgaben zu verringern, überzeugen können. Perus Auslandsverschuldung hat sich im vergangenen Jahr um 13 Prozent auf rund 11,2 Milliarden Dollar erhöht.

Mineralölabsatz gesunken

Frankfurt (AP) – Um fünf Prozent ist der Absatz der vier wichtigsten Mineralölprodukte 1982 in der Bundesrepublik nach Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Wie das Amt in Eschborn bei Frankfurt mitteilte entstand auch 1982 das größte Absatzminus mit 11,6 Prozent auf 14 Millionen Tonnen wieder beim schweren Heizöl. An leichtem Heizöl wurden 8,4 Prozent weniger abgesetzt als im Jahr zuvor (33,4 nach 36,4 Millionen Tonnen). Bei Motorenbenzin stieg der Verbrauch um 2,1 Prozent auf 22,7 Millionen Tonnen. Der Benzinverbrauch blieb damit 1982 immer noch um eine Million Tonnen hinter dem bisherigen Höchststand im Jahr 1980 mit damals 23,7 Millionen Tonnen zurück.

Kali und Salz entläßt

Kassel (dos) – Die Kali und Salz (K+S), Kassel, wird in dem Werk Siegfried-Giesen die Mitarbeiterzahl von bisher 570 auf 200 Beschäftigte verringern. Dies ist auf einer Belegschaftsversammlung bekannt geworden. Der Vorstand begründet den Abbau mit „nachhaltigen Absatzminderungen und Ertragseinbußen", die eine Produktionsumstellung notwendig machen. Den ausscheidenden Mitarbeitern sollen Arbeitsplätze in anderen Werken von K+S in Niedersachsen und Hessen angeboten werden.

Treffen in Bonn

Bonn (Rei) – Zu einem informellen Treffen kamen gestern die EG-Arbeits- und Sozialminister in Bonn zusammen, um über Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Arbeitszeitverkürzung zu beraten. Die EG möchte auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung gern initiativ werden, doch leisten Großbritannien und Dänemark Widerstand. Im Gespräch sind vor allem eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten und die Entdiskriminierung der Teilzeitarbeit.

Indonesien will Kredit

Djakarta (AFP) – Indonesien will beim Internationalen Währungsfonds einen Kredit von mindestens 600 Millionen Dollar beantragen, verlautet in Djakarta. Indonesien, der größte Erdölexporteur Asiens, muß für das am 31. März zu Ende gehende Finanzjahr 1982/83 mit einem Zahlungsbilanzdefizit von 7,5 Milliarden Dollar rechnen. Die öffentliche und private Verschuldung Indonesiens wird auf 26 Milliarden Dollar geschätzt. Die Finanzlage Indonesiens, dessen Exporteinnahmen zu 70 Prozent auf Ölverkäufen beruhen, dürfte sich in den nächsten Monaten angesichts der unausweichlichen Preissenkung – Indonesien verkauft sein Öl noch zu über 34 Dollar pro Barrel – weiter verschlechtern.

EG-BINNENMARKT

Mitgliedstaaten verletzen zunehmend die Richtlinien

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Brüsseler Kommission hat von Jahr zu Jahr mehr Mühe, die Mitgliedsstaaten zur Einhaltung der EG-Vorschriften zu bewegen. Dies zeigt ein Bericht über das Funktionieren des europäischen Binnenmarktes, den sie im Auftrage der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft zusammengestellt hat.

Die Zahl der Vertragsverletzungsverfahren (Art. 169 des EWG-Vertrages) ist danach seit 1978 von 100 auf 332 gestiegen. Allein im letzten Jahr wuchs sie um 89. Immerhin gelang es, die meisten strittigen Probleme gütlich zu regeln. So beschränkte sich die beim Europäischen Gerichtshof eingereichten Klagen 1982 auf 46 (Vorjahr: 50). Drei Viertel davon betrafen Versäumnisse der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von EG-Richtlinien in nationales Recht.

Die Vertragsverstöße sind nach Meinung der Kommission oft weniger auf protektionistische Bestrebungen zurückzuführen als auf „bürokratische Nachlässigkeit". Deshalb sei es wichtig, die gesetzgeberischen und administrativen Vorhaben transparenter zu machen, gegebenenfalls „Stillhalte-Vereinbarungen" abzuschließen und innerhalb der nationalen Verwaltungen eine bessere Koordinierung anzustreben.

Der Bericht verzeichnet eine „gewisse Tendenz" in der europäischen Wirtschaft, sich wieder stärker Drittlandsexporten als dem Gemeinsamen Markt zuzuwenden. So sei der Anteil des Intra-EG-Handels am gesamten Außenhandel von durchschnittlich 53,6 Prozent 1979 auf 52,8 im Jahre 1980 und 50,7 Prozent 1981 geschrumpft. Ein ähnliches Bild ergab sich auch bei den Investitionen: Im Zeitraum 1976 bis 1980 hatten die in anderen EG-Ländern vorgenommenen Investitionen jährlich noch um 3,4 Prozent zugenommen. Seither verläuft die Entwicklung negativ.

TRANSPORT / Ein Viertel des Bruttosozialprodukts für Lager und Distribution

Zehn Jahre Zeit zur Anpassung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Die große Rationalisierungsreserve steckt noch in der Distribution und in der Lagerhaltung." Wie Karl Übelacker, der Vorsitzende der Geschäftsführung der Schenker & Co. GmbH, Frankfurt, gegenüber der WELT erklärte, wächst seit rund zwei Jahren in der deutschen Wirtschaft die Erkenntnis, daß sich die Unternehmen verstärkt der Herausforderung der Logistik stellen müssen, wenn sie im Wettbewerb mithalten wollen.

Zur Illustration weist Übelacker darauf hin, daß für Distribution und Lagerhaltung rund 25 Prozent des Bruttosozialprodukts aufgewandt werden. Nachdem in der Produktion und im Dienstleistungssektor die Chancen für Produktivitätssteigerungen weitgehend ausgeschöpft seien, rücke jetzt dieser Bereich in den Vordergrund. Immerhin würden die Probleme in anderen Ländern, vor allem in Japan, bereits angepackt.

Zur Erläuterung werde gern folgende „Milchmädchenrechnung" aufgemacht: Um aus einem Stück Eisen ein Teil eines Autos zu fertigen, vergehe rund ein halbes Jahr, obwohl auf die Verarbeitung und Montage nur sechs Stunden entfallen. Während der restlichen Zeit fallen jedoch Zinsen, Mieten und Transportkosten an.

Nach einigen Untersuchungen wird bei Schenker, der Bundesbahn-Tochter, die zu den größten Speditionen der Welt zählt, das, was durch die Optimierung dieser Bereiche erreicht werden könnte, auf zwei Prozent des Umsatzes veranschlagt. Eine Größenordnung also, die auch für die Wettbewerbssituation innerhalb einer Branche entscheidend sein kann.

Übelacker geht davon aus, daß die jetzt in der Logistik angelaufene „Bugwelle" in zehn Jahren durch sein müßte. Wer sich bis dann nicht angepaßt habe, werde es schwer haben. Das Umdenken müsse beim Verlader ansetzen. So müsse beispielsweise der Versandleiter im Unternehmen „sehr viel höher aufgehängt werden". Es reiche nicht, daß er lediglich die Transportaufgaben für die Produktion löse.

Auch für die Speditionsunternehmen stellten sich neue Aufgaben. So will Schenker im Inland sein Schwergewicht in Zukunft auf das Angebot von logistischen Leistungspaketen – vom Transport über Lagerhaltung und Abwicklung der Kundenaufträge bis zur Bestandsführung – verlagern.

In den nächsten beiden Jahren sollen allein in Bauten 49 Millionen Mark investiert werden, im Vorjahr waren es nur 15 Millionen. Bei dieser Zunahme hat allerdings auch die Investitionszulage eine Rolle gespielt.

Erste Verträge der neuen Art hat Schenker bereits unter Dach und Fach. So soll für ein deutsches Automobilunternehmen die gesamte Lagerhaltung bis zur Zulieferung an das Fließband übernommen werden.

ENVITEC '83

Wichtige Aufgabe Umweltschutz

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als die nach der Friedenssicherung wichtigste politische Aufgabe der Menschheit in den kommenden Jahrzehnten hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann den Umweltschutz bezeichnet. Bei der Eröffnung der 4. Internationalen Messe und Kongreß „Technik im Umweltschutz" – *Envitec '83* – (21. bis 25. Februar) in Düsseldorf kündigte der Minister an, während des deutschen Vorsitzes im EG-Ministerrat im ersten Halbjahr 1983 die dringend erforderliche Harmonisierung von verbindlichen Umweltschutzanforderungen voranzutreiben.

Die EG-Kommission bereite auf Vorschlag der Bundesregierung zur Zeit eine Grundsatzrichtlinie vor, die den Mitgliedsländern „die Bekämpfung der Luftverschmutzung an der Quelle nach dem heutigen Stand der Technik vorschreibt". Dies sei zugleich ein Beitrag der EG zur internationalen Genfer Luftreinhalte-Konvention, die in den nächsten Wochen endlich in Kraft trete und auch die Ostblockstaaten mit einschließe.

In der Bundesrepublik hat nach den Worten Zimmermanns vorerst die Luftreinhaltung unbedingte Priorität. Mit der neuen TA Luft würden neue bzw. wirkungsvollere Immissionswerte eingeführt.

Auf der Envitec zeigen knapp 500 Aussteller aus dem In- und Ausland Problemlösungen aus den Bereichen Luft- und Wasserreinhaltung, Lärmminderung und Abfallbehandlung.

NIEDERLANDE / Düstere Prognose der OECD

Zunehmende Arbeitslosigkeit

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die jüngste Wirtschaftsentwicklung der Niederlande bezeichnet das OECD-Sekretariat als durchweg „enttäuschend". Nur die Preisentwicklung verlief günstig: Im Dezember betrug die holländische Inflationsrate auf Jahresbasis 4,3 Prozent und war die drittniedrigste in der OECD nach der japanischen (1,8 Prozent) und der US-amerikanischen (3,9 Prozent).

Dagegen hat sich die Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent 1979 auf elf Prozent 1982 erhöht. Unter Berücksichtigung der „versteckten Unterbeschäftigung" weist Holland die stärkste Arbeitslosigkeit von sämtlichen westlichen Industriestaaten auf, heißt es in dem OECD-Bericht. Im laufenden Jahr wird danach der Anteil der arbeitslosen Holländer an der arbeitstätigen Bevölkerung des Landes bis auf 15,3 Prozent zunehmen.

Diese düstere Prognose stützt sich auf der Annahme einer weiteren Schrumpfung des niederländischen Bruttosozialprodukts um 1,4 Prozent, nachdem es sich schon 1982 und 1981 um jeweils 1,2 Prozent vermindert hatte. Zwar wird dem Land vor allem wegen der erwarteten Besserung der deutschen Konjunktur eine bescheidene Belebung seiner Exporte (real plus 0,6 Prozent) in Aussicht gestellt. Dagegen dürfte sich der Verbrauchsrückgang der Holländer von real zwei auf 3,5 Prozent beschleunigen.

Wegen der Importschwäche sowie der starken Erdgasexporte war der holländische Leistungsbilanzüberschuß allerdings von 7,8 Milliarden Gulden 1981 auf 16,5 Milliarden 1982 (fast 15 Milliarden Mark) kräftig gestiegen und könnte in diesem Jahr 20 Milliarden Gulden erreichen. Aber gleichzeitig verschlechterte sich die Rentabilität der Wirtschaft außerhalb des Energiesektors in „gefährlicher Weise". Die OECD-Experten erklären dies vor allem mit dem Produktivitätsschwund infolge eines zu hohen Lohnkostenanstiegs.

Eine Reihe sozialer Leistungen müßten dringend abgebaut werden, um der Wirtschaft wie auch den Staatsfinanzen Luft zu geben, heißt es in dem Bericht. Die dadurch freiwerdenden Gelder sollten vor allem zur Ermäßigung der Unternehmensbesteuerung und zur Förrderung der produktiven Investitionen verwendet werden. Nur dann könne Holland mit einer Wiederbelebung seiner wirtschaftlichen Aktivität rechnen.

Ebenso notwendig, wenn auch nur längerfristig zu erreichen, sei die Begrenzung des aufgeblähten öffentlichen Wirtschaftssektors, der mit seinen hohen Defiziten die Staatskasse stark belaste. Die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben würde dazu beitragen, daß die Zinsen gesenkt und so eine der Voraussetzungen für die strukturelle Verbesserung der privaten Investitionen geschaffen werden könne. In eine solche Strukturpolitik einbezogen werden muß nach Auffassung der OECD auch der Erdgassektor, dessen bedeutende Einnahmen dafür verwendet werden sollten, der übrigen Industrie neue Impulse zu geben.

UDSSR

Rückschlag aufgeholt

AP, Moskau

Die sowjetische Wirtschaft hat nach einem Bericht der Wochenzeitschrift „Ekonomitscheskaja Gasjeta" offenbar wieder Tritt gefaßt und den starken Rückschlag in der Produktionsleistung zu Beginn des letzten Jahres aufgeholt. Wie die Zeitschrift berichtet, stieg die Produktion der sowjetischen Industrie zwischen Januar 1982 und Januar 1983 um 6,3 Prozent. Die Arbeitsproduktivität nahm um 5,5 Prozent zu. Bei der Bewertung der Zuwächse ist jedoch zu beachten, daß die Warenerzeugung zu Beginn des vergangenen Jahres stark zurückgegangen war und in vielen Bereichen unter dem Wert des Vorjahres lag. So wurden trotz der erreichten Leistungssteigerung die Planziele für die Konsumgüterproduktion auch im Januar 1983 nicht erreicht.

Die sowjetische Stahlproduktion stieg der Zeitung zufolge in den zwölf Monaten bis Januar 1983 von 12,4 auf 13 Millionen Tonnen und erreichte damit wieder den Wert von Januar 1981. Bei der Fleischerzeugung wurde dagegen trotz einer Zunahme um 45 000 auf 803 000 Tonnen der Wert von Januar 1981 noch nicht wiedererreicht. Auch die Automobilproduktion blieb im abgelaufenen Jahr hinter dem Wert von vor zwei Jahren zurück.

Besonders mangelhaft war laut „Ekonomitscheskaja Gasjeta" die Verteilung der erzeugten Waren. So hätten zahlreiche Betriebe ihre Lieferverträge nicht eingehalten, obwohl sie ihre Produktionspläne erfüllt hätten.

ÖSTERREICH / Leistungsbilanz stark verbessert

Erster Überschuß seit 1972

WOLFG. FREISLEBEN, Wien

Einen Rekordüberschuß von über einer Milliarde Mark weist die österreichische Leistungsbilanz für das Jahr 1982 aus. Dies bedeutet eine Verbesserung binnen Jahresfrist um rund 4,3 Milliarden Mark. Zusätzlich sind noch etwa 700 Millionen Mark der statistischen Differenz (1,6 Milliarden Mark) dem Leistungsbilanzüberschuß zuzurechnen, womit sich der höchste Überschuß seit 1962 und das erste Aktivum seit 1972 ergibt.

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, verbesserte sich der Leistungsbilanzsaldo von minus zwei Prozent auf plus ein Prozent. Mehr als die Hälfte der Leistungsbilanzverbesserung geht auf die Handelsbilanz zurück, die teils aus konjunkturellen und teils aus strukturellen Gründen mit einem Defizit von 8,8 Milliarden Mark ein um 21,2 Prozent günstigeres Ergebnis ausweist als 1981. Dabei stiegen die Exporte um 5,2 Prozent auf 42,6 Milliarden Mark, während die Importe um 0,5 Prozent auf 51,4 Milliarden Mark zurückgingen. Besonders stark (um 1,3 Milliarden Mark) stieg das Aktivum der Position „nicht in Waren und Dienste unterteilte Leistungen", was auf eine erhebliche Zunahme höherwertiger Exporte schließen läßt.

Ebenfalls von Bedeutung war der Anstieg der Exportpreise um 4,5 Prozent bei annähernd stagnierenden Importpreisen, womit sich die Terms of Trade um 4,2 Prozent verbesserten. Auf der Importseite schlug sich zu einem wesentlichen Teil eine Verringerung der Energieimporte von zuvor 8,9 auf 7,7 Milliarden Mark nieder, wobei sich das entsprechende Defizit der Energiebilanz um 1,2 Milliarden Mark auf sieben Milliarden Mark verringerte.

Trotz eines Rückgangs der Übernachtungszahlen um 2,8 Prozent auf 90 Millionen entwickelte sich die Devisenbilanz im österreichischen Fremdenverkehr durchaus günstig, weil die Devisenbruttoeinnahmen um 514 Millionen Mark auf 12,2 Milliarden Mark anstiegen und die Österreicher umgekehrt kaum mehr im Ausland ausgaben als 1981. Dadurch konnte das Handelsbilanzdefizit zu 80 Prozent abgedeckt werden – das beste Ergebnis seit 1975.

Bedingt durch die günstige außenwirtschaftliche Position und eine verhältnismäßig hohe Inlandsliquidität trat Österreich 1982 auf den internationalen Kreditmärkten als Netto-Kreditgeber auf: Die Banken erhöhten ihre langfristigen Auslandsforderungen um 3,86 Milliarden Mark bei gleichzeitigem Abbau der langfristigen Auslandsverpflichtungen um 0,3 Milliarden Mark. Der Netto-Kapitalexport betrug 2,2 Milliarden Mark, wovon 1,4 Milliarden Mark auf den langfristigen Bereich entfallen.

Der Kapitalimport der öffentlichen Hand stieg von 1,7 auf 2,4 Milliarden Mark. Galten im Laufe der siebziger Jahre die österreichischen Devisenreserven zu einem guten Teil als „geborgt", so war dies 1982 nicht mehr der Fall. Auslandsschulden wurden sogar zum Teil zurückgezahlt.

EINKOMMEN

Bundesrepublik auf Rang drei

J. SCH., Paris

Das Bruttosozialprodukt der OECD-Zone ist 1981 im internationalen Kaufkraftvergleich um 1,5 Prozent gestiegen. Es hat sich damit aber nur noch halb so stark erhöht wie im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1981. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte Untersuchung des OECD-Sekretariats, bei der nicht nur der Preisanstieg, sondern auch die Wechselkursschwankungen eliminiert worden sind. Nach der traditionellen, lediglich inflationsbereinigten Berechnung hatte das Sekretariat in seinem letzten Outlook (Dezember 1982) den Zuwachs des Sozialprodukts für die Zone mit 1,2 Prozent angegeben und ihn für 1982 auf 0,5 Prozent veranschlagt.

An der „Kaufkraftparität" gemessen, hat sich das Pro-Kopf-Einkommen im OECD-Durchschnitt 1981 (1980) auf 9788 (8883) Dollar erhöht. Die Kaufkraftparität trägt, wie das Sekretariat mitteilt, dem Wert der in den einzelnen Ländern neben Waren produzierten Dienstleistungen besser Rechnung als die allgemein übliche Methode der Einkommenserfassung.

Das größte Einkommen je Kopf der Bevölkerung erzielten die USA mit 12 647 (11 416) Dollar. Es folgt Luxemburg mit 11 097 (9916), die Bundesrepublik mit 10 360 (9475), Dänemark mit 10 031 (9167), Frankreich mit 9981 (9150), Japan mit 9583 (8556), Belgien mit 9495 (8848), Holland mit 9414 (8773) und Österreich mit 9269 (8303) Dollar.

Ernst Henniges

* 17. 6. 1911 † 16. 2. 1983

Güte und fürsorgliche Liebe für seine Familie und unermüdliches Schaffen beim Aufbau seines Unternehmens bestimmten sein Leben.

Marga Henniges geb. Loeser
Axel Henniges
und Frau Hedda geb. Mehle
Christel Pietsch geb. Henniges
Karl-Heinz Pietsch
Emma Winter
und Enkelkinder Kai und Stephanie
sowie alle Angehörigen

3000 Hannover 81, Waldheimstraße 28

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle zugedachter Blumen- und Kranzspenden bitten wir um eine Spende an die Deutsche Krebshilfe e. V. – Bonn, Konto Deutsche Bank 909 090 (BLZ 380 700 59).

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß unser Seniorchef

Ernst Henniges

am 16. Februar 1983 im Alter von 71 Jahren gestorben ist.

Seine unternehmerische Persönlichkeit und das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und seinen Mitarbeitern prägten das von ihm gegründete Unternehmen während der mehr als drei Jahrzehnte seines Wirkens.

Seine Verdienste um das Unternehmen werden uns Verpflichtung sein.

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter
GUMMI-HENNIGES GMBH & CO. KG
Hannover und Rehburg-Loccum

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Die Landsmannschaft Schlesien gibt in tiefer Trauer den Tod ihres Ehrenvorsitzenden bekannt.

Erich Schellhaus

* 4. 11. 1901 in Bösdorf Kreis Neiße
† 19. 2. 1983 in Hannover
Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien 1955–1968
Ausgezeichnet mit dem Schlesierschild

Ein tapferer und treuer Schlesier, der für das Recht gekämpft, sich in Liebe zur Heimat bekannt und zum Wohle seiner vertriebenen Schicksalsgefährten selbstlos gewirkt hat, ist von uns gegangen.

Erich Schellhaus hat sich um Schlesien verdient gemacht.

Haus Schlesien, 5330 Königswinter 41
Dr. Herbert Hupka MdB, Bundesvorsitzender
Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien

Dr. med. dent. **Max Wittenberg**

*13. 3. 1912 † 19. 2. 1983

Margot Wittenberg
geb. Köhpcke
Reinhard und Sabine Gregor
geb. Wittenberg
Michael und Christian
Friedemann und Brigitte Wendt
geb. Wittenberg
Fabian und Ilka

Tannenweg 22
2110 Buchholz/Nordheide

Beisetzung am Donnerstag, dem 24. Februar 1983, um 12 Uhr auf dem Waldfriedhof in Buchholz, Parkstraße.

STADT KOBE

6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1972
– WKN 461 641/50 –

Für die am 1. Mai 1983 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 7 885 000.– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Restanten: Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 4 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kobe, Japan, im Februar 1983

STADT KOBE

STADT KOPENHAGEN

(Königreich Dänemark)
7% Deutsche Mark-Anleihe von 1968
mit Tilgungsfonds
– WKN 452 885 –

Resteinlösung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate von nom DM 9 375 000.– Teilschuldverschreibungen am 2. Mai 1983 fällig. Zur Rückzahlung gelangen die noch im Umlauf befindlichen Stücke der Nummernkreise

1341 – 16792
26105 – 32755 zu je DM 1000,–.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Mai 1983 an gegen Einreichung der *Mäntel* eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 30. April 1983.

Die am 2. Mai 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernfolgen 1 – 1340, 16793 – 26104, 32756 – 35002, 45394 – 56499 und 59715 – 75000 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kopenhagen, im Februar 1983

STADT KOPENHAGEN

MANNESMANN

Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Bekanntmachung

über die neunzehnte Auslosung von Teilschuldverschreibungen der 5%-Anleihe von 1959
– Wertpapier-Kenn-Nummer 374 502 –

Die neunzehnte Auslosung von Teilschuldverschreibungen der 5%-Anleihe von 1959 ist gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 17. Februar 1983 unter Aufsicht eines Notars vorgenommen worden.

Gezogen wurden die Serien 2, 5, 11 und 47 über je DM 3 000 000,–, bestehend aus:

Serie 2	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 144 701 – 144 900)	5 000,–
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 085 701 – 086 900)	1 000,–
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 009 041 – 010 580)	500,–
	150	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 000 151 – 000 300)	200,–
Serie 5	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 145 301 – 145 500)	5 000,–
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 089 301 – 090 500)	1 000,–
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 013 661 – 015 200)	500,–
	150	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 000 601 – 000 750)	200,–
Serie 11	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 146 501 – 146 700)	5 000,–
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 096 501 – 097 700)	1 000,–
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 022 901 – 024 440)	500,–
	150	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 001 501 – 001 650)	200,–
Serie 47	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 153 701 – 153 900)	5 000,–
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 139 701 – 140 900)	1 000,–
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 078 341 – 079 880)	500,–
	150	Teilschuldverschreibungen zu je DM (Nummern 006 901 – 007 050)	200,–

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom

1. Juni 1983

an zum Nennwert zurückgezahlt. Die Stücke sind zu diesem Zweck mit den Zinsscheinen per 1. Dezember 1983 uff. einzureichen. Einlösungsstellen sind die nachstehenden Kreditinstitute und deren Niederlassungen:

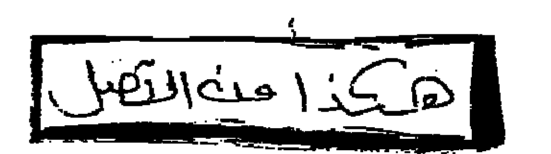
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen. Der am 1. Juni 1983 fällige Zinsschein wird in der üblichen Weise bezahlt.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen sind einige Stücke der Serien 1, 3, 4, 8, 14, 17, 19, 23, 25, 29, 33, 38, 40, 42, 43, 44 und 49 bisher nicht eingereicht worden.

Düsseldorf, im Februar 1983

Der Vorstand



WIBAU / Positives Ergebnis – Höhere Dividende?

Mohr & Federhaff erworben

DANKWARD SEITZ, Gründau

Die Wibau AG, Gründau, einer er weltweit führenden Hersteller on Asphaltmischanlagen, hat aus en Beständen der im Vergleich efindlichen Korf-Stahl AG die fohr & Federhaff AG, Neustadt/ Veinstraße, übernommen. Der Kaufvertrag wurde nach Wibau-angaben am 18. Februar mit Billiung des Korf-Vergleichsverwalers unterzeichnet; über die Höhe es Kaufpreises werden keine Anaben gemacht.

Der Wibau steht für den Fall, daß ine beantragte Landesbürgschaft ber 30 Mill. DM des Landes heinland-Pfalz nicht gewährt ird und ein Bankenpool zur Fianzierung notwendiger Betriebsittelkredite bei Mohr & Federaff nicht zustande kommt, ein ücktrittsrecht zu. Wibau-Vorandsvorsitzender Roland Spicka eht jedoch davon aus, daß sowohl as Land als auch die Banken in en nächsten Tagen ihre Zustimung signalisieren.

Die Mohr & Federhaff-Gruppe, deren Produktionsprogramm aus Gesteinsbrech- und -siebanlagen, Naßbaggern sowie Materialprüfmaschinen besteht, setzte 1982 etwa 100 Mill. DM um und beschäftigt in Deutschland rund 550 Mitarbeiter. Mit der Übernahme werden nach Angaben der Wibau alle geplanten Arbeitsplatz-Abbaumaßnahmen sofort gestoppt.

Damit hat die Wibau, so Spicka, einen weiteren „konsequenten Schritt in Richtung der Abrundung ihrer Produktpalette getan". Das zu 44 Prozent zur Mainzer IBH Holding AG gehörende Unternehmen hatte erst im Juli 1982 die Baumaschinensparte der britischen Babcock-Gruppe erworben. Der Umsatz sprang damit 1982 auf rund 366 Mill. DM; ohne Babcock wären es 275 (235) Mill. DM gewesen. Die Ertragslage der Wibau bezeichnete Spicka als gut. „Mit Sicherheit" werde ein positives Ergebnis ausgewiesen, das vielleicht sogar eine Dividendenanhebung (*1981: 4 DM*) auf 30 (20) Mill. DM Grundkapital ermögliche.

DEUTSCHE HANDELSFLOTTE / 70 Prozent jünger als zehn Jahre

Abbau trotz leistungsfähiger Schiffe

JAN BRECH, Hamburg

Die deutsche Handelsflotte ist im vergangenen Jahr nach Zahl der Schiffe und Tonnage weiter geschrumpft. Zugleich hat sich der Anteil von Schiffen unter fremden Flaggen auf hohem Niveau stabilisiert. Wie aus einer Statistik des Verbands Deutscher Reeder hervorgeht, bestand die in deutsche Register eingetragene Flotte Anfang dieses Jahres aus 550 Schiffen mit einer Tonnage von zusammen 7,725 Bruttoregistertonnen (BRT). Darin enthalten sind 114 Schiffe, die zwar in deutsche Schiffsregister eingetragen sind, jedoch auf befristete Zeit eine ausländische Flagge führen, in ausländische Register eingetragen, aber unter deutsches Management gestellt, waren darüber hinaus 210 Einheiten mit 2,3 Mill. BRT.

Die Gesamtzahl der Handelsflotte unter deutscher sowie fremder Flagge und unter deutschem Management beträgt somit 760 (761) Schiffe mit 10,0 Mill. BRT. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Tonnage um knapp 5 Prozent zurückgegangen. Trennt man die unter deutschem Einfluß fahrende Flotte nicht nach Registereintragungen, sondern nach Flaggenführung, so sind 436 Schiffe unter deutscher Flagge und 324 unter fremden Flaggen im Einsatz. Die Quote der Ausflaggung beträgt gemessen an der Zahl der Schiffe 42,6 Prozent und nach der Tonnage 39 Prozent.

Je nach Schiffstyp variieren die Anteile der unter ausländischen Flaggen fahrenden Schiffe jedoch beträchtlich. In der Kühlfahrt sind sämtliche 21 Einheiten ausgeflaggt. In der Trampfahrt liegt der Anteil gemessen an Bruttoregistertonnen bei 52 Prozent, in der Bulkcarrierfahrt bei 60 Prozent, in der Linienfahrt bei 21 Prozent, in der Tankerfahrt bei 25 Prozent und der Passagierfahrt bei 9 Prozent.

Bei der in deutsche Register eingetragenen Flotte dominiert nach wie vor die Tankfahrt, deren Anteil an der Gesamttonnage jedoch aufgrund des Abgangs von 5 Großtankern auf 36,1 (39,7) Prozent gesunken ist. In der Massengutfahrt sind 20,8 Prozent der Tonnage, in der Tramfahrt 19,6 und in der Linienfahrt 17,3 Prozent beschäftigt.

Trotz seit Jahren abnehmender Neubau-Aufträge zählt die deutsche Handelsflotte unverändert zu den leistungsfähigsten Handelsflotten der Welt. Fast 70 Prozent der deutschen Flotte ist jünger als 10 Jahre, von der Welttonnage sind es nur knapp 55 Prozent. Älter als 20 Jahre ist nur 0,3 Prozent der deutschen Tonnage, während diese Quote weltweit 11,2 Mill. Prozent beträgt. Im Durchschnitt ist jedes deutsche Handelsschiff 8,4 Jahre alt.

Dieses Durchschnittsalter hat sich allerdings seit Mitte der siebziger Jahre um insgesamt mehr als 2,5 Jahre erhöht. Angesichts des merklichen Investitionsrückgangs in der Schiffahrt wird sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren nicht umkehren. Im Vorjahr haben deutsche Reeder 43 Neubauten neu ins Register eintragen lassen. Bis auf zwei dieser Schiffe wurden alle auf inländischen Werften gebaut.

Für 63,3 Prozent der in deutschen Registern eingetragenen Schiffe ist Hamburg Heimathafen. 18,6 Prozent sind in bremischen, 13,6 in schleswig-holsteinischen und 4,5 Prozent in niedersächsischen Häfen zu Hause.

COLIBRI / Fotolabors kämpfen um Heinze-Umsätze

Bilderpreise unter Druck

DOMINIK SCHMIDT, Lingen

Einen eher noch verstärkten Preiswettbewerb verzeichnet die Colibri Fotolabor GmbH, Lingen, seit dem Zusammenbruch der Heinze-Gruppe in Gelsenkirchen. Unter den führenden deutschen Fotogroßlabor-Betrieben, so ein Firmensprecher, habe ein heftiger Kampf um die zur Disposition stehenden Marktanteile eingesetzt, der ausschließlich über den Preis geführt werde. Colibri rechnet ebenfalls damit, Anteile hinzugewinnen zu können. Die Auswirkungen auf die Ertragslage indes seien derzeit nicht abzuschätzen.

Zufrieden ist Colibri mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 1982. Der Gruppenumsatz nahm um 4 Prozent auf rund 55 Mill. DM zu, wobei der Farbbildabsatz um etwa 10 Prozent auf weit über 100 Millionen Bilder zunahm. Die Differenz zwischen Absatz und Umsatz mache deutlich, welche Preiszugeständnisse auch im Berichtsjahr erforderlich waren. Dies sei an dem Unternehmen nicht spurlos vorübergegangen. Gegenüber dem Vorjahr habe sich die Ertragsentwicklung abgeschwächt, wenngleich noch immer ein positives Ergebnis erwirtschaftet wurde.

Zur Gruppe gehören drei Laborbetriebe: „colibri" in Lingen, „colorfix" in Dortmund und „izett" in Regensburg. Hinzu kommt als Dienstleistungsgesellschaft die Colibri Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH und seit Anfang 1982 die Vertriebsgesellschaft „colicolor" in Hengelo Niederlande. Insgesamt werden gut 600 Mitarbeiter beschäftigt.

Bearbeitet werden jährlich rund 7 Millionen Aufträge von Fotoamateuren und Porträt-Fotografen. Sie werden über 3500 Verkaufsstellen – Fotofachgeschäfte, Fotodrogerien, Warenhäuser und Filialen mit Fotoabteilungen – im gesamten Bundesgebiet vertrieben. Eine besonders starke Position besitzt das Unternehmen im Bereich der Profi-Fotografie.

Firmengründer Axel Wisniewski zeigt sich trotz der rückläufigen Entwicklung der Branche im vergangenen Jahr – in der Bundesrepublik wurden 6 Prozent weniger Bilder fotografiert und abgesetzt – zuversichtlich. Colibri sei ständig bemüht, der Fotografie neue Impulse zu geben und aktiv zu agieren. Vorrangig gehe es darum, „die Freude an der Fotografie wach zu halten und zu fördern".

GRUNDKREDITBANK / Kontinuität gewahrt

Wieder mehr Spareinlagen

PETER WEERTZ, Berlin

Die Grundkreditbank eG, Berlin, at 1982 ihre kontinuierliche Enticklung in Wachstum und Ertrag rtgesetzt. Ihre Bilanzsumme uchs dabei um 14,7 Prozent auf 34 Mrd. DM. In dieser Entwickng sieht Vorstandsvorsitzender lrich C. Jancke das Ergebnis eir modernen und kundenorienerten Geschäftspolitik.

Bei den Einlagen, die insgesamt n 10,5 Prozent auf 1,04 Mrd. DM nahmen, hat sich nach den Anben des Kreditinstituts der rend zu den Termineinlagen fortsetzt. Bemerkenswert ist darer hinaus, daß bei den Spareinlan die Stagnation der Vorjahre rchbrochen wurde. Die Spareingen stiegen um 8,6 Prozent, die it längeren Kündigungsfristen gar um 13,3 Prozent. Erfolgreich ar die Grundkreditbank außerm mit ihren emittierten Spariefen mit einer Laufzeit von 4 bis 5 Jahren, denn hier wuchs der Absatz um 22,8 Prozent.

Stütze des Kreditgeschäfts, das sich um 5,7 Prozent auf 756,6 Mill. DM erhöhte, blieb das traditionelle Baukreditgeschäft. Der Liquiditätsüberschuß der Einlagen, der nicht im Kreditgeschäft eingesetzt wurde, führte zu einer höheren Liquiditätsreserve und zur Aufstokkung des Wertpapierbestandes um 48,4 Prozent.

Mit dem Wachstum der Bank haben auch die Erträge Schritt gehalten. Im Jahresdurchschnitt 1982 blieb die Zinsmarge mit 3,2 Prozent nahezu unverändert. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf 7,58 (6,58) Mill. DM, nachdem vorher die Rücklagen mit 6 (5) Mill. DM verstärkt wurden. Der Vorstand schlägt für 1982 vor, auf die Geschäftsguthaben von 26,17 Mill. DM wieder eine Dividende von 7,68 Prozent auszuschütten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Herbert Stapelfeldt, Bauunternehmer, Großhansdorf; **Bensheim:** Delta-Bau GmbH & Co. KG, Betriebs- u. Baubetreuung, Heppenheim; **Calw:** Cipi Mode GmbH + Co. KG, Nagold; Wild Oats Jeans GmbH, Nagold; **Duisburg:** Lenze GmbH, Oberhausen; **Herford:** Wista Polstermöbel GmbH; **Köln:** Willy Langohr, Spielwaren; **Lüdinghausen:** Angelkort GmbH, Nordkirchen Ortsteil Südkirchen; Angelkort GmbH & Co. KG, Südkirchen; **Neu-Ulm:** Dipl.-Ing. Adolf Stapf, Inh. d. Ziegelwerk u. Baugeschäft Stapf, Bibertal-Kissendorf; **Nürnberg:** WTT Metallwarenfabrik GmbH, **Siegburg:** Momi-Massivhaus GmbH, Neunkirchen-Seelscheid; **Ulm (Donau):** Gebr. Braun GmbH & Co.; Braun Verwaltungs-Ges. mbH.

Vergleich eröffnet: Wuppertal: August Knapp oHG, Velbert 1.

Vergleich beantragt: Albstadt: Zwirntex Lorch & Zech GmbH & Co. KG, Winterlingen; **Alsfeld:** Georg Dietr. Bücking, GmbH, Herstellung u. Vertrieb v. Bekleidung aller Art; **Burgwedel:** Merkur Industrie-Service GmbH i. L.; **Weilheim:** Beko-Warenverwertung GmbH, Gilching.

Umsatz sinkt, aber weiter mit Gewinn

dpa/VWD, Schweinfurt

Trotz eines real um mehr als fünf Prozent geschrumpften Umsatzes der deutschen Firmengruppe hat die FAG Kugelfischer Georg Schäfer und Co., Schweinfurt, wieder mit Gewinn gearbeitet. Nach Angaben von Otto Schäfer, einem der geschäftsführenden Gesellschafter, beläuft sich der Überschuß voraussichtlich auf zwei Drittel des Vorjahreswertes von rund 22 Mill. DM. Gelungen sei dies, so Schäfer, vor allem durch den Abbau von zu hohen Beständen und „dosierten Einsatz von Kurzarbeit".

In der deutschen Firmengruppe wurde der Personalbestand durchschnittlich um 4,9 Prozent auf 23 300 Mitarbeiter reduziert. Darüber hinaus habe man bei einer Reihe von freiwilligen Sozialleistungen Einsparungen vorgenommen. Weltweit setzte das Unternehmen – nach vorläufigen Angaben – mit 2,4 Mrd. DM 1,4 Prozent weniger um als im Vorjahr. Der Auftragsbestand hatte zum Jahresende 1982 eine Reichweite von 5,4 Monaten nach 7,3 Monaten zum Jahresende 1981. Weltweit beschäftigt Kugelfischer 28 300 (29 800) Mitarbeiter.

Atlas Copco erhöht die Marktanteile

J.G., Düsseldorf

Mit einem 8prozentigen Rückgang des realen Geschäftsvolumens hat 1982 auch die von der Stockholmer Atlas Copco AG geführte internationale Druckluft- und Hydraulikgruppe die weltweite Konjunkturschwäche drastisch gespürt. Nominal stiegen der Umsatz noch um 6 Prozent auf 7,92 Mrd. skr (2,6 Mrd. DM) und der Auftragseingang um 3 Prozent auf 7,88 Mrd. skr. Aus dem vor Rückstellungen und Steuern auf 353 (570) Mill. skr gesunkenen Gruppengewinn sollen 141 (124) Mill. skr für abermals 6 skr Dividende je Aktie auf das durch die Volvo-Beteiligung erhöhte Aktienkapital ausgeschüttet werden.

In Westeuropa, wo die Hälfte des Gruppenumsatzes erzielt wird, habe man trotz der Konjunkturschwäche in vielen Ländern die Marktanteile erhöht. So auch auf dem deutschen Markt, wo der Umsatz bei „befriedigendem" Gewinn um etwa 7 Prozent auf rund 140 Mill. DM gestiegen ist.

Generell erwartet die Gruppe ein Anhalten der Rezession in den großen Industriestaaten ohne entscheidende Verbesserungen vor Ende 1983.

HANSE-MERKUR / Tendenzwende bei Tarifen

Kostendämpfung kam voran

HARALD POSNY, Hamburg

Trotz allgemein wirtschaftlicher Schwierigkeiten hat die Hamburger Hanse-Merkur Versicherungsgruppe 1982 „im wesentlichen positive Ergebnisse" erreicht. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Gruppe, Gerd-Winand Imeyer, galt das für die Geschäftsentwicklung ebenso wie für den Ertrag.

Die Gruppe erzielte ein Beitragsplus von 9,3 Prozent auf 354 Mill. DM, von denen 298 Mill. DM (plus 8,9 Prozent) auf die Krankenversicherung, knapp 37 Mill. DM (plus 7,6 Prozent) auf die Lebensversicherung und 18 Mill. DM (plus 19,3 Prozent) auf die Sachversicherung entfielen.

In der Krankenversicherung wertete Imeyer die Halbierung der Steigerung an gezahlten Leistungen auf 2,6 Prozent (191 Mill. DM) als besonderen Erfolg. Während im ambulanten Bereich ein deutlicher Rückgang der Kosten (minus 1,8 nach plus 3,4 Prozent) zu verzeichnen war, macht die Entwicklung im stationären Bereich (plus 6,3 nach plus 10,1 Prozent) immer noch Sorgen. Vom Beitragszuwachs (ohne Einmalbeiträge) von 6,8 (5,8) Prozent war 1982 jeweils die Hälfte auf Tariferhöhungen bzw. Neugeschäft zurückzuführen.

Bis Mitte dieses Jahres werden für 50 bis 60 Prozent der Tarife wiederum Anpassungen um etwa 5 Prozent erfolgen. Gegenüber früheren Steigerungen zwischen 5 und 25 Prozent wertete Imeyer dies als „Tendenzwende".

Die Hanse-Merkur hatte bei der Beitragsanpassung festgestellt, daß sich die Versicherten – vor die Alternative Beitragserhöhung oder Vereinbarung eines Selbstbehalts gestellt – für die Zahlung einer höheren Prämie entschieden.

Für leistungsfreie Vollversicherungen wird bereits für 1983 eine verbesserte Rückvergütung von 3 Monatsbeiträgen für ambulante und stationäre Tarife zugesagt.

Bei der Lebensversicherung stieg der Neuzugang um 16,8 Prozent auf 164, der Bestand um 7,5 Prozent auf 954 Mill. DM.

NAMEN

Kurt Lindgens, langjähriger geschäftsführender Gesellschafter r Lederfabrik Ludw. Lindgens G, Mülheim/Ruhr, feiert heute den . Geburtstag.

Josef Welle, Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der Welle GmbH + Co. KG, Paderborn, wird am 23. Februar 80 Jahre.

Rechtsanwalt **Eberhard Gläser**, Vizepräsident des Automobilclubs Kraftfahrer-Schutz (KS), München, vollendet am 23. Februar das 60. Lebensjahr.

Beruhigung am Aktienmarkt

Doch trotz Gewinnmitnahme noch höhere Kurse

DW. – Obwohl die gegenüber der Freitag-Börse noch einmal kräftig heraufgesetzten Kurse der Vorbörse sich während der Börsenzeit *nicht zu halten vermochten, schlossen die meisten* Standardaktien noch höher als am Wochenende. Allerdings war die Geschäftstätigkeit viel ruhiger als in den letzten Tagen der Vorwoche. Die Ausländer haben ihre Aktivitäten merklich reduziert. Sie sind offenbar mißtrauisch geworden, durch das Verhalten großer *institutioneller inländischer Investoren*, die in jüngster Zeit massiv Kursgewinne realisiert haben.

Das Interesse der Ausländer konzentrierte sich weiter auf die Autoaktien, von denen Daimler zunächst um fast 10 DM über den Freitag-Kurs einsetzten. Übrig blieb schließlich nur ein Tagesgewinn von 5 DM. VW-Aktien litten im Verlaufe sehr ausgeprägt unter Glattstellungen und schlossen sogar um 1,50 DM niedriger als am Freitag. Ein weiterer Geschäftsschwerpunkt lag bei den Titeln der Großchemie, die von den Nachrichten über die fortschreitende Ölpreissenkung profitierten. Gleichwohl gingen hier die Tages*gewinne nicht mehr über 1,50 DM* hinaus. Vorsichtige Meinungskäufe waren bei einigen Maschinenbauaktien zu beobachten, so bei MAN-Stämme (plus 3,50 DM) und Deutsche Babcock (plus 5 DM). Bei den Banken fielen Bayerische Hypo mit einem Tagesgewinn von 6 DM aus dem Rahmen.

Düsseldorf: Keramag verbesserten sich um 4,50 DM auf 155 DM und Breitenburger um 10 DM auf 440 DM. DAT stockten um 16 DM auf 366 DM auf und Ford um 40 DM auf 680 DM. Heinrich verloren 2 DM auf 208 DM und Kromschröder 5 DM auf 175 DM, Bei den Versicherungen legten Aachener Rück 10 DM auf 820 DM und Allianz Leben 20 DM auf 1840 DM zu.

Frankfurt: *Die Aufwärtsbewegung* hielt an der Frankfurter Börse an. Standardwerte waren bis zu 6 DM freundlicher. Von Neben- und Spezialwerten konnten sich Cassella um 22 DM auf 309 DM verbessern, Chemieverwaltung um 10 DM auf 250 DM. Braun-Vorzüge stiegen um 7 DM auf 318 DM, Dykkerhoff-Stämme um 8 DM auf 178 DM.

Hamburg: Orenstein und Koppel waren mit Plus angekündigt und mußten mit 174 DM (plus 11 DM) bezahlt werden. Triton kamen auf 150 DM (plus 3 DM), HEW lagen bei 110,50 DM (plus 0,50 DM) und NWK-Vorzüge bei 160,50 DM (plus 1,30 DM). Etwas schwächer wurden Flensburger Schiffbau mit 125,50 DM (minus 2,50 DM) und Holsten Brauerei mit 245 DM (minus 1 DM) gehandelt.

München: Agrob St. gaben um 10 DM auf 335 DM nach. Augsburger Kammgarn erhöhten um *3 DM* auf 73,90 DM und Brau AG, Nürnberg, um 8 DM auf 188 DM. Flachglas stockten um 5 DM auf 270 DM auf, und Gebe AG verbesserten sich um 7 DM auf 156. DM.

Berlin: Orenstein und Koppel zogen um 11,50 DM und Berthold um 9 DM an. Herlitz Vorzüge konnten sich um 4,50 DM, DUB-Schultheiss um 3 DM, DeTeWe um 2,50 DM und Schering um 2 DM verbessern.

Nachbörse: freundlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

	21. 2.	18. 2.		21. 2.	18. 2.		21. 2.	18. 2.		21. 2.	18. 2.
H AachM Beteil 9	545	540G	H Breitenb.-C. *78	-B	4908	H Elbursh 0	56,5	55,5G	H Holsten-Br 6	245	246
H Aach M Vers 5	250G	250G	H Br Straßb *0	2338	2358	B Engelhardt 6	217G	217G	F Holzmann 10	505	501
D Aach. Rück 9-7,5	820bG	810	H Br Vulkan 0	28	28	D Enka 3,33	115,5	115,5	D Horten 7,5	125	125
D Aseag *4	190G	180G	H Br. Wollk. 6	124G	125	M Erlus 10	310TG	300TB	B Hw. Kayser *12	230G	230G
M Ack-Gögg 7,5	96bB	98	F BBC 6	217,5	217,3	M Erste Kulmb 8	800bB	780bG	D Hussel 7	201,8	198
H Adca 0	78,5	79	S BSU Textil %12	1200G	1200G	S esbi *0	89bB	94	D Huta Heg. 5	144,8	144G
D Adler 9	298G	298	D Buckau-W. 0	113bB	110T	S Essl Masch. *10	470G	470G	M Hutschenr 8,5+1	229bB	230TG
F Adt AG 7,5	138bG	131bG	D Buderus *17,6	348G	348G	M Esterer **30	599G	599G	H Hypo Hbg. 10+2	425B	425B
F AEG-Telef 0	28,6	29,5	M Bgl. Br Ing *11+1	730G	730G				D IKB 7	174,5	–
D AEG-Kabel 7 + 1	188,5	186T	S Bgl Brn Pav *5	400G	400G	D Farb Liqu. RM 0	10,85	10,6	S IWKA 0	126	127,5
S Aesculap 8	283	281bG	D Burbach 3,2	126	126G	F Flachglas 10	266,5	262,5G	M Isar-Amper 6	260bG	260
D Agrippina *7	630T	630T	S Calw D **18	651G	651G	H Flb Schiff 3	127,1	127	D Isenbeck *9,5	290G	290G
M Agrob *9	335bG	345	F Cassella *9	309	287	D Ford *0	830T	840	H Jacobsen *8	620G	620G
M dgl. Vz. *11	348	345bG	F Cega 0	83,8	83,5	B Forst Ebn. *4	2200T	2200	H Jute Bremen *6	280	273

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Pharmafonds sfr.	191,50	177,00	176,[illegible]
Pioneer Fund $*	21,76	19,91	19,8[illegible]
dgl. II $*	16,08	14,71	14,6[illegible]
Schweizeraktien sfr.	293,00	274,00	271,[illegible]
Siat-Imm. sfr.	1645B	1640G	1640
Siat 63 sfr.	1245B	1235G	1230
Swissimmob. N.S. sfr.	2605,00	2410,00	2410
Swissimmob. 1961 sfr.	1320,00	1225,00	1225
Swissvalor sfr.	230,00	220,50	219,[illegible]
Technology $*	14,91	13,64	13,5[illegible]
Templeton Growth $*	8,87	8,12	8,11
Universal B.S sfr.	68,75	65,75	65,5[illegible]
Universal Fund sfr.	87,16	84,20	83,6[illegible]
Usec	700,00	654,00	–

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Fremde Währungen

Junge Aktien

21. 2. 83: BMW 261; Bavaria 194; Ju... Spinnerei 137 G; Philips Komm. 252; V... 119; Herlitz St. 219; Herlitz Vz. 200. Fr... verkehr: 390 G.

WELT-Aktienindex vom 21. ... 117,0 (115,1); WELT-Umsatzind... vom 21. 2.: 5834 (3991).

Ausländische DM-Anleihen

	21. 2.	18. 2.
7 Venezuela 68	99,57	99,57
6 dgl. 78	69,75G	70
6,50 dgl. 78	67	–
9,75 dgl. 80	81,5	81
11,50 dgl. 82	93,5	93
8,50 VOEST ALP 73	101	100,75
8,50 dgl. 75	100,6	100,4
6,75 dgl. 77	95,25T	95G
5,50 Weltbank 65	99,5	99,75G
6,50 dgl. 69	100	100,7
8 dgl. 70	106,5	107
7,50 dgl. 71 I	100,65G	100,65
7,50 dgl. 71 II	100,5G	100,5G
6,75 dgl. 72	99	99
6,375 dgl. 73	97,75	–
8,25 dgl. 75	100,5	100,5
8 dgl. 76	102,1	102,25
7,50 dgl. 76	100	100
7,75 dgl. 76	100,75	100,75
7 dgl. 77	100,25	100,25
6,50 dgl. 77	98,25	98
6 dgl. 77	99,25	99,35
5,75 dgl. 78	91,9	91,9
5,75 dgl. 78 II	99,6	99,6
6 dgl. 78	94,2	94,1
6,25 dgl. 78	95,25	95,75
7,75 dgl. 79	100,1	99,85
7,875 dgl. 80	100,5	100,5
10 dgl. 80 I	107,5	107,5
10 dgl. 80 II	109	109
8 dgl. 80	101	101
9,25 dgl. 81	105,65	105,25
10 dgl. 81	109,25	109,5G
10,50 dgl. 81	112,85	112,5G
10 dgl. 81 II	109,8bG	109,75T
8,50 dgl. 82	102,85	102,75
9,50 dgl. 82	107,25	107,25

Ausland

New York

	18. 2.	17. 2.		18. 2.	17. 2.
Coca Cola	48,25	48	Minnesota M	75,625	76,25
Colgate	19,875	19,625	Mobil Oil	27,375	27,375
Comm Edison	26,50	26,50	Monsanto	84,25	85,625
Comm. Satellite	72	69,50	National Gypsum	26,50	27
Continental Group	37,50	37,125	Nat. Semiconductor	32,625	32
Control Data	47	46,625	National Steel	20	19,50
CPC Int	37,625	37,625	NCR	104,75	107
Curtiss Wright	46	46,25	New Mont	–	–
Deere	33,75	32,875	PanAm World	4,875	4,875
Delta Airlines	–	–	Pfizer	70,50	69
Digital Equipm.	127,25	126,25	Phibro	–	–
Dow Chemical	29,625	29,375	Philips Petroleum	31	31
Du Pont	39,75	40	Philip Morris	59,875	58,50
Eastern Gas-Fuel	21	21,125	Pittston	14,125	14,125
Eastman Kodak	86,875	86	Polaroid	28,50	29
Exxon	29,375	29,375	Prime Computer	43	43,375
Fabergé	20,75	19,75	Procter & Gamble	114,375	114
Firestone	18,125	17,75	RCA	23,875	25,625
Fluor	22,375	23,25	Revlon	31,75	31,625
Ford	40,625	40,50	Reynolds Ind	46,50	47
Foster Wheeler	13,975	13,875	Rockwell Int	47,75	47,75
Fruehauf	31,125	30,625	Rorer Group	23,125	23,50
GAF Corp	15,25	15,50	Schlumberger	45,75	43,75
General Dynamics	42,125	42,625	Sears, Roebuck	30	30
General Electric	105,75	101,50	Shell Oil	39,875	39,25

Toronto

Abitibi Paper	21	21,375
Alcan Alu.	36,125	36,25
Bk. of Montreal	26,875	27
Bk. of Nova Scotia	36,75	36,625
Bell Canada	24,125	23
BP Canada	44,875	44,375
Bluesky Oil	2,95	2,99
Brenda Mines	15,25	15,125
Brunswick M. & Sm.	17,625	17,625
Can Cement	14,75	14,875
Can. Imperial Bk	32,75	33,25
Can. Pacific Ltd.	42,50	42,50
Can Pacif Enterpr	21,125	21,125
Cominco	53,25	53,50
Coseca Res.	4,25	4,30
Denison Mines	32,50	32,50
Dome Petroleum	3,85	3,75
Domtar	22,50	22,875
Falconbridge Nickel	58,375	58,75
Great Lakes Paper	74	73,50
Gulf Canada	14,75	14,625

London

	18. 2.	17. 2.
Alt. Breweries	153	153,5
Anglo Am. Corp. $	20	20,13
Anglo Am. Gold $	128,5	129
Babcock Int	135	135
Barclays Bank	440	433
Beecham	358	366
Bowater	183	184
B. A. T. Industries	690	700
Br. Leyland	21	20
British Petroleum	322	316
Burmah Oil	135	133
Cadbury Schweppes	121	123
Charter Cons.	241	243
Cons. Gold Fields	537	529
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	87	88
De Beers $	7,85	7,85
Distillers	245	245
Driefontain $	36,88	37,63
Dunlop	46	47

Mailand

Carlo Erba	7700	7600
Centrale	2750	2705
Fiat	2361	2310
Fiat Vz.	1800	1720
Finsider A	65	65
Generali	125475	124000
IFI Vz.	4550	4400
Italcementi	39310	38950
Italgas	1254	1212
Lepetit St	29500	29700
Magneti Marelli	749	760
Mediobanca	66990	65390
Mondadori	3890	3900
Montedison	135,75	134
Olivetti Vz.	2845	2871
dgl. St	2808	2810
Pirelli SpA	1590	1550
Rinascente	364	360
RAS	134600	133500
S. A. I.	16270	15900
SIP	2010	1851
Snia Viscosa	984,5	960
STET	1920	1735
Index	–	199,55

Amsterdam

Slavenburgs Bk.	68	69,4
Unilever	194	194,7
Ver. Masch.	66	66,5
Volker Stevin	33,2	37,8
Westland Utr. Hyp.	90	89,5
Index: ANP/CBS	97,20	97,20

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	208	208
Gösser-Brauerei	192	193
Länderbank Vz.	203	203
Österr. Brau AG	200	195
Perlmooser	263	262
Reininghaus	–	248
Schwechater Br	131	130
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	149	148
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	175	175
Index	48,92	48,77

Tokio

Sankyo	785	789
Sanyo Electric	430	434
Sharp El.	1140	1140
Sony	3110	3160
Sumitomo Bank	500	500
Sumitomo Marine	220	216
Takeda	850	860
Taijin	227	228
Tokyo Marine	490	490
Tokyo El. Power	1160	1150
Toray	344	347
Toyota Motor	956	980
Index	582,17	586,19

Kopenhagen

Den Danske Bank	238,75	233
Jyske Bank	353,75	350
Kopenh. Handelsbk.	234,75	229,5
Novo Industri	2130	2165
Privatbanken	205	202
Ostasiat. Komp.	102,75	105
Dan. Sukkerfabr.	427,75	429
For. Bryggerier St	690	690
Kgl. Porc. Fabr.	225	227

Zürich

Sulzer Partizip	278	278
Swissair	770	770
dgl. NA	645	645
Winterthur Inh	3290	3290
Winterthur Part	–	–
Zür. Vers. Inh	17950	17850
Ind.: Schw. Kred.	270,0	270,0

Brüssel

Arbed	1104	1104
Brux. Lambert	1656	1656
Cockerill Ougrée	94	94
Ebes	2035	2035
Gevaert	1880	1880
Kreditbank	4500	4500
Petrofina	4690	4690
Soc. Gén. d. Belg	1356	1356
Solina	4075	4025
Solvay	2500	2500
UCB	2880	2880
Index	106,51	106,51

Madrid

Geschlossen

	21. 2.	18. 2.
		212
		257
		221
		210
		216
		–
		275
		22,75
		120
		45
		325
		48,75
		28
		54
		46,5
		–
		49,25
		61
		57,25
		–
		59,5
		105,40

Hongkong

China Light - P.	15,00	14,90
Hongkong Land	4,40	4,45
Hongk. - Sh. Bk.	8,95	9,00
Hongk. Teleph.	33,25	34,00
Hutch. Whampoa	13,70	13,90
Jard. Matheson	15,10	14,90
Swire Pac. - A -	–	–
Wheelock - A -	–	–

Singapur

Cycle - Car	3,86	3,98
Cold Storage	4,90	4,92
Dev. Bk. of Sing.	8,10	8,15
Fraser - Neave	7,55	7,40
Kl. Kepong	2,41	2,44
Mal. Banking	7,00	7,00
Nat. Iron	7,70	7,85
OCBC	9,20	9,25
Sime Darby	2,38	2,44
Singapur Land	–	7,46
Un. Overs. Bank	4,00	4,00

Paris

	21. 2.	18. 2.
Air Liquide	419,5	416,[illegible]
Alsthom Atlant.	136,5	138,[illegible]
Beghin-Say	246,1	246
BSN-Gerv.-Danone	1392	1380
Carrefour	1390	138[illegible]
Club Méditerranée	518	507
C. F. P.	157,5	157,[illegible]
Elf-Aquitaine	113,8	113
Gal. Lafayette	145	147
Hachette	825	800
Imetal	50	51,8
Lafarge	255	255
Locafrance	247	257
Machines Bull	45,3	42,9
Michelin	730	728
Moet-Hennessy	834	823
Moulinex	78,7	75,6
L'Oréal	1146	110[illegible]
Penarroya	50,9	49,5
Pernod-Ricard	420,2	428
Perrier (Source)	257,5	255
Peugeot-Citroen	157,5	158
Printemps	113,5	113
Radio Techn.	349	326
Redoute à Roubaix	865	857
Schneider	94,5	94,1
Sommer Allibert	182	178
Thomson C. S. F.	185,2	181
Usinor	1,85	1,87
Index: INSEE	–	10[illegible]

Sydney

ACI	1,75	1,1[illegible]
Ampol Explor.	1,50	1,4[illegible]
Bk. New S. Wales	–	–
Brok. Hill South	3,20	3,3
Brok. Hill Prop.	6,34	6,9
Coles	7,35	2,4
CRA	3,90	[illegible]
CSR (Thelss)	–	–
Metals Expl.	0,58	–
MIM-Holdings	3,93	4,1
Myer Emporium	1,35	1,3
North Broken Hill	2,30	2,2
Oakbridge	1,17	1,2
Peko Wallsend	6,20	6,5
Poseidon	5,90	6,2
Thomas Nat. Tr.	1,47	1,5
Waltons	–	–
Western Mining	3,65	3,9
Woodside Petr	–	–
Index	504,8	51[illegible]

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 2.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9⅛	5⅜–5¾	2½–2¾
3 Monate	8⅞–9¼	5⅝–5¾	2¾–3⅛
6 Monate	9⅛–9½	5⅝–5⅞	3⅛–3⅜
12 Monate	9⅜–9¾	5⅝–5⅞	3⅜–3⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière *Luxembourg*, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 2.: Tagesgeld 5,4–5,5 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent, Dreimonatsgeld 5,65–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 21. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 21. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel(*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1734,55
10 US-Dollar (Indian**)	1008,00	1274,64
5 US-Dollar (Liberty)	433,00	585,34
1 £ Sovereign alt	278,00	336,74
1 £ Sovereign Elizabeth II	276,00	334,48
20 belgische Franken	211,00	272,33
10 Rubel Tscherwonez	295,00	361,00
2 südafrikanische Rand	277,00	335,61
Krüger Rand, neu	1228,00	1432,84
Maple Leaf	1226,00	1430,58
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	278,00	348,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	245,00	305,10
20 franz. Franken „Napoleon"	241,00	300,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1140,00	1356,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	231,00	283,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	121,00	153,88
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	530,00	638,42
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	127,00	166,11

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

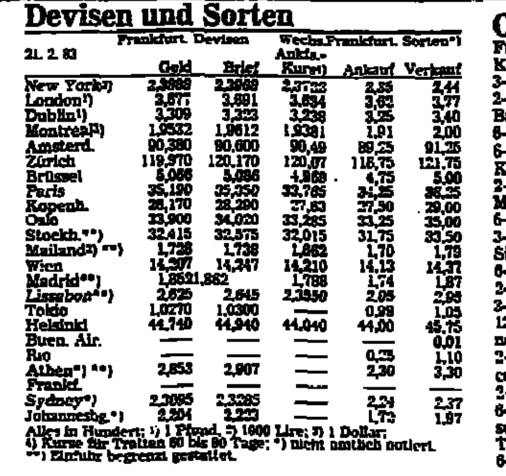
Devisen

Da der amerikanische Markt heute geschlossen blieb, entwickelte sich an den *europäischen* Zentren nur geringe Unternehmungslust. Der US-Dollar zeigte Reaktion auf ⅛ Prozentpunkt niedrigere Zinssätze und wurde im Tagesverlauf zwischen 2,3860 und 2,3935 gehandelt. Auch die Beruhigung der Situation um den Sudan und die in Bewegung geratenen Rohölpreise wirkten sich zu Lasten des US-Dollars aus. Das Englische Pfund lag am 21. 2. mit 3,684 ebenfalls schwach im Markt. Auch *der* Schweizer Franken erlitt mit einem Verlust von 28 Pfennigen eine deutliche Einbuße. Freundlicher tendierten der Japanische Yen mit 1,0285. US-Dollar in: Amsterdam 2,6445; *Brüssel* 47,12; *Paris* 6,7830; Mailand 1380,80; Wien 16,8120; Zürich 1,9928. Pfund/Dollar 1,5396.

Devisenterminmarkt

Zu deutlich niedrigeren Swap-Sätzen wurden am 21. Februar die Dollar-Deports gehandelt, da sich die *Hoffnungen auf Zinssenkungen hartnäckig halten* und die Euro-Dollar-Zinsen ⅛ Prozent nachgaben.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,65/0,55	2,08/1,88	4,18/3,98
Pfund/Dollar	0,32/0,28	0,80/0,75	1,27/1,22
Pfund/DM	2,30/0,90	5,60/4,20	9,80/8,40
FF/DM	55/39	157/141	263/247



Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,6, Rendite 7,35.

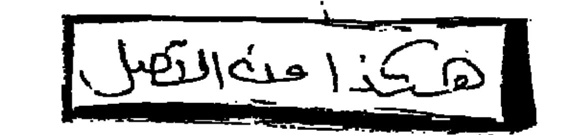
Devisen und Sorten

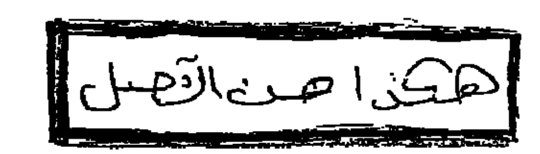
21. 2. 83	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Frankfurt Ankfs.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York3)	2,3888	2,3968	2,3722	2,35	2,44
London1)	3,677	3,691	3,634	3,62	3,77
Dublin1)	3,309	3,323	3,238	3,25	3,40
Montreal3)	1,9532	1,9612	1,9381	1,91	2,00
Amsterd.	90,380	90,600	90,49	89,25	91,25
Zürich	119,970	120,170	120,07	118,75	121,75
Brüssel	5,066	5,086	4,868	4,75	5,00
Paris	35,190	35,350	33,765	34,25	36,25
Kopenh.	28,170	28,290	27,83	27,50	29,00
Oslo	33,900	34,020	33,285	33,25	35,00
Stockh.**)	32,415	32,575	32,015	31,75	33,50
Mailand2) **)	1,728	1,738	1,862	1,70	1,79
Wien	14,207	14,247	14,210	14,13	14,37
Madrid**)	1,852	1,862	1,788	1,74	1,87
Lissabon**)	2,625	2,645	2,3950	2,05	2,95
Tokio	1,0270	1,0300	—	0,99	1,05
Helsinki	44,740	44,940	44,040	44,00	45,75
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,853	2,907	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,3085	2,3285	—	2,24	2,37
Johannesbg.*)	2,204	2,223	—	1,72	1,97

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund, 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 21. 2.: 951 Optionen, 48 400 (37 300) Ak... Kaufoptionen: AEG 6-4,90, 3-4, 2-3, Agiv 2-15, BASF ... 3-7,50, 2-6, Bayer 6-9,30, 3-8, 2-6,50, BMW 6-34, 3-... 2-11,80, Conti 6-6,50, 3-5,50, 2-5, Daimler 6-33, Deut... Babcock 6-17, Deutsche Babcock Vorzüge 3-8,40, Deg... 6-25,80, 3-18, GHH 6-16, 3-9, Harpener 2-12,60, Hoe... 6-9,20, 3-7,50, 2-5,40, Hoesch 6-6, 3-4,40, 2-3,80, Kali+Salz ... Karstadt 2-11, KHD 2-10, Klöckner 6-8, 3-6,30, 3-5, L... 2-14,50, Lufthansa 6-8, 2-5,30, Lufthansa Vorzüge 2-... Mannesmann 6-12,20, 3-9,30, 2-7, MAN 6-13,60, Merc... 6-27, Metallgesellschaft 6-24, Preussag 6-16, 3-12, ... 3-10,40, 2-8,50, RWE Vorzüge 3-10,40, Schering 6-... Siemens 6-15,60, 3-12, 2-11, Thyssen 6-7, 7-4,70, 2-4, ... 6-9,50, 2-5, VW 6-18,50, 3-13, 2-11, Commerzbank 6-11,60 ... 2-6,50, Deutsche Bank 3-15,10, 2-10, Dresdner Bank ... 3-10, 2-8,40, Alcan 2-4,50, Chrysler 3-4, IBM 6-25,20, Lit... 12,70, Philips 6-2,60, Norsk Hydro 6-10,40. Verkaufsop... nen: AEG 2-2,80, 3-3, 6-3,50, Bayer 2-4, BMW 6-12,10, C... 2-3,75, 3-3,90, 6-4,90, Daimler 2-11, 6-17,90, Deutsche ... cock 3-9,60, Deutsche Babcock Vorzüge 2-7, 3-8,30, Deg... 2-4,65, Harpener 6-8, Hoechst 2-4,50, 6-6, Kali + Salz ... 6-6,90, Klöckner 2-3,90, Mannesmann 2-4, 6-7,20, Meta... sellschaft 6-10,60, Preussag 6-8, RWE 2-4, Siemens 2-7, ... Thyssen 2-3, VW 2-7,50, 3-9,40, 6-12, Commerzbank 2-... 6-4,60, Dresdner Bank 2-4, 6-5,50, Chrysler 2-2,50.





Bundesanleihen

Renten freundlicher

Am Rentenmarkt hat das Anlageinteresse zugenommen. Dies gilt besonders für Langläufer, die bis zu 0,60 Prozentpunkte heraufgesetzt wurden. Prognosen, wonach die Renditen in diesem Bereich in diesem Jahr sieben Prozent erreichen werden, haben die Kaufbereitschaft offenbar wachsen lassen. Etwas freundlicher tendierten auch die Pfandbriefe. Bei den DM-Auslandsanleihen war die Tendenz nicht ganz einheitlich. Sie leiden augenscheinlich unter dem langen Emissionskatalog, der in den nächsten Wochen zu bewältigen ist.

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Sonderinstitute

	21. 2.	18. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92bG	92bG
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110

	21. 2.	18. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,25G	101,25
10 dgl. KO 125	104G	104
9 dgl. KO 179	105,9G	105,9
9¼ dgl. KO 180	109G	109G
9½ dgl. KO 181	108,9G	108,9G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82
7 dgl. Pf 123	98,45G	98,15G
6½ dgl. KO 125	95,6G	95,3G

	21. 2.	18. 2.
8¼ dgl. Pf 174	102,5	102,5
8½ dgl. Pf 175	102,85	102,85
9½ dgl. Pf 178	104,75	104,75
6 dgl. KO 39	83	83
7¾ dgl. KO 170	98	98
9 dgl. KO 180	103,5	103,5
6½ MD.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	97,15	97,15

Bankschuldverschreib.

	21. 2.
6 Krupp 64	98,5G
6 Linde 64	98,3G
5 Mannesmann 59	–
6 Moselkraft 63	98,5T
6 NWK 56	99,5G
6 dgl. 61	98,25G
6 dgl. 62	97,25G
6 ObDon. Krwk. 64	94,5T
5½ Öst. BayK. 58	99G
6 Rot.Vdb. Stk. 68	98G
5½ Rh.Braw. 58	98G
6 dgl. 63	94T
6 dgl. 65	94,25T
5½ RWE 59	97,75G
6 dgl. 63	95,25T
6 dgl. 65	94,75T
7¼ dgl. 71	100T
7 dgl. 72	98,25
6 Rh.-M.-Don. 62	97,5T
6½ dgl. 68	99G

Industrieanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen die Gold, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex, fester, mit Ausnahme der beiden entfernten Sichten, notierte Kaffee, in engen Grenzen uneinheitlich ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	18. 2.	17. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	343,75	345,00
Mai	356,00	357,75
Juli	363,75	367,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Mais Chicago (c/bush)	18. 2.	17. 2.
März	154,00	153,00
Mai	163,50	163,00
Juli	169,50	169,75
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	278,00	278,00
Mai	163,50	280,50
Juli	169,50	296,00
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	18. 2.	17. 2.
März	104,40	106,10
Mai	106,20	107,20
Juli	107,40	109,40
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	18. 2.	17. 2.
März	9,68	9,70
Mai	9,86	9,85
Juli	9,95	9,95
Sept.	9,58	9,52
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,75	17,78
Mai	18,00	18,00
Sept.	18,10	18,10

Genußmittel

	18. 2.	17. 2.
Kaffee		
New York (c/lb)	18. 2.	17. 2.
Terminkontr. März	126,49	126,20
Mai	120,80	120,25
Juli	119,10	118,90
Kakao		
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,71	6,82
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontr. März	1688–1691	1688–1690
Mai	1635–1636	1632–1634
Juli	1521–1522	1528–1529
Umsatz	3102	2569
Kakao		
London (£/t) Terminkontrakt März	1302–1304	1291–1293
Mai	1320–1322	1316–1318
Juli	1334–1355	1330–1331
Umsatz	3380	4866
Zucker		
London (£/t) Rohzucker März	116,75–117,00	116,00–116,50
Mai	119,75–119,80	119,00–119,25
Aug.	128,15–128,50	127,50–127,55
Okt.	135,00–135,05	134,15–134,30
Dez.	139,50–139,75	139,25–140,25
März	149,25–149,50	148,50–149,00
Umsatz	2547	2477

Öle, Fette, Tierprodukte

	18. 2.	17. 2.
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	18,00	18,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	17,25	17,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,50	14,50
Talg		
New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,25	14,25
yellow max. 10% fr. F.	11,75	11,75
Schweine		
Chicago (c/lb) Febr.	58,90	59,00
April	54,50	54,35
Juni	56,95	56,10
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Febr.	78,90	80,65
März	78,75	79,15
Mai	79,40	79,90

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	18. 2.	17. 2.
März	290,60	292,10
Mai	297,70	299,00
Juli	303,20	305,00
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	18. 2. 20,25	17. 2. 20,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	21. 2. 447,50	18. 2. 447,50
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	400,00	400,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	365,00	365,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	104,00	104,50
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	467,50	460,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	260,00	256,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	18. 2.	17. 2.
Juli	43,80	43,80
Okt.	44,40	44,40
Dez.	45,10	45,10
Umsatz	0	–
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 2.	17. 2.
März	537,0–539,0	538,0
Mai	556,0–558,0	558,0–560,0
Juli	567,0–570,0	567,0–568,0
Umsatz	111	105
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 2.	17. 2.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	18. 2.	17. 2.
Febr.	14 044	14 038
März	14 170	14 195
Kautschuk London (p/kg)	18. 2.	17. 2.
Nr. 1 RSS loco	66,00–68,50	66,75–69,25
März	66,60–66,70	67,50–68,00
April	67,60–67,70	68,50–69,00
April/Juni	68,40–66,50	69,30–69,50
Tendenz: ruhig		

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	21. 2.	18. 2.
Blei: Basis London laufend. Monat	111,84–111,93	112,37–112,75
drittfolg. Monat	115,90–115,99	116,84–116,93
Zink: Basis London laufend. Monat	163,70–163,89	165,21–165,58
drittfolg. Monat	165,41–169,42	170,79–170,98
Produz.-Preis	179,76	180,64
Reinzinn 99,9%	3448–3482	3401–3434

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 2.	18. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	408,96–411,17	410,99–413,22
Blei in Kabeln	119,50–120,50	120,25–121,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	370–372	370–372
Vorzeheraum	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	21. 2.	18. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	335–346	337–347
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	375–379	375–379
MS 63	383–385	384–397

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Degussa-Verkpr.	1131,00	1135,70
Rücknahmepr.	1091,40	1096,00
Verarbeiter	1181,10	1186,10

Internationale Edelmetalle

	21. 2.	18. 2.
Gold (US-$ Feinunze) London		
10.30	503,75	502,25
15.00	504,50	503,50
Zürich mittags	503,25–504,25	501,75–502,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	109 650	110 000
Silber (p Feinunze) London Kasse	939,45	535,30
3 Monate	963,95	959,60
6 Monate	987,45	983,10
12 Monate	1039,00	1034,45
Platin (£-Feinunze) London	18. 2.	17. 2.
fr. Markt	305,85	306,75
Palladium (£-Feinunze) London		
1 Händlerpr.	79,20	80,50

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	21. 2.	18. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	852,00–853,00	834,00–[illegible]
3 Monate	877,50–878,00	862,00–[illegible]
Blei (£/t) Kasse	303,00–303,30	301,00–[illegible]
3 Monate	314,00–314,20	313,50–[illegible]
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1095,5–1096,0	1092,0–[illegible]
3 Monate	1127,0–1128,0	1123,5–[illegible]
abends Kasse	–	1091,5–[illegible]
3 Monate	–	1123,5–[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	1072,0–1073,0	1069,0–[illegible]
3 Monate	1102,0–1103,0	1099,0–[illegible]
Zink (£/t) Kasse	443,50–444,00	444,00–[illegible]
3 Monate	459,50–459,00	459,00–[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8556–8560	8530–[illegible]
3 Monate	8552–8553	8525–[illegible]
Quecksilber ($/fl)	–	325–[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Bathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 27 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Tennis: Wie Eltern verhaltensgestörte Kinder heranziehen

Wenn Jugendliche im frühen Alter Sport betreiben, kann das durchaus sehr sinnvoll sein. Weg von der Straße, im Verein unter Gleichgesinnten, das Verkraften von Sieg und Niederlage – so kann der Sport zur Schule für das ganze Leben werden. Wenn aber, wie jetzt bei den deutschen Tennis-Jugendmeisterschaften in Köln, der pädagogische Aspekt und das Spielerische im Sport verlorengehen, kann er auch zur Brutstätte verhaltensgestörter Kinder werden.

Schuld daran sind, man kann es kaum glauben, meistens die Eltern, die ihre Kinder schon frühzeitig unter Erfolgsdruck stellen. Die Vorstellung von den Millionen-Verdiensten der Tennis-Stars scheinen ihre Blicke und Sinne getrübt zu haben.

Welche unmöglichen Formen das Verhalten der sogenannten Tennis-Eltern mittlerweile angenommen hat, war in Köln erschreckend deutlich zu erkennen. Da reisten von 108 Teilnehmern über 100 Elternteile aus ganz Deutschland an, obwohl die *Jugendlichen von Verbandstrainern* und Jugendwarten betreut wurden. Rücksichtslos und mit einer beispiellosen Arroganz drängten sie sich in den Vordergrund, ob bei der Hotelreservation oder beim Essen in der Tennishalle. Bundestrainer Günther Bosch, neuerdings mit Jugendlichen recht erfolgreich, sagt dazu: „Die Erfolgslust der Eltern ist größer als die der Kinder. Egal mit welchen Mitteln, sie sind süchtig und gierig nach dem Erfolg."

Verständlich, daß die Kinder diesem Erfolgsdruck der Eltern *nicht* gewachsen sind und mittlerweile Auswüchse auf dem Platz zu beobachten sind, die schon einen Psychiater erfordern. Das drastischste Beispiel hierfür demonstrierten die beiden besten zwölfjährigen Jungen, Sascha Nensel aus Peine und Daniel Richter aus Celle. Als Sascha Nensel in seiner ersten Runde gegen einen bayerischen Jungen antrat, wurden die Zuschauer mit einem derartigen Schwall von Ausdrücken zugedeckt, der sogar John McEnroe wie ein zahmes Lamm erscheinen läßt. „Mensch, bin ich blind, Kacke, Fuck, Leck mich am Arsch, Scheiß mich doch an" – *das ist eine Auslese* aus der Endphase im zweiten Satz. *Nach einer kurzen Pause,* in der Nensel von seinem Jugendwart und seinem Trainer Jürgen Hakkauff ermahnt wurde, während sein Vater in aller Ruhe seine Pfeife stopfte, als gehe ihn dies alles überhaupt nichts an, dauerte es im dritten Satz genau ein Spiel, bis der zwölfjährige wieder loslegte. „Lahmes Arsch, halt's Maul" in Richtung Vater, „ich spiel wie einer, der gerade aus der Irrenanstalt geflohen ist, spiel doch lieber Minigolf, es ist *nicht mehr zum Aushalten* wie ich spiele, es ist zum Kotzen."

Normalerweise erfordert ein solches Auftreten eine sofortige Sperre. Aber die haben Nensel und Richter schon etliche Male vom DTB und dem Verband hinter sich gebracht, als sie jeweils zum Training und für Turniere gesperrt wurden.

Ein besonderes Schauspiel war dann die erste Doppelrunde, nachdem auch Richter, von seiner Bekleidungsfirma selbstverständlich vom Hemdkragen bis zu den Sokken in den Farben bestens abgestimmt, wie ein Zirkuspferd über den Platz stolziert war und lustlos *verloren hatte. Während sich die* Kinder auf dem Platz gegenseitig mit Ausdrücken wie „Halt's Maul, du Arschloch" oder „Du bist ein Wichser" beschimpften, versuchten die Eltern Richter dem Verbandstrainer die Vorstellung ihres Sohnes zu erläutern. Da sprachen Mutter und Vater, beide noch nicht einmal Hobbyspieler, von „zu großer Kälte in der Halle, der Ballabsprung wäre so ungewohnt hoch" und daß ihr Sohn „frisch und munter am Montag ins Trainingslager abgeliefert hätten" und er in Chorweiler „auf einmal ausgebrannt ist".

Gewiß sind diese Szenen nicht symptomatisch für alle Jugendlichen und Eltern, aber auch der DTB-Jugendwart Dr. Wolfgang Kassing hat in dieser Richtung einen wichtigen Schritt unternommen. „Bei *offiziellen DTB-Cup-*Wettbewerben dürfen in Zukunft keine Eltern mehr mitreisen."

Eine andere durchaus passable Lösung sprachen die beiden zwölfjährigen Jungen in ihrem Doppel selbst aus. Nensel: „Ich höre auf mit dem Tennis", was sein Doppelpartner nur kurz kommentierte: „*Das wäre auch das beste.*"

H. J. POHMANN

Bayerin mit Widersprüchen: Veronika Fitz

Ihr Hausgott heißt Noelte

Sie ist eine echte Bayerin und eine gut aussehende Person, wirkt „*gefällig*", wie man in München sagt: Veronika Fitz. Aber wenn der Ausdruck „Volksschauspielerin" fällt, stemmt sie sich dagegen, vehement, um am Schluß resignierend festzustellen: „Komme ich denn nie davon los?" Sie will nun mal auf keinen Typ festgelegt werden, verweist auf die Regisseure Rudolf Noelte und Dieter Dorn, unter deren Regie sie erfolgreich spielte, und mit kraftvollem Talent bewies, daß sie Klischees trotzen kann.

Veronika Fitz entstammt einer Künstlerfamilie: Der Vater Schauspieler, dann Autor bayerischer Volksstücke und ein Lautensänger mit gewaltigem Liederrepertoire.

Der Garten – ZDF, 19.30 Uhr

Die Mutter leitete die Münchner Märchenbühne. Wen wundert's, daß alle fünf Kinder einen künstlerischen Beruf ergriffen haben. Auch die nächste Generation ist bereits aktiv: Lisa Fitz, ihre Nichte, hat sich als Sängerin und Schauspielerin einen Namen gemacht.

Veronika Fitz ging mit 18 Jahren auf die Falckenberg-Schule, später arbeitet sie viele Jahre an den Münchner Kammerspielen. Dann kamen Fernsehrollen, die Fitz wollte flexibler sein, ging fort aus dem festen Ensemble. Sie spielte am Burgtheater in Wien, in Hamburg und Berlin; unter Noelte in der „Wildente" und im „Arzt am Scheideweg". *Dieser Regisseur* ist seitdem ihr „Hausgott". „Da stimmt alles, jeder Schritt, jede Geste, die Haltung, alles verwandelt sich unter Noeltes Regie zur Einheit, zur vollendeten Harmonie." Hier, unter ihm, hatte ich das Gefühl der Weiterentwicklung.

In den vergangenen Jahren war Veronika Fitz vor allem im Fernsehen zu sehen: Ob im „Tatort", oder in „Mensch Meier" von Kroetz, in Abendserien und natürlich vor allem in Dialektstücken. „Doch nur in Volksstücken zu spielen, macht Komplexe", erläutert sie nochmals ihren Vorbehalt gegen den Begriff Volksschauspieler. „*Obwohl es*", so fährt sie fort, „leichter fällt, in Volksstücken aufzutreten. Denn die gleiche Natürlichkeit und Direktheit im Hochdeutschen zu erreichen, da bedarf es viel Mühe und Arbeit."

Heute abend sehen wir sie in der Komödie „Der Garten" mit Elisabeth Bergner und Gert Fröbe in der Regie von Wolfgang Liebeneiner. Begeistert spricht sie von der fabelhaften Zusammenarbeit mit diesen „Alt-Stars".

Über ihr Verhältnis zum elektronischen Medium sagt sie: „Ich arbeite gern vor der Kamera, denn hier kommen auch die feinen Reaktionen zutage, nämlich die, die man im Theater schon überhöhen muß." Über Fernsehregisseure: „Geführt wird man von ihnen nicht. Hier dreht man routiniert die *einzelnen Partien* ab, und die haben zu sitzen."

Wehrt sich gegen das Etikett „Volksschauspielerin": Veronika Fitz FOTO: SCHULZE-BERKER

Veronika Fitz lebt in der Nähe von München. „Theaterspielen kann ich sicher auch woanders. Aber leben nur hier; denn hier sind meine Wurzeln." In bezug auf ihre Arbeit hingegen schwankt sie noch immer: Einerseits würde sie gern wieder *in ein festes Ensemble*, andererseits das Fernsehen auch nicht ganz missen. Und während sie so über ihre Zukunft räsoniert, taucht der Plan einer „One-Woman-Show" auf. „Ich möchte heitere Nebensächlichkeiten der Literatur spielerisch darbieten. Texte, Sketche von Andersen, Gellert, Hebel und Heine. Noch ist dieser Plan ein zartes Pflänzchen, reift erst langsam."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

IM BLICKPUNKT / Halbfinalspiele im Eishockey – Fußball-Nationalteam vor dem Länderspiel

„Hätte am liebsten das Handtuch geworfen"



Das ging ins Auge: Landshuts Trainer Karel Gut. FOTO: WEREK

sid, **Düsseldorf**

„Am liebsten hätte ich das Handtuch geworfen." So reagierte der Trainer Karel Gut auf die in dieser Höhe völlig unerwartete 3:13-Niederlage des EV Landshut im zweiten Halbfinalspiel um die deutsche Eishockey-Meisterschaft beim Kölner EC. Ein ähnliches Debakel hatte der Tschechoslowake zuvor nur einmal erlebt. Bei der Weltmeisterschaft 1979 in Moskau unterlag Gut mit der CSSR, mit der er 1976 und 1977 Weltmeister geworden war, der UdSSR mit 1:11.

Doch vor den dritten Halbfinalbegegnungen heute abend zwischen Landshut und Köln sowie dem Mannheimer ERC und dem SB Rosenheim ist der Landshuter schon wieder optimistisch. „Auch damals ist die Welt nicht untergegangen. Wir werden uns wieder auf unsere Stärken besinnen, schließlich können wir das Eishockeyspielen nicht in zwei Tagen verlernt haben", machte Karel Gut sich und der Mannschaft nach der ersten zweistelligen Niederlage unter seiner Führung Mut.

Mut mußte nach dem Spiel vor allem dem Landshuter Torwart Engelbrecht zugesprochen werden. *Der Nationaltorhüter hatte* mit seinen Fehlgriffen im ersten Drittel einen gewichtigen Anteil an der Niederlage. An vier der sechs Kölner Treffer im ersten Abschnitt war Engelbrecht zumindest nicht schuldlos. Beim Stande von 0:6 ließ sich der Torwart völlig entnervt auswechseln.

Im zweiten Halbfinalspiel verließ ebenfalls der Gewinner der ersten Runde geschlagen das Eis. Der Mannheimer ERC, 5:3-Sieger beim *ersten Treffen, mußte beim 1:6 in* Rosenheim vor allem die physische Überlegenheit des Titelverteidigers anerkennen. Unter den Augen von Bundestrainer Xaver Unsinn fielen bei Rosenheim die Ausgeglichenheit der Sturmreihen und die Torgefährlichkeit der Abwehrspieler auf. Vier der sechs Tore erzielten die Verteidiger Klaus und Scharf.

Bei den Mannheimern machten sich dagegen erste Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Bereits nach 35 Minuten, als Rosenheim das vorentscheidende 5:1 gelang, gab die Mannschaft von Trainer Ladislav Olejnik das Spiel auf. Olejnik: „Verständlich, daß wir uns danach kein Bein mehr ausrissen." Der Bundestrainer nahm das Spiel zum Anlaß, erneut Kritik an dem neuen Austragungsmodus der Play-Off-Runde zu üben. Unsinn: „Wenn das so weitergeht, müssen die beiden Finalisten in der Endrunde 13 Spiele in 31 Tagen bestreiten. Für die Weltmeisterschaft bekomme ich völlig abgekämpfte Spieler. Sie brauchen vor dieser wichtigen WM im eigenen Land doch gerade jetzt eine Ruhepause. Ein Glück, daß sich die anfängliche Hektik langsam legt und Verletzungen bislang ausgeblieben sind."

Demgegenüber erklärte Rosenheims Torjäger und Nationalspieler Ernst Höfner: „Ich stimme dem Bundestrainer überhaupt nicht zum. Eine bessere Vorbereitung ist gar nicht denkbar. Wir proben doch schon jetzt den Weltmeisterschafts-Modus. Außerdem sind alle Spieler in Schuß. Wir sind richtig motiviert für die nächsten Spiele."

Für die beiden Halbfinal-Paarungen wird nach den heutigen Spielen mindestens eine weitere Begegnung notwendig sein, da eine *Mannschaft drei Spiele gegen den* selben Gegner gewinnen muß. Diese vierte Runde wird am Freitag ausgetragen.

Nach dem zweiten Spieltag der Play-Off-Runde führt noch immer ein Spieler die Torschützenliste an, der mit seiner Mannschaft gar nicht in der Endrunde steht. Dieter Hegen *vom ESV Kaufbeuren* führt weiterhin mit 43 Treffern vor dem Mannheimer Bill Lochead und Helmut Steiger vom EV Landshut (je 42). Doch lange wird Hegen seine Führung wohl nicht mehr behaupten können.

„Das Team gibt es nicht noch mal"

sid, **Lissabon**

Wird das die erhoffte Generalprobe für die Europameisterschaft oder ein Muster ohne Wert? Karl-Heinz Rummenigge glaubt vor dem Länderspielauftakt des Jahres 1983 gegen Portugal am Mittwoch (22 Uhr MEZ, live im ZDF) in Lissabon eher an die zweite Möglichkeit. „Das Mannschaftsfoto wird Seltenheitswert besitzen, denn ich weiß, daß wir nie mehr in dieser Besetzung spielen", sagt Rummenigge. Aber er fügt hinzu: „Wir stehen vor der gleichen Situation wie vor vier Jahren, als wir 0:0 auf Malta und in der Türkei spielten und ebenfalls keine richtige Mannschaft besaßen."

Eine kritische Standortbestimmung *also*, und aus ihr ist abzuleiten, daß in Lissabon, egal, wie das Ergebnis gegen die international nur zweitklassigen Portugiesen auch lauten wird, kaum ein wichtiger Meilenstein für kommende Aufgaben gesetzt werden kann. „Wir sind auf der Suche nach einer neuen Elf. Und bei dieser Suche muß man etwas ausprobieren, selbst auf die Gefahr hin, daß man einmal verliert", glaubt auch Jupp Derwall. Immerhin aber spricht er von „sechs Fixpunkten", an denen sich international unerfahrene Leute wie die Debütanten Jonny Otten und Wolfgang Rolff, aber auch Rudi Völler orientieren sollen.

Derwall nennt Harald Schumacher, Karl-Heinz Rummenigge und Pierre Littbarski offen. Feste Größen dürften für ihn außerdem Karl-Heinz Förster, Hans-Peter Briegel und der zuletzt oft enttäuschende Manfred Kaltz sein. „Rudi Völler ist vielleicht der siebte Mann." Derwall *traut dem Bremer bei seinem* ersten Einsatz über 90 Minuten eine große Leistung zu. Dazu kämen die diesmal unabkömmlichen Uli Stielike und Bernd Schuster, der noch verletzte Gerd Strack und wohl auch der reifer gewordene Mönchengladbacher Lothar Matthäus. „Ja", sagt Derwall, „so *könnte die Mannschaft* aussehen, die am 30. März in Albanien das zweite Qualifikationsspiel für die EM bestreitet."

Ein Kardinalsproblem aber brennt ihm unter den Nägeln, selbst wenn Bernd Schuster nach



Beim ersten Mal gleich zum Einsatz: Wolfgang Rolff. FOTO: BONGARTS

seinem eher verunglückten Comeback beim 0:1 in Nordirland demnächst wieder in Bestform wirbelt. Im *Mittelfeld*, wo einst Wolfgang Overath und Günter Netzer Maßstäbe setzten, in dem noch im Frühjahr 1981 ein Quartett der Supertechniker (Schuster, Breitner, Müller, Magath) zu bestaunen war, bieten sich nur noch Kampftypen und Dauerläufer an. Nichts gegen das wahrscheinliche Mittelfeld für *Portugal* mit *Matthäus, Rolff* und Briegel (Ersatz Dremmler), aber zündende oder geniale Ideen sind hier bestimmt nicht zu erwarten.

Eine schon mehrmals durchexerzierte Variante könnte sein, Karl-Heinz Rummenigge aus vorderster Position zurückzuziehen. Doch dagegen wehrt sich der Münchner mittlerweile heftig. „Ich bin und bleibe Stürmer, ich will Tore schießen. Wenn ich etwas anderes spiele, kann dies nur eine Notlösung *sein", erklärte Rummenigge.*

Jupp Derwall denkt ähnlich und will deshalb Felix Magath zurückholen. „Wir haben miteinander gesprochen und werden noch vor dem nächsten Länderspiel in Albanien wieder miteinander reden. Die Entscheidung, ob er zurückkehrt, ist noch offen", sagt Derwall. *Ob aber der bald 30 Jahre alte* Hamburger der große Regisseur für die EM 1984 werden kann, muß zumindest bezweifelt werden, denn er überzeugte im DFB-Trikot doch nur sporadisch.

Nach dem heutigen Training will Derwall die endgültige Mannschaftsaufstellung bekanntgeben. *Die voraussichtliche Formation:* Schumacher – B. Förster – Kaltz, K.H. Förster, Otten – Matthäus, Rolff, Briegel, – Rummenigge, Völler, Littbarski. In Reserve: Immel, Hieronymus, K. Allofs, Meier, Dremmler.

KRITIK

Ein Paradies namens Harvard

Wer heutzutage durch die Universitäten der Bundesrepublik Deutschland streift, findet wenig von der alten Humboldtschen Herrlichkeit, die einst die deutschen Geistesschmieden zu Vorbildern für – fast – alle Welt machte. Der Wanderer sieht beschmierte Wände, hört frustrierte Studenten, die „Null Bock" haben, findet seelenlose Förderbandatmosphäre vor, in der eine amorphe Masse zukünftiger Akademiker zum Examen transportiert wird.

Und zu diesem äußeren Bild paßt auch die innere Verfassung: Niemand wird bestreiten, daß deutsche Universitäten immer noch leistungsfähig sind, aber dies entlockt dem Betrachter Staunen und muß mit dem Wörtchen „trotzdem" versehen werden.

Was für eine Welt tut sich auf, wenn man über den Atlantik blickt. Alexander Schuller entführte in ein Paradies, genannt Harvard-University. „**Lust an der Leistung – Die amerikanische Universität heute**" (ARD), schon der Titel des Beitrags verdeutlichte den Unterschied zur universitären Wirklichkeit in unserer Republik:

Wer hätte in den vergangenen Jahren schon einmal im deutschen Fernsehen einen Studenten aus Heidelberg oder München, Berlin oder Hamburg – und deutsche Studenten kamen wahrhaft reichlich zu Worte – sicher und dennoch bescheiden sagen hören: „Ich arbeite viel, oft bis abends um 11 Uhr – aber mir bringt Lernen Spaß.?" Oder einen Satz wie: „Ich studiere, um später etwas für mein Land tun zu können.?"

Bejahung des Leistungsprinzips, Streben nach einem humanistischen Ideal, mitmenschliche Wärme und hervorragende Leistungen: Harvard, wir haben viel zu lernen.

PETER PHILIPPS

Gediegen und hintersinnig

Wenn es nicht mundartlich fehl am Platze wäre, müßte man sagen, es war eine Riesengaudi, was die „*Nordlichter*" (*ZDF*) uns da eine gute Stunde lang aufgetischt haben. Sie zeigten uns nämlich, wie sie wirklich sind: so bieder und gediegen, so nordseetief ernst und hölzern, daß, wer sie *nicht kennt, erst einmal reintappt*, bevor er kapiert, daß er arg verschaukelt wurde. Das gelang beispielsweise Heinz Reincke als hintersinnigem Obstbauern aus dem Alten Lande vortrefflich mit einer Berliner Großschnauze, überzeugend von Jörg Pleva gemimt.

In anderen Episoden war man so *richtig betulich und pütscherig*. Beinahe umwerfend als Ostfriese Uwe Dallmeier mit vergnaddertem Gesicht und Hans-Albers-Gemüt. Ida Ehre gab eine köstliche alte Dame zwar „von Stand", aber beileibe nicht steif.

Natürlich gibt es im Norden zwischen Watt und Weltstadt nicht nur *rauhe Schalen um goldene Herzen.* Das bewies der von Ferienfreunden heimgesuchte Gert Haucke, als man ihm – unangemeldet – auf die Pelle rückte und darob seiner komödiantischen Humorlosigkeit freien Lauf ließ. Auch das also gibt's, nur eins nicht, was man uns weismachen wollte: so viel blauen *Himmel und so wenig Regenschirme.*

KNUT TESKE

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Louis und Réjane
11.55 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Die Schlösser an der Loire
Film von Peter Bermbach
Im Tal der Loire und an ihren Nebenflüssen findet man mehr als 300 Schlösser. Chambord und Chenonceaux, Amboise und Blois, *Azay le Rideau und Villandry sind* wohl die berühmtesten. Hier lebten neben den französischen Königen und mitunter ihren Beamten auch ihre Mätressen, ihre Frauen, später ihre Witwen.
17.00 Stadt, Land, Fluß
Unterhaltungssendung für Kinder mit Erwin Grosche
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Parteien zur Wahl
20.15 Die Montagsmaler
Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.00 Report
Glaubwürdigkeit der Politiker – was sie versprachen, was sie hielten! / Ein Linksliberaler nach dem Wechsel – Gerhart Baum im Wahl*kampf/Friedensbewegung* in der „DDR" – Die Verhaftung in Jena
Moderator: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Auf der Suche nach der Welt von morgen
Die Zukunft der Sowjetunion (1)
Porträt einer Weltmacht
Rüdiger Proske untersucht in zwei Sendungen die Zukunftsaspekte der Sowjetunion. Die demographischen, wirtschaftlichen, sozialen, soziologischen und politischen Strukturelemente des Landes sowie die zu erwartenden künftigen Entwicklungen sollen dargestellt werden.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Birgitta Wolf/Freundschaftstreffen der Ski-Asse
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Vogelscheuche
Eine vornehme Einladung
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Zara-Thustra mit „Eiskalt"
17.50 Das kann ja heiter werden
Mutter gesucht
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Der Garten
Komödie von Tim Aspinall
Mit Elisabeth Bergner, Gerd Fröbe u. a.
Regie: Wolfgang Liebeneiner
Mr. Ted Hayward ist 68 Jahre alt, zählt sich aber noch längst nicht zum alten Eisen. Den in einem Veteranen-Altenheim angebotenen Platz gedenkt er vorerst *nicht* anzunehmen. Er quartiert sich in der Familie seines *Neffen ein und will* sich dort nützlich machen. Aber in der Nachbarschaft entdeckt er ein lohnenderes Betätigungsfeld.
21.00 heute-journal
Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.20 Wahl '83
Wahlkampf an der Basis
Beobachtungen im Allgäu und im Revier
Filmreportagen über Wahlkampfveranstaltungen ohne das Großaufgebot von politischer Prominenz
22.05 Notsignale
Platzangst
23.35 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
21.15 Sport-Platz
Tradition schützt vor Erfolg nicht – Rund um den Schlittschuh
21.00 Klimbim (25)
21.45 Landesspiegel
Kultur im Gespräch
Wie eine Ballett-Ausstattung entsteht
22.15 Deutscher Alltag
Ein Taxifahrer in West-Berlin – ein Taxifahrer in Ost-Berlin
23.00 Nach dem Urteil –
Diskussion über den Karlsruher Richterspruch zur Auflösung des Bundestages

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Eisbergjäger
19.15 Science-Report
19.30 Landwirtschaft heute
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
21.00 Gandhi
Entstehungsgeschichte eines Films
21.50 Juristenstammtisch
Mit Rudolf Gerhard, Werner Hill und Gästen
22.35 Das Gruselkabinett
Doktor X
US-Spielfilm, 1932
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (4)
19.00 Herrchen gesucht
19.30 Alltagssorgen im Gespräch
20.00 Tagesschau
20.15 Die Flucht eines Pensionierten
Franz. Fernsehfilm
21.45 Drei aktuell
22.00 USA in Nahaufnahme (6)
22.45 Geschichte im Fernsehen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
19.00 Les Gammas! Les Gammas!
19.30 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche
20.20 Forum Südwest (4)
21.20 Auf alemannisch
Nur für Rheinland-Pfalz
20.20 Landesspiegel
21.05 Kulturkalender
Nur für das Saarland
20.20 Magazin Saar 3
21.20 Antiquitäten von morgen
Gemeinschaftsprogramm west 3
21.35 Zardoz
Engl. Spielfilm von 1973

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Der Geist lebt
19.30 Sogst was d'magst
20.15 Bergauf – bergab
21.00 Rundschau
21.15 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Direktion City
22.50 Im Gespräch
23.35 Rundschau

Elisabeth Bergner und Gert Fröbe in der englischen Komödie „Der Garten", ZDF, 19.30 Uhr FOTO: TELEBUNK

SPORT-NACHRICHTEN

Fans in Lebensgefahr

Turin (dpa) – Zwei Schwer- und 21 Leichtverletzte forderten Zuschauerausschreitungen bei den italienischen Fußball-Meisterschaftsspielen in *Turin und Mailand*. Zwei Fans schweben noch immer in Lebensgefahr.

Zweimal gegen Kanada

München (sid) – Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft wird als Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft (16. April bis 2. Mai) zwei Spiele gegen Kanada bestreiten. Am 9. April in Dortmund und einen Tag später in Frankfurt trifft die Mannschaft von Xaver Unsinn auf den Rekord-Weltmeister.

Nagel-Tornau gewinnt

Neumünster (sid) – Peter Nagel-Tornau (Attendorn) gewann beim Hallenreitturnier von Neumünster den Großen Preis. Auf Schwerin *siegte er nach zwei Umläufen im* Stechen mit null Fehlerpunkten in 26 Sekunden vor Michael Rüping (Itzehoe) auf Caletto (0/28.6).

WM in Deutschland?

Düsseldorf (sid) – Möglicherweise wird die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), schloß eine Bewerbung nicht aus, falls die vier Kandidaten Brasilien, Mexiko, USA und Kanada verzichten sollten oder die geforderten Auflagen nicht erfüllen könnten.

Entscheidung am Samstag

Frankfurt (sid) – Die endgültige Entscheidung über den Wechsel von Horst Köppel, Trainer beim Bundesligaklub Arminia Bielefeld, zum Deutschen Fußball-Bund (DFB) als Jugendtrainer und Assistent von Bundestrainer Jupp Derwall soll am Samstag fallen: „Es fehlt nur noch das gegenseitige Ja-Wort."

Kunze lief Weltrekord

***Senftenberg** (sid) – Bei den* Hallen-Leichtathletik-Meisterschaften der „DDR" in Senftenberg lief Jörg Kunze in 13:13,3 Minuten einen neuen 5000-Meter-Weltrekord. Eine neue Bestzeit stellte auch Marlies Göhr über die 100-Yards-Strecke in 10,29 Sekunden auf.

ZAHLEN

SKI NORDISCH

Skiflug-Weltpokal in Vikersund/Norwegen: 1. Nykänen (Finnland) 354,5 Punkte (140+145+147), 2. Hansson (Norwegen) 354,0 (147+131+140), 3. Ploc (CSSR) 351,0 (145+145+127), **Endstand:** 1. Nykänen 1034,5 Punkte, 2. Ploc 1034,0, 3. Bulau (Kanada) 1033,5, 30. Bauer 896,0 . . ., 35. Klauser (beide Deutschland) 851,0.

BOB

***Zweierbob-Weltmeisterschaft* in Lake Placid:** 1. Pichler/Leuthold (Schweiz) 4:01,42 Min. 2. Schärer/Rüegg (Schweiz) 4:02,73, 3. Hoppe/Schauerhammer („DDR") 4:04,31, . . . 6. Weikenstorfer/Hartmann 4:05,51, 7. Kopp/Schumacher (alle Deutschland) 4:05,86.

TENNIS

Masters-Turnier der deutschen Winter-Serie in Münster, Herren-Einzel, Endspiel: Edberg (Schweden) – Zipf (Deutschland) 6:7, 6:3, 7:5.

US-Hallenmeisterschaften in Memphis, Einzel, Finale: Connors – G. Mayer (beide USA) 7:5, 6:0. – Doppel, Finale: Mc Namara/McNamee (Australien) – Tim Gullikson/Tom Gullikson (USA) 6:3, 5:7, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Vina del Mar, Einzel, Finale: Pecci (*Paraguay*) – Fillol (Chile) 72:6, :5, 6:4.

Damenturnier in Chicago, Einzel, Finale: Navratilova – Jaeger (beide USA) 6:3, 6:2.

FECHTEN

Sieben-Nationen-Turnier der Florett-Fechterinnen in Frankfurt, Endstand: 1. Deutschland 6 Punkte, 2. China 5, 3. Ungarn 5, Einzelergebnisse der deutschen Mannschaft: Deutschland – UdSSR 8:8 (aufgrund der besseren Trefferdifferenz gewonnen), Ungarn 6:8, Italien 9:5, Frankreich 9:4, Deutschland II 9:1, China 9:6, Polen 9:4.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 5, 6, 30, 32, 40, 42, **Zusatzspiel:** 29. (Ohne Gewähr).

STAND ✿ PUNKT

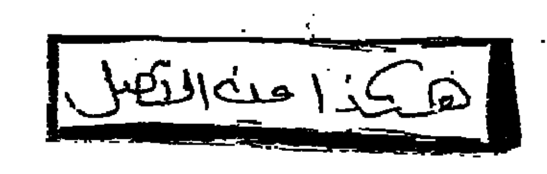
Inzell nicht im Abseits

Kein Zweifel, abgesehen von Monika Holzner stehen die deutschen Eisschnelläufer im Abseits. Warum, weiß kein Fachmann, denn die Konkurrenz trainiert schließlich häufig dort, wo auch die Deutschen meist vergebens üben: in Inzell. Und die Großen der Eisläufer-Zunft testen im kältesten Winkel *Bayerns auch ihre Form* vor Weltmeisterschaften – erfolgreich. Am Wochenende verbesserte zum Beispiel der Japaner Akira Kuroiwa mit fantastischen 37,32 Sekunden den Bahnrekord über 500 Meter. Der Japaner ist freilich auch der Top-Favorit für die Sprint-Weltmeisterschaften am Wochenende in *Helsinki.*

Kuroiwas Rekord war kein Zufallstreffer, denn drei sowjetische Sprinter blieben in Inzell ebenfalls unter der 38-Sekunden-Grenze. Das alles läßt Träume reifen. Die Japaner wollen in zehn Tagen nach Bayern zurückkehren, um beim alljährlichen „Goldenen Schlittschuh" Weltrekorde aufzustellen – über 500 Meter unter 37 Sekunden.

Als „Nabel der Eisschnellauf-Welt" hat Stadion-Direktor Gerd *Zimmermann, der frühere* Weltklasse-Läufer, Inzell einmal bezeichnet. 80 Weltrekorde wurden bisher auf dem Kunsteis-Oval im Chiemgau gelaufen. Trotz der Konkurrenz der sowjetischen Hochgebirgsbahn Medeo – Inzell gerät nicht ins Abseits.

K. BL





Unehrenvoll gescheitert

gaz – Der Film ist eine Katastrophe. Sein Titel lautet „Krieg und Frieden", aber eigentlich müßte er „Das Nichtskönnen" lauten. Seine Macher dürften, wenn alles mit rechten Dingen zuginge, in der nächsten Zeit zur Strafe für einen solchen Flop kein bißchen Bein mehr auf den Boden bekommen.

Alexander Kluge, Volker Schlöndorf und Stefan Aust heißen die Macher. Sie wollten mit ihrem Ding einen Beitrag zum Wahlkampf leisten, „gegen den Krieg protestieren", und einige Kritiker schrieben denn auch begütigend, angesichts dieses „gewaltigen Themas" sei es ehrenvoll, zu scheitern. Doch das ist nichts als anbieterischer Schwulst. Man kann – siehe etwa „Im Westen nichts Neues" – durchaus eindrucksvolle pazifistische Filme drehen, die die Massen ergreifen und politische Wirkung entfalten. „Krieg und Frieden" à la Kluge & Co. jedoch entfaltet nicht einmal die Durchschlagskraft eines Dreiminuten-Wahlspots im Fernsehen. Hier wird mit Erbsen aus Spielzeugkanonen geschossen, die zudem noch alle nach hinten losgehen.

Ein bombastischer Montage-Salat, von raunenden Zitaten begleitet, verleiht dem Krieg, statt ihn zu „entlarven", eher metaphysischen Tiefgang und eine Art von höherer Bedeutung. Die Sequenzen gegen den Kanzler Kohl sind derart naiv-demagogisch zusammengeschnitten, daß jeder Klippschüler die hetzerische Absicht sofort durchschaut. Zwei von Heinrich Böll beigesteuerte pazifistische Sketche verpuffen völlig, weil sie geradezu infantil inszeniert wurden. Jede Laienspielgruppe würde sich solcher „Regieleistungen" schämen.

Von einem ehrenvollen Scheitern kann überhaupt nicht die Rede sein. Dazu hätte man sich wenigstens ein Minimum an Mühe geben müssen; statt dessen reitet hier jeder der Regisseure sein kleines Privathobby, und der Betrachter wird den Verdacht nicht los, als habe jeder von ihnen während der Dreharbeiten an einer ganz anderen Arbeit gesessen, als sei „Krieg und Frieden" nur so nebenbei mit der linken Hand gemacht worden. Nicht der Krieg wird hier entlarvt, sondern die Gleichgültigkeit der Regisseure gegenüber ihrem Publikum.

Hamburger Staatsoper: Rossinis „Semiramis"

Horror über alle Berge

Der Schauplatz galt als Weltwunder, als ein Locus amoenus der ntike, doch was in Rossinis Opera eria „Semiramis" als Handlung in ie Hängenden Gärten von Babyon verlegt ist, verkehrt das Wun.er in abstruse Schrecken. Aus)restie, Sophokleischem Ödipus, lamlet und babylonischen Schaur-Legenden wild zusammengechüttelt, läßt das Libretto auf Volaires Spuren weder Gatten-Giftord noch den Sohn als Liebhaber er Mutter Semiramis noch Mutermord aus.

Wie Rossini, der behende Komonist des „Barbiers" und der „Itaenerin in Algier", die krude Story ıusikalisch veredelte, hat das Pulikum nach der Uraufführung 323 in Venedig eine lange Zeit echt heftig, dann jahrzehntelang berhaupt nicht mehr interessiert. rst nach den kraftvollen Wiederrweckungsversuchen in den sechger Jahren mit den Koloraturoryphäen Sutherland, Simionato, orne unter Bonygnes hartnäckiem Engagement ist dieses „meloramma tragico" wieder in unser ewußtsein gelangt. Und nach eier Bühnen-Präsentation in Aix-ı-Provence 1980 konnte man nun ı Hamburg am konzertanten Moell prüfen, ob sich das Werk mögcherweise über die achtziger Jahe hinaus retten läßt.

Nun, was das Horror-Sujet beifft, so kann man es – grob gesagt vergessen. Es war kaum mehr als in Anlaß für Rossinis überbordene musikalische Inspirationen. 'nd wenn die „Semiramis" auch och nicht so geschlossen ist wie er spätere „Guillaume Tell", so ält sie aber kompositorisch auf ehr weite Strecken groben Deunziationen von „leerem Ohrenitzel" und Leierkastenmusik leicht stand. Die herrliche Arsace-Kavatine des ersten Aktes „Quel giorno ognor rammento", die große Semiramis-Arie und vor allem die Duette sind glänzende Zeugnisse für eine Musik, die nicht nur animierend, sondern auch gefühlvoll und mit Kraft artikuliert ist. Auch wenn sie – wie Hegel bereits richtig hörte – dem Text mitunter untreu wird und „mit ihren freien Melodien über alle Berge geht".

Die Freude an dieser Rossini-Semiramis, ihrer soghaft sprudelnden Bewegung ist natürlich nichts ohne die halsbrecherischen Koloratur-Künste, die Rossini seinen Sängerinnen der Semiramis und des für Contraalto geschriebenen Arsace abverlangt, die wirklich alle Finessen des „canto fiorito" beherrschen müssen. Daß man die beiden Primadonnen der Aixer Produktion für Hamburg gewinnen konnte, gab deshalb der Aufführung sogleich einen sensationellen Anstrich. Unvergleichlich, mit welcher Geschmeidigkeit, Delikatesse und Koloratur-Bravour, ohne es an Gefühl und Dramatik fehlen zu lassen, Marilyn Horne den Arsace sang. Montserrat Caballé als Semiramis vollbrachte belcantistische Wunderwerke und ließ ihre berühmten Piano-Künste voll verströmen, wenn auch Höhenschärfen den vollen Genuß trübten. Mit großer Souveränität und glänzend vokalem Niveau formten auch Samuel Ramey als Thronfolger Assur und Francisco Araiza als Prinz Idreno ihre sängerisch heiklen Partien aus. Die Ovationen hatten Rossini-Temperament und schlossen den beweglich, aber mitunter etwas knallig dirigierenden Michel Plasson und die Philharmoniker emphatisch mit ein.

KLÄRE WARNECKE

Sensationelle Entdeckung der Krebsforscher

Ist das der Durchbruch?

Die menschlichen Erbanlagen, die Gene, stehen schon seit lanem unter dem dringenden Veracht, an der bösartigen Zellentarıng, die man Krebs nennt, zuminest mitschuldig zu sein, wenn icht sogar die Hauptverantworıng dafür zu tragen. Befunde aus ierexperimenten ließen die Wisenschaftler daran glauben, auch ie Beobachtung der Kliniker, daß estimmte Krebsformen familiär ehäuft vorkommen. Der naturissenschaftliche Beweis am Menchen war jedoch noch nicht zu rbringen. Experimente mit dem rbgut sind erst in den letzten Jahen durch revolutionäre neue Verahren erleichtert worden, allen oran die Gentechnologie, mit der s möglich wurde, verschiedene ienanteile miteinander zu kombiieren: für Molekularbiologen eine temberaubende neue Dimension ıit schier unerschöpflichen neuen 'orschungsimpulsen.

Dank dieser neuen Methode ist s nun Experten des amerikanichen Krebsforschungszentrums ı Bethesda gelungen, den Unterchied zwischen den Erbanlagen iner normalen Blasenzelle und iher entarteten „Schwester" exakt achzuweisen. Lediglich ein einzies Basenpaar der Kernsäure in ler entarteten Zelle war ausgeauscht, aber das hatte zur Folge, laß nicht, wie vorgesehen, die Aminosäure Glyzin produziert vurde, sondern Valin. Eine verlüffende Entdeckung, deren Tragveite noch gar nicht abzusehen ist! Sollte das Rätsel der Krebsentsteıung so einfach zu lösen sein? Ein Produktionsirrtum lediglich bei eiıem von Hunderten von Eiweißstoffen, die im Körper pausenlos uf- und abgebaut werden?

Daß eine kleine Unregelmäßigeit in den Genen bereits auseicht, um Zellen zum zügellosen Wachstum anzuspornen, legen auch die Befunde aus der Universitätskinderklinik in Los Angeles nahe, die soeben in der amerikanischen Wissenschaftszeitschrift „Science" publiziert wurden. Die Schlußfolgerungen aus den beiden Forschungsberichten unterstützen eine inzwischen zehn Jahre alte These: Krebs entsteht entweder durch die Mobilmachung spezieller Krebsgene oder durch den Verlust und die Schwächung von Anti-Krebs-Genen.

Anti-Krebs-Gene waren bislang vornehmlich in der Phantasie der Wissenschaftler beheimatet; beim Menschen jedenfalls konnten sie nicht nachgewiesen werden. Erst jetzt liegen dafür harte Daten vor. Sie wurden bei einem dreijährigen Mädchen erhoben, das an einem sehr bösartigen Krebs des Auges erkrankt war, einem sogenannten Retinoblastom, bei dem die für die Produktion des Sehpurpurs zuständigen Zellen entarten.

Die Direktive für die Ausbildung der Sehzellen, so fanden die Forscher aus Los Angeles heraus, ist in einem kleinen Abschnitt des Chromosoms Nummer 13 verankert. Die 46 Chromosomen des Menschen liegen paarig vor, also je zwei Sätze von 23 Chromosomen. Hierin ist die gesamte „Bibliothek" unseres Lebens untergebracht, alle Informationen, die letztlich unsere biologische Identität ausmachen. Der sensationelle Fund der kalifornischen Krebsforscher: Das Chromosom Nummer 13 lag in den Tumorzellen nicht, wie es sich gehörte, zweimal, sondern nur einmal vor. Damit aber konnte der Defekt auf dem verbliebenen Chromosom voll durchschlagen: die bösartige Wucherung der Sehzellen, der sogenannten Retina, eine Krebsform, die bereits in den ersten drei Lebensjahren auftritt. Das fehlende Chromosom, das ist die Erkenntnis, hätte eine krebsverhindernde Funktion.

Das Retinoblastom zählt zu den seltenen Krebsformen. In den USA rechnet man mit 150 Fällen jährlich. Praktische Konsequenzen für die Therapie dieser Kinder, die blind werden oder sogar daran sterben, lassen sich aus der Entdeckung noch nicht ableiten. Die ganze Krebsforschung freilich ist einen großen Schritt weitergekommen. Endlich kann man beweisen, daß zwischen Erbgut und Krebsentstehung eine viel engere Beziehung besteht als bisher angenommen. Der Blick auf diesen Problemkreis war jahrelang durch die extensive Erforschung der möglicherweise oder tatsächlich krebserregenden Umweltgifte eingeengt worden.

JOCHEN AUMILLER

Deutsche Erstaufführung: Luc Bondy inszeniert in München Edward Bonds neues Stück „Sommer"

Alte Geschichte von Leben und Tod

Die Wahrheit, so behauptet der englische Dramatiker Edward Bond, liege immer an der Oberfläche. Sein jüngstes Stück mit dem ebenso lapidaren wie ironischen Titel „Sommer", das Luc Bondy an den Münchner Kammerspielen als deutsche Erstaufführung inszeniert hat, folgt diesem Bekenntnis. Es ist eine alte Geschichte: von Leben und Tod, von reich und arm, von fremd und vertraut, von Schuld und Gerechtigkeit. Aber Bond erzählt diese Geschichte neu, indem er sie banal erzählt, banal bis zur Kitschigkeit, oberflächlich bis zur Albernheit.

Ein Touristenort, wahrscheinlich am Mittelmeer, vielleicht Jugoslawien. Jahr für Jahr kommt eine Engländerin namens Xenia mit ihrer Tochter Ann hierher. Das Haus ist der Ort, an dem sie aufgewachsen ist. Es hat ihrem Vater gehört, und die neue Herrin des Hauses ist ihre ehemalige Dienerin Marthe. Xenia sucht hier alljährlich das, was man heutzutage so gerne sucht – sich selbst, ihre Vergangenheit, ihre Identität.

Aber in diesem Jahr ist es anders. Marthe hat Lymphdrüsen-Krebs, ihr Tod ist jeden Augenblick zu erwarten. Xenias Suche wird sich also nicht wiederholen lassen; was sie diesmal nicht findet, wird sie nie mehr finden. Und auch für Marthe ist es die letzte Chance, Gerechtigkeit zu erlangen. Denn da gab es noch dieses Ereignis in der Vergangenheit. Xenia hat Marthe vor der Hinrichtung durch ein deutsches Erschießungskommando bewahrt. Aber daraus folgt nun nicht etwa Dankbarkeit, wie man vermuten sollte, sondern Haß, weil Marthe sich vorwirft, von Xenia zum Solidaritätsbruch mit ihren Leidensgenossen verführt worden zu sein.

Was in diesem „Sommer" geschieht, ist eine Art Generalabrechnung mit den Fragen des Daseins. Was ist Tod, was ist Leben? Was ist Subjektivität, was historisch-sozialer Determinismus? Gibt es überhaupt so etwas wie eine mögliche Vermittlung zwischen den Widersprüchen der Existenz?

Edward Bond will keine Psychologie. Der Deutsche, der in diesem Stück auftritt als Zeuge der bösen Vergangenheit, verkörpert eben einfach das Böse. Er versteht nichts und ist selbst nicht zu verstehen. Er ist grotesk bis zur Karikatur. Er ist, wie er ist. Da gibt es nichts zu erklären. Bond möchte gern antiken Vorbildern folgen. Seine Gestalten sind Archetypen. Darüber braucht man dann kaum noch nachzudenken.

Deutsche Vergangenheitsbewältigung auf britisch: Irene Clarin, Doris Schade und Cornelia Froboess (von links) in der Bond-Premiere der Münchener Kammerspiele FOTO: WINFRIED RABANUS

Am deutlichsten wird das in Bonds polternder Auseinandersetzung mit dem Liberalismus, der sich in Xenias Familie verkörpert. Das Verständnis, die Toleranz werden, wie am Beispiel von Marthes Rettung vor den Nazis demonstriert, zu Verstellungen der Wirklichkeit, zu Versuchen des Selbstbetrugs, zum geistigen Selbstmord. Marthe spuckt ihrer einstigen Retterin dafür ins Gesicht: Rettung ist tödlicher als das Sterben, weil es die Geretteten zu lebenden Leichnamen macht.

Dieses merkwürdige Zurückfallen Bonds hinter die Instrumentarien modernen Weltverständnisses setzt sich auch für die jüngere Generation fort. Die Kinder, Xenias Tochter Ann und Marthes Sohn David, schlafen schon beinahe gewohnheitsmäßig miteinander. Sie wollen ein Kind haben und beschließen doch beinahe im gleichen Augenblick, sich zu trennen. Aushalten von Paradoxien nennt Bond das. Und um die Vor-Moralität auf die Spitze zu treiben, erklärt David im Angesicht jener Mauer, an der einst die Erschießungen stattfanden, die Nähe des Todes befördere seine sexuelle Lust.

Ist schon dieser Ansatz fragwürdig, weil er jede humane Kulturleistung leugnet, so wird seine Ausführung vollends unakzeptabel. Bonds intellektuelles Vermögen reicht über einen schwachen Versuch in Sachen Aufklärung nicht hinaus. Der Deutsche (Hans Quest) ist ein Klischee, keine Inkarnation des Bösen. Die Beischlaf- und Trennungs-Operationen des jungen Paares Ann (Irene Clarin) und David (Edgar Selge) sind keine archetypischen Verhaltensweisen, sondern schlicht Gedankenlosigkeit. Und Einsichten wie die von Marthe, daß der Tod sinnlos sei, sinnloser aber ein Leben ohne den Tod, kommen einem vor wie die abgenagten Geistes-Knochen einer gesunden Halbbildung.

Das muß wohl auch Luc Bondy empfunden haben. Von seiner Inszenierung geht eine große Irritation aus, weil man immer das Gefühl hat, da bringe jemand ein Stück auf die Bühne, das es gar nicht gibt. Schon das Bühnenbild Erich Wonders schafft einen Raum, in dem sich jedenfalls kein Bond ereignen kann. Wunderbar perspektivisch geöffnete Landschaften, am Horizont verschwimmende Silhouetten – die Menschen gehen darin herum wie in Gemälden. Und Bondy inszeniert darin ergreifende Szenen vom Leben und Sterben.

Die Figuren haben (mit Ausnahme des Deutschen, der aus der Inszenierung völlig herausfällt) Würde und Maß. Marthe zum Beispiel tanzt ganz und gar einsam im schwarzen Unterkleid einen Tanz, der noch einmal ihr Leben zusammenfaßt: mit Glück an sich selbst, mit der Feier der Landschaft, mit der Ahnung von Erfüllung. Doris Schade gibt dieser Figur eine Tiefe, eine Verwurzelung, die sie befähigt, im Haß auch noch einen Anflug von liebender Anerkennung zu vermitteln.

Und Cornelia Froboess entwikkelt ihre Engländerin von der neurotischen, launenhaften, kapriziösen Schreckschraube zu einer Frau mit Kraft, mit Würde. Sie hat am Schluß die Fähigkeit, sich zu erniedrigen, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Das aber ist nicht Bondscher Provenienz: Wer verzeiht, wer opfern kann, hat auch die Fähigkeit, mit anderen umzugehen. Vielleicht bekam Luc Bondy dafür ein paar Buh-Rufe zu hören. Verdient hatte er sie nicht; denn er versteht etwas vom Leben und Sterben.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

„Das Publikum soll wieder eine Chance haben" – Porträt des Münchener Filmemachers Percy Adlon

Den Steuermann nicht in den Maschinenraum!

Er geht in seinen Filmen ungeniert den persönlichsten Neigungen nach, pflegt ohne Rücksichten seine privatesten Vorlieben. Und gerade damit ist er unter den Filmkünstlern unserer Tage zur unverwechselbaren Figur geworden. Zwei Filme reichten, um ihn in die vorderste Reihe zu bringen. Percy Adlon, 48, gehört zu unseren besten Regisseuren.

Er ist ein ruhiger, freundlicher Mann, aber mit Energie unter der Haut. Das spürt man gleich, wenn man mit ihm ins Gespräch kommt. Seine Filme „Céleste" (die Geschichte der langjährigen Vertrauten von Marcel Proust) und „Fünf letzte Tage" (die Begegnung Sophie Scholls mit einer älteren Frau im Münchener Gestapo-Gefängnis vor ihrer Hinrichtung) fordern heraus, lassen eine federnde Eleganz erkennen, die selten ist hierzulande. Es sind keine spontanen Publikumseroberungen, sie tragen auch keine eingängigen Verkündigungsposen vor sich her. Percy Adlons Themen sind subtil, zuwenig „laut" für den Betrieb. Dennoch (oder eben deshalb) läßt sich dieser Regisseur ganz auf den Menschen ein, nie auf Programme, und steht damit im Gegensatz zur Mehrzahl seiner filmischen Kollegen.

Das Publikum soll wieder die Chance haben, „zu atmen", sagt er. „Bei den meisten heutigen Filmen habe ich das Gefühl, man will auf die Menschen einhämmern mit Lärm, mit Technik, mit Fiktion. Es ist, als wolle man sie an die Schulter packen und schütteln".

Adlon bevorzugt Stoffe, Figuren und Landschaften, die ihm, dem im Ammerland am Starnberger See Geborenen, persönlich vertraut sind, wie eben „Bayern", wie eben „München". Und seine Menschen, Landschaften und Zeitläufte verbinden sich zu einem ganz dichten Geflecht, werden unmerklich zu Metaphern, die von der Schönheit menschlichen Tuns künden.

Dieser Regisseur läßt uns in seinem Werk etwas wieder von dem entdecken, was wir längst schon verloren glaubten: „altmodische Tugenden". Was Tugenden sind, unterliegt in seinen bisherigen Filmen nie einem Zweifel, die „Treue" zum Beispiel. Treue ist für ihn überhaupt ein Schlüsselwort. Sich-selber-treu-Bleiben wie die Sophie Scholl, Treue der Bediensteten wie Céleste oder die Treue in der Ehe („dieses heute so propagierte Fremdgehen heißt doch nur, andere zu verletzen"). Der Erfolg seiner Filme beruhte sicherlich nicht zuletzt auch darauf, daß sie der Sehnsucht des anspruchsvollen Zuschauers zum Mitfühlen, auch zum Mittrauern ungebrochen entgegenkommen.



Liebt die Treue und andere „altmodische Tugenden": Der Filmregisseur Percy Adlon FOTO: FELICITAS TIMPE

Derzeit steht Adlon bereits mitten in den Dreharbeiten zu seinem neuen Kinofilm „Die Schaukel" nach einer Erzählung von Annette Kolb. Schon vor Jahren hat er im Fernsehen einen Streifen über den bayerisch-französischen Lebenslauf dieser couragierten Dichterin gezeigt. Jetzt geht es um die Verfilmung des Münchener autobiographischen Romans der Familie Lautenschlag. Wie eine Schaukel schwingen die Existenzen der Lautenschlags, ohne sicheren Halt an der Erde. „Es ist dieses Auf und Nieder des München des ausklingenden neunzehnten Jahrhunderts, das mich so fesselt. Hie Preußen, da Bayern; hier die Katholiken, da die Protestanten. Diese seltsame eigene Münchner Mischung aus Kunst, Adel, Bevölkerung: und alle gebeutelt vom Münchner Föhn." Wird der Film traurig oder komisch sein? „Wie eine Schaukel, die alles im Gleichgewicht hält, mal traurig, mal heiter. Der Akzent wird allerdings mehr auf der Komödie liegen." Immerhin handelt es sich um ein 3,4-Millionen-Projekt. „Ich wünsche mir so sehr", sagt Adlon, „daß nach Besichtigung dieses Films viele New Yorker nach München eilen, um bewundernd zu sagen: Wie ist es hier wundervoll!"

Adlon ist erst ziemlich spät zum Spielfilm gekommen. Nach dem Studium der Germanistik, Theaterwissenschaft und Kunstgeschichte trat er zunächst als Schauspieler, als Bearbeiter und Sprecher literarischer Sendereihen im Hörfunk hervor. Es folgte eine lange Reihe von Dokumentarfilmen im Fernsehen, z. B. über „Tomi Ungerers Landleben", über Jean Paul, Gisela und Alfred Andersch, über Robert Walser. Percy Adlon nennt seine für die Branche atypische Biographie „meine tiefen Wurzeln". „Nur so fühle ich mich heute in der Lage, meine Stoffe umzusetzen, Menschen zu führen. Ich habe nie etwas forciert." Und er resümiert: „Es ist wie beim Dirigieren. Ein Dirigent ist erst ab 50 Jahren gut."

Auf die Frage, ob man ihn, Percy Adlon, wieder einmal als Schauspieler auf der Bühne sehen werde, wehrt er kühl ab. Antwortet mit einer Gegenfrage: „Wer sollte mich denn führen? Das ist doch gerade so, als wenn man den Steuermann in den Maschinenraum einsperrte."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Warum die Puppen-Theater in der „DDR" nach dreißig Jahren immer noch im Abseits stehen

Elefanten lieben es nicht, gegängelt zu werden

Es ist schon ein Geschäft für sich, die Puppen zum Tanzen zu bringen. Nach der Premiere des Puppenspiels „Der kleine Elefant" von G. Wladyshina am Staatlichen Puppentheater Ost-Berlin notierte der Kritiker E.-F. Kratochwil in der „DDR"-Zeitschrift „Theater der Zeit": „Nach dreifacher Bearbeitung allerdings hat das Stück keine logische Fabel mehr und auch keine als noch akzeptabel zu bezeichnenden Dialoge. Insofern ist dieser in vielen Inszenierungen zerspielte Text Beleg für die unguten Folgen einer Puppentheaterpraxis, die seit 30 Jahren ohne die kritische Partnerschaft eines Bühnenverlages auskommen muß, der die literarische Integrität der Spielvorlagen verteidigt."

Während der Aufführung fühlte sich Kratochwil „an die lieblos und mit links gemachten Weihnachtsmärchen des Stadttheaters meiner Kindheit erinnert": „Hier wurde ohne überflüssige Blicke ins Leben der Kinder vom ... Blatt gespielt, und das auch noch oberflächlich!" Zwei Monate vorher hatte Silvia Brendenal an gleicher Stelle vorgeschlagen, ausländische und vor allem bundesdeutsche Puppentheater in die „DDR" einzuladen, um die Entwicklung der einheimischen Puppenbühnen „zu stimulieren". Dies wäre auch eine Möglichkeit, in der „DDR" „intensiver auf diese Kunstgattung aufmerksam zu machen".

Beide Aussagen sind typisch für die Unzufriedenheit der Kritiker hinsichtlich der Situation der 17 Staatlichen „DDR"-Puppentheater, wobei die Ursachen der Misere verschwiegen werden: In der Regel ist es nämlich so, daß die SED-Kulturfunktionäre der Kunst des Puppenspiels mit Desinteresse, Unverständnis und sogar offener Ablehnung begegnen. Die Folgen beschrieb Peter Waschinksky, Künstlerischer Leiter des Puppentheaters Neubrandenburg, mit den Worten, das „DDR"-Puppentheater zeichne sich durch eine „ungenügend entwickelte handwerkliche Reife" aus, während sein Kollege Stephan Hellmann, Mitglied des Staatlichen Puppentheaters Frankfurt/Oder, von der „allgemein schlechten Qualität in den Puppentheatern der DDR" spricht.

Der Dresdener Puppentheater-Regisseur Peter Beckert vermißt „eine eigene nationale Leistung". Die „DDR"-Puppentheater seien „nicht kontinuierlich gewachsen": „Kaum ein Theater, ein Ensemble hat ein eigenes Profil entwickelt, zu vieles blieb und bleibt dem Zufall überlassen."

Eine weitere Ursache für die schlechte Qualität der „DDR"-Puppentheater sieht Stephan Hellmann in der Tatsache einer nach wie vor unbefriedigenden Ausbildungssituation innerhalb der Fachrichtung Puppenspiel an der Staatlichen Schauspielschule in Ost-Berlin. „Wir" – so schrieb Hellmann in „Theater der Zeit" – „die wir in Puppentheatern der DDR arbeiten, sind nach dreißig Jahren immer noch Pioniere desselben, weil wir noch nicht unsere Handschrift beherrschen, aber beseelt davon sind, es möglichst schnell zu einem akzeptablen Charakterzug gedeihen zu lassen."

Die Mängel im Bereich des „DDR"-Puppentheaters können nicht den Künstlern angelastet werden, sie gehen eindeutig auf das Konto der SED, die eine freie Entwicklung der Künste verhindert; ganz zu schweigen davon, daß die verantwortlichen Funktionäre erst vor etwa zehn Jahren eine kontinuierliche Ausbildung von Puppenspielern gestatteten. Trotzdem könne er „auf Anhieb ... ein gutes Dutzend Puppenspieler" nennen, „die ihren Beruf durchaus beherrschten", stellte der Puppenspieler Dietmar Müller in einem an „Theater der Zeit" gerichteten Leserbrief fest. Die „Erfahrungen und Kenntnisse dieser Kollegen" seien jedoch „für die Ausbildung der Studenten weitgehend ungenutzt" geblieben.

Politische Gängelung, Unfreiheit und ideologischer Dogmatismus haben zu der allgemein schlechten Qualität der „DDR"-Puppentheater geführt, deren Mitglieder sich außerdem mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen (z. B. Raumnot, Materialmangel, fehlende Aufführungsmöglichkeiten) herumschlagen müssen.

HARALD BUDDE

JOURNAL

Jugoslawische Künstler attackieren Regierung

AFP, **Belgrad**

Das jugoslawische „Komitee zum Schutz der künstlerischen Freiheit" hat die Regierung in Belgrad des „Machtmißbrauchs" gegenüber Intellektuellen bezichtigt und die Behörden aufgefordert, dem Feldzug gegen die Intelligenzija ein Ende zu machen. In der Literaturzeitung „Knjizevne Novin" wurde „täglicher" Mißbrauch der Funktionen in Ämtern und Instanzen angeprangert, um Intellektuellen den Zutritt zum öffentlichen Leben zu verwehren. Opfer der Übergriffe sei beispielsweise der 1968 aus der Partei ausgeschlossene serbische Schriftsteller Dobrica Cosic. Das Komitee verurteilte auch die „Beleidigungen" von Presseorganen oder Redaktionen, die kritische Bücher „verteidigen oder veröffentlichen".

Karajan über Musik in der Zukunft

dpa, **Berlin**

Herbert von Karajan macht sich „Gedanken über die Musikausübung in der Zukunft" und arbeitet zur Zeit an einem Buch über das ihm besonders am Herzen liegende Thema. Das teilte der Chefdirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters im Internationalen Congress Centrum Berlin bei einem unter diesem Motto stehenden Gespräch mit. Karajans Überblick reichte von den Troubadouren mit ihren „gesungenen Zeitungen" bis zur „Explosion von Musik und des Musikverständnisses" in der Gegenwart. Dabei legte der Dirigent ein uneingeschränktes Plädoyer für die neuen Medien und deren Entwicklung ab, die dazu beigetragen hätten, das Musikverständnis zu fördern.

Kieler Uni: Institut für Sicherheitspolitik

rmc. **Kiel**

Dem neugegründeten Institut für Sicherheitspolitik in Kiel ist vom Kultusministerium Schleswig-Holsteins die Rechtsstellung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Christian-Albrechts-Universität verliehen worden. Minister Peter Bendixen folgte damit einem Antrag der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle e. V., die das Institut trägt und finanziert. Auch der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft hilft die Finanzierung sichern. Aufgabe des Instituts soll es sein, das Gebiet der Sicherheitspolitik und der Abrüstung in die wissenschaftliche Forschung einzubeziehen. Institutsdirektor ist Professor Werner Kaltefleiter.

„Küstermeier-Preis" für israelische Künstler

AP, **Tel Aviv**

Der israelische Schauspieler Shmuel Rodensky und der Pianist Daniel Höxter sind in Tel Aviv in Anerkennung ihrer Verdienste um die Vermittlung israelischer Kultur in der Bundesrepublik mit dem „Rudolf-Küstermeier-Preis" ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung, benannt nach dem ersten Korrespondenten der Deutschen Presseagentur in Israel, Rudolf Küstermeier, ist mit je 1500 Mark dotiert und wird von der Israelisch-Deutschen Gesellschaft verwaltet. Die Mittel wurden im Jahre 1976 vom Verleger Axel Springer zur Verfügung gestellt.

Konzeptionslosigkeit auf „DDR"-Bühnen

AFP, **Berlin**

Konzeptionslosigkeit in der Repertoireplanung hat der stellvertretende Ostberliner Kulturminister Martin Meyer den „DDR"-Bühnen vorgeworfen. Viele Theater hätten offensichtlich Schwierigkeiten, eine Konzeption für einen längeren Zeitraum vorzulegen, obwohl es fast überall Festlegungen zur Profilbestimmung des Theaters gebe.

Unbekanntes Drama von Milosz gefunden

JGG. **Warschau**

Die polnische Zeitschrift „Theateralbum" (Pamietnik Teatralny) veröffentlichte ein unlängst gefundenes und bisher unbekanntes Drama des polnischen Literatur-Nobelpreisträgers Czeslaw Milosz (USA). Das Drama schrieb Milosz im Zweiten Weltkrieg im Auftrag des illegalen polnischen „Geheimen Theaterrates". Teile des Dramas sind selbständige Gedichte. Der Text hat für Polens Literaturhistoriker, wie es heißt, hohen „historisch-literarischen Wert".

Der Obelisk von Luxor wird endlich blau

AFP, **Paris**

Zu Ehren des 1962 gestorbenen „Neuen Realisten" Yves Klein wird der Obelisk von Luxor auf dem Pariser Place de la Concorde blau. Das Happening für Yves Klein, der vor allem für seine blauen Monochromien und seine Theorien über den leeren Raum berühmt wurde, findet am 1. März um 20 Uhr statt. Die Scheinwerfer, mit denen der Obelisk nachts angestrahlt wird, wurden zu diesem Zweck mit einem Speziallack überzogen, der den Monolithen in leuchtendes Königsblau taucht. Die Idee des blauen Obelisken stammt von Yves Klein selbst, der zur Eröffnung seiner Ausstellung „Yves le Monochrome" im Jahr 1957 einen ersten Versuch unternommen hat. Der farbigen Verwandlung des Monuments hat sich damals jedoch der Polizeipräfekt von Paris widersetzt.

Blutiges Ende der Mär vom Frieden in China-Town

HANS STÜCK, Seattle

Der 61jährige Chinese Wai Chin, der einzige Überlebende des blutigsten Massakers in der Geschichte des amerikanischen Nordwestens, ist derzeit einer der bestbewachten Männer der USA. Soeben dem Tod entronnen, nach Entfernung einer Kugel im Hals, liegt er in einem Krankenhaus in Seattle, das rund um die Uhr von Dutzenden Polizisten und Zivilfahndern beobachtet wird.

Die Sorge der Polizei, daß Chin weiteres Unheil zustoßen könnte, ist nur zu verständlich. Schließlich haben seine Aussagen, wegen der schweren Verletzung mehr gehaucht als geflüstert, schon zwei der Verbrecher entlarvt, die vergangenen Freitag, gegen Mitternacht, aus bislang ungeklärten Motiven ein Blutbad in einer chinesischen Spielhölle anrichteten, dem zwölf Männer und eine Frau zum Opfer fielen.

Nach Mafia-Vorbild

Die Bluttat im Wah-Mee-Klub in Seattles kleinem Chinesenviertel zerstörte nun auch in dieser Stadt am Pazifik die sorgsam gewebte Legende vom friedlichen Chinesen-Völkchen auf einer Insel der Wohlanständigkeit im großstädtischen Verbrechensdschungel. Im fernen New York bekam die Mär schon vor einigen Wochen erste Risse, als ein Massaker in einem Restaurant der dortigen China-Town drei Tote und mehrere Verletzte, wie in Seattle alles Chinesen, forderte.

Den Polizisten, die gegen ein Uhr morgens die Tür zum Privatklub Wah-Mee (schönes China) aufbrachen, bot sich ein gräßlicher Anblick. Auf dem Boden der fensterlosen Spielhölle lagen 12 tote Chinesen in riesigen Blutlachen. Alle waren an Händen und Füßen mit Nylonschnüren gefesselt und wiesen gleichartige Kopfschüsse auf. Die Polizei sprach von einer regelrechten Hinrichtung nach Mafia-Vorbild. Die Leiche eines dreizehnten Chinesen lag ungefesselt im Büro des Klubs.

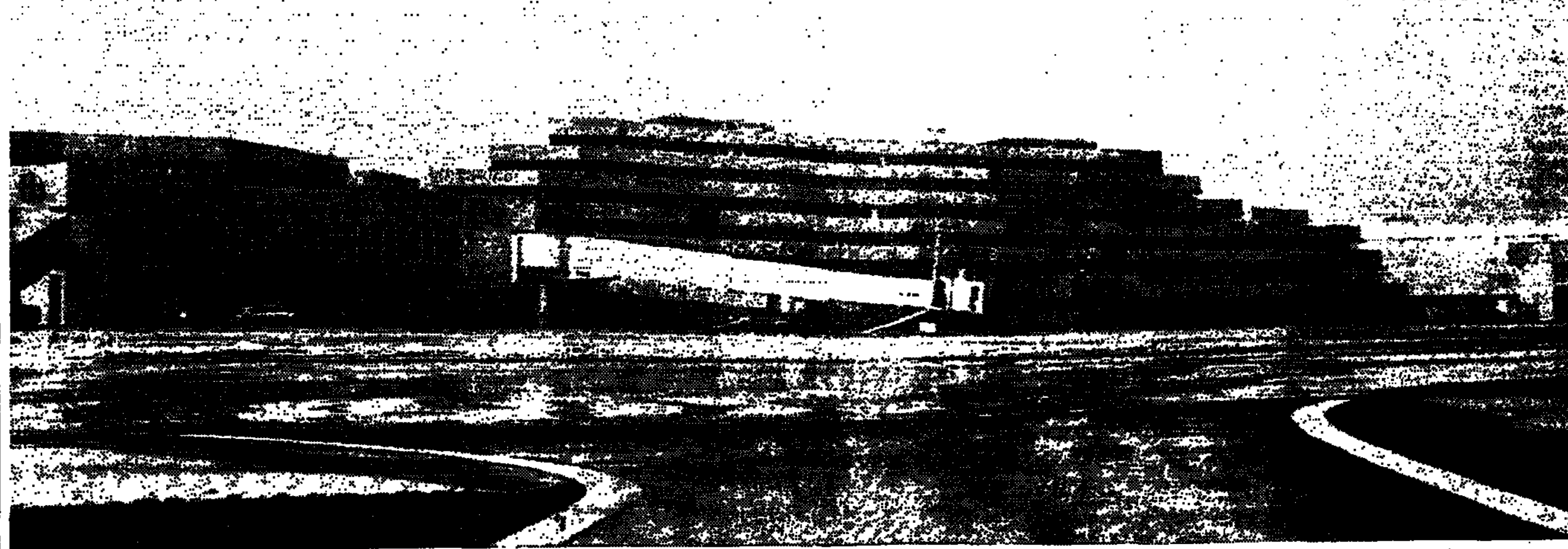
Der verletzte Chin, ein Mann fragwürdigen Hintergrundes, vermutlich ein Dealer, hatte kurz vor Eintreffen der Polizisten noch unter den Leichen gelegen. Dann war es ihm jedoch trotz seines Halsschusses und der Nylonfesseln gelungen, auf die Straße zu kriechen, wo er blutüberströmt von Passanten entdeckt wurde. Seine Aussage noch auf dem Operationstisch führte unmittelbar darauf zur Verhaftung zweier junger Chinesen, 20 und 22 Jahre alt, die beide aus Hongkong stammen, aber schon seit einigen Jahren in Seattle leben. Sie gehören einer Schutz-Gang an, die gegen Bargeld Bar- und Restaurantbesitzer Schutz vor sich selber anbieten.

Viele Neuzuwanderer

Im Wah-Mee-Klub wurde immer nur um höchste Beträge gespielt. Als Spieler zugelassen waren ausschließlich Chinesen. Das beliebteste Glücksspiel ist „Paykyo", eine Art Domino-Spiel. Die Mörder müssen im Klub eingeführt gewesen sein, denn sonst wären sie kaum in das Gebäude gelangt, das mit ausgeklügelten Alarmanlagen und Schlössern gesichert ist.

Seattles China-Town ist ein kleines Areal mit zweisprachigen Straßenschildern, chinesischen Restaurants und chinesischen Geschäften. Der Wah-Mee-Klub ist einer der ältesten Klubs in dem Viertel, dessen Bevölkerung traditionell eng zusammenhält. „Anzeigen aus China-Town", so ein Polizist, „kriegen wir selten."

In Seattles Chinesenviertel wie im viel größeren China-Town New Yorks sieht man den plötzlichen Ausbruch der Gewaltkriminalität als eine Folge einer sich radikal ändernden Bevölkerungsstruktur, seitdem immer mehr Neuzuwanderer aus Asien in die organisch gewachsenen Viertel einströmen. So gab es 1940 nur 1200 alteingesessene Chinesen in Seattle, während es 1960 schon 4000 waren. Bis 1980 stieg die Zahl auf knapp 10 000 an. (SAD)



Eher an einen Geisterflughafen erinnert der Airport in Wahn, der bei seiner Eröffnung als das „Bonner Tor zur Welt" gefeiert wurde. FOTO: DANKERT

Dunkle Wolken über dem Flughafen auf der Wahner Heide

WILM HERLYN, Köln

„Defätismus", grollte Reimut Jochimsen und drohte in Richtung Köln – „Versteckspiel" ärgerte er sich und drohte in Richtung Bonn: Der nordrhein-westfälische Wirtschafts- und Verkehrsminister hat allen Grund, mit sich und der Welt unzufrieden zu sein. Denn – aufgeschreckt durch die Forderung seines *Amtsvorgängers, Horst* Ludwig Riemer, heute verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Düsseldorf sollte den Flughafen Köln übernehmen, und die Meldung, die Stadtväter der Domstadt würden am liebsten ihre Anteile am maroden Flughafen Köln/Bonn verkaufen und zuletzt der – so Jochimsen – „starren Haltung" von Verkehrsminister Werner Dollinger (CSU) – sieht der SPD-Landesminister seine Zusagen und Versprechen in ein Nichts zerrinnen.

Die Ausgangslage ist bedrükkend genug: Der „Regierungs-Flughafen" in der Wahner Heide – vor knapp 13 Jahren mit viel Pomp eröffnet, verzeichnet inzwischen mehr Neugierige, wie zum Beispiel kürzlich die Besucher einer Tourismus-Messe im Abfertigungsgebäude, denn Reisende. Bundespräsident Gustav Heinemann nannte den Flughafen enthusiastisch das „Bonner Tor zur Welt" doch ist der Terminal eher ein Notausstieg, nachdem die Lufthansa vor zwei Jahren auch ihren *letzten* interkontinentalen Flug nach Düsseldorf verlegt hatte.

In der Statistik liegt Köln mit zwei Millionen Fluggästen weit abgeschlagen hinter Frankfurt (17 Millionen) und der unmittelbaren Konkurrenz in Düsseldorf (8 Millionen). Dazu kommt zum Ärger der Kölner, daß die Lufthansa seit März 1982 den „Airport-Expreß" zwischen Frankfurt und Düsseldorf *(über Köln) einsetzt*, der beachtliche Flugkapazitäten aus Nordrhein-Westfalen insgesamt, aber vor allem aus dem Raum Köln abzieht.

Die Flughafen Köln-Bonn GmbH erhält von den Gesellschaftern allerdings keine Betriebszuschüsse. Die Kölner Aufwendungen von jährlich rund sechs Millionen Mark betreffen den Zinsen- und Tilgungsdienst für Darlehen in Höhe von 58,7 Millionen Mark, mit denen sich die Domstadt als einer der drei Hauptgesellschafter von 1966 bis 1973 am Ausbau der Wahner Anlage beteiligt hat.

Seit 1959 wurden in Köln/Bonn 390 Millionen Mark investiert, davon 112,6 Millionen durch die Fluggesellschaft und 277,4 Millionen zu gleichen Dritteln von Bund, Land und Stadt Köln. Die Domstadt hatte nicht, wie Bund und Land, das gesamte Geld für die Investitionen aus dem Haushalt entnommen, sondern die Flughafengesellschaft mußte für die Stadt die Mittel zum Teil auf dem freien Kapitalmarkt erwerben. Inzwischen sind gerade 11,4 Millionen Mark getilgt, so daß noch eine Restschuld von 47,3 Millionen Mark besteht.

Kein Wunder, daß diese Schulden angesichts der sich verschlimmernden Finanzlage als immer drückender empfunden werden. Als nun Oberbürgermeister Norbert Burger und Oberstadtdirektor Kurt Rossa in der vergangenen Woche Werner Dollinger den Ratsbe*schluß präsentierten, der den* Verkauf der städtischen Flughafenanteile vorsieht, stießen sie auf wenig Gegenliebe. Rossa: „Dollinger ließ durchblicken, daß er doch nicht positiv für die Übernahme der Anteile entscheiden werde."

Jochimsen sieht das Verkaufsangebot der Kölner Stadtväter als Miesmacherei von Leuten, die nicht an den Erfolg glaubten. Denn er hatte mit dem früheren SPD-*Bundesminister für Verkehr*, Volker Hauff, Gespräche vereinbart, die auf eine Stärkung des Kölner Flughafens hinauslaufen sollten: ein Konzept hieß engere Zusammenarbeit der Gesellschafter in Düsseldorf und Köln. Der Bund will neue Landerechte vorzugsweise für Wahn und nicht für Lohausen vergeben, der Charterverkehr müsse nach Köln umgelenkt und vor allem sollen im S-Bahn-Nahverkehr direkte Anschlüsse geschaffen werden.

Dollinger nun scheint das Heil des Flughafens auch in einer engeren Kooperation zwischen Düsseldorf und Köln zu sehen. Er kündigte an, eine Kommission einzusetzen. *Rossa vermutet aber: „Das ist* doch nur wieder Aktionismus, der vortäuscht, es geschehe etwas." *Auf Granit* bissen die Kölner aber bei ihren Forderungen, den Nahverkehr und damit den direkten Anschluß auszubauen ebenso wie der Wunsch nach Einstellen des Airport-Expresses der Lufthansa.

Auch die Lufthansa zeigt sich hartherzig. Als Burger Lufthansachef Ruhnau jetzt aufforderte, die LH solle die Linie Hamburg-Köln-Mailand, von der sich die „Alitalia" zurückziehen will, übernehmen, erhielt er die Antwort: Von Köln nach Hamburg wolle Ruhnau gern fliegen, nach Mailand jedoch nicht.

Die Forderung Riemers, Düsseldorf solle Köln ganz übernehmen, stößt in der Landeshauptstadt auf wenig Gegenliebe. Allerdings sprach sich Jochimsen dafür aus, den gesamten Flugverkehr zum Balkan auf den Kölner Flughafen zu konzentrieren. Verschreckt reagierten schon die Düsseldorfer auf die Idee, etwa Chartergesellschaften und Reiseunternehmen – gegen ihren Willen – nach Köln-Bonn zu dirigieren. So ist das Konkurrenzdenken nun doch stärker als der Wunsch, *dem* Nachbarn aus der Patsche zu helfen.

„Die Siegreiche" versinkt in einer Flut von Menschen und Abwässern

In Ägypten hat die Landflucht katastrophale Folgen / Kairos Probleme sind unlösbar

PETER M.-RANKE, Kairo

Vor den Büros der saudischen und irakischen Fluggesellschaften in Kairo stehen lange Menschenschlangen. Es sind Studenten, Regierungsangestellte und viele Fellachen (Landbewohner) in ihren langen Galabiyen und mit einem wärmenden Wollschal um den Kopf. Sie warten geduldig auf ihr Ticket, denn alle haben nur einen Wunsch: fort aus Kairo, weg aus Ägypten.

Im Ausland werden die nun schon mehr als zwei Millionen Ägypter als Handlanger und Billigarbeiter meist schlecht bezahlt, aber immerhin können sie ein paar Dollar sparen oder nach Hause schicken. Hunderttausende von Familien im Niltal sind auf diesen „Verdienst" der Väter und Söhne angewiesen, denn das Land kann längst nicht mehr die 45 Millionen Ägypter ernähren.

Zuzugsstopp erwogen

Die Übervölkerung allein in der Hauptstadt Kairo ist so katastrophal, daß ein Zuzugsstopp erwogen wird. Denn al-Kahira (die Siegreiche) verkommt, die Probleme sind unlösbar. Die riesige Stadt wird immer mehr zum Slum und droht unter der Menschenflut von zehn bis zwölf Millionen „Einwohnern" zu ertrinken. Schon in 17 Jahren, im Jahr 2000, sollen es zwanzig Millionen sein.

Die Masse der Stadtbevölkerung kommt wegen der steigenden Preise kaum mehr zurecht. Die Mieten sind zwar billig, aber bei einem Durchschnittsverdienst von 30 bis 100 Pfund (ein Pfund = drei Mark) im Monat reicht es nur zu Fladenbrot und „foul", gekochten Pferdebohnen mit Tomaten. Kein Fleisch. Viele Stadtviertel mit ihren engen und dreckigen Gassen, mit ihren zwei- oder dreistöckigen braunen Lehmziegel-Häusern verdienen wirklich nur noch die Bezeichnung Elendsviertel.

Zum Glück gibt es die „Gazeiya", die Staatsläden mit subventionierten Preisen. Aber Orangen und Gemüse sind minderwertig, Fleisch rar. Würde die Regierung die Grundnahrungsmittel nicht subventionieren – Tee, Zucker, Brot, Speiseöl, aber auch Medikamente und Benzin –, könnte es jeden Tag einen Aufstand geben. Wegen der Bevölkerungszunahme steigen aber auch die Staatshilfen ständig – dieses Jahr schon auf 4,5 Milliarden Pfund, ein Drittel der Gesamtausgaben.

Doppelarbeit ist nicht nur gesucht, sondern lebensnotwendig. Der Taxi-Fahrer Fuad ist Ingenieur bei den Wasserwerken, doch in der freien Zeit teilt er sich den gemeinsam angeschafften Fiat 131 mit zwei Brüdern, die auch nur so ihre Familien durchbringen können. Er erklärt das System, durch das Millionen Ägypter bei hohen Preisen und geringen Einnahmen noch überleben. Es hat viel mit „Bakschisch" zu tun, das aber in Wirklichkeit Zubrot ist.

Wenn, wie jetzt, die Butangas-Flaschen zum Kochen und Heizen knapp sind, zahlt man eben nicht die offiziellen 60 Piaster, sondern ein Pfund, um lebensgefährliche Rangeleien an den Ausgabe-Stellen zu vermeiden. In der „Gameiya" drückt man dem Verkäufer zehn oder zwanzig Piaster in die Hand, um einigermaßen frisches Gemüse oder ein besseres Stück Kamelfleisch zu bekommen. Die Fellachen mit ihren Gemüse-Karren müssen schon vor der Stadt ihre Zwischenhändler „bestechen", *und Fuad zahlt als Taxifah*rer auch dem Polizisten vor dem Hotel wöchentlich ein Pfund, damit er Touristen fahren darf. Der Polizist muß das Geld aber mit seinen Kollegen teilen, sonst erhält er einen anderen Posten. So machen es alle.

Die Altstadt verrottet

Die Presse versucht, mit Erfolgsberichten die Stimmung zu heben. Etwa mit der Meldung, daß in einem Vierteljahr elf Millionen Ratten, also überflüssige Esser, vernichtet werden konnten. Oder mit dem Bericht, daß der Westen nun eine Milliarde Dollar für eine U-Bahn und für ein neues Abwasser-System vorschießen werde. *Die* Wasser- und Abwasserleitungen in Kairo wurden 1914 für eine Millionen Bewohner gebaut, manche Wasserleitungen stammen noch aus dem Jahr 1865.

In der Altstadt gehen die Schäden an den alten und schönen Moscheen, Karawansereien, Brunnen und Koran-Schulen aus einem Jahrtausend längst in die Millionen. Ihre Fundamente werden langsam und sicher vom Abwasser und salzigem Grundwasser zerstört. Das alte Kairo verrottet, wen kümmert es schon? Die Regierung hat gerade wieder für 400 Millionen Dollar modernes Militärmaterial in Washington und Paris gekauft. (SAD)

Ein Däne bietet Väter aus dem Katalog

Künstliche Befruchtung ohne medizinische Kontrolle

REINER GATERMANN, Stockholm

Eine Adresse und eine Telefonnummer in dem Kopenhagener Stadtteil Nörrebro beschäftigen in Dänemark und Schweden Politiker, Ärzte und Juristen. Hinter ihnen verbirgt sich der „Sperma-Hilfsfonds" des Bo Warming (37). Seit dreieinhalb Jahren vermittelt er ohne größere medizinische Kontrollen und auf recht unkonventionellem Weg Kontakte zwischen Frauen, die ein Kind bekommen wollen, und Samenspendern. Bisherige Versuche der dänischen Behörden, ihn zu stoppen, scheiterten an der fehlenden rechtlichen Grundlage.

An Bo Warming wenden sich viele alleinstehende Frauen, darunter nicht wenige, die lesbisch sind. Denn in Dänemark und Schweden werden an öffentlichen Krankenhäusern künstliche Befruchtungen nur verheirateten Frauen zugestanden. Bo Warming jedoch fragt nicht nach Familienstand oder Gründen. Die Frau kann in einem Album unter etwa hundert Männern wählen, meistens Dänen; in der Liste findet man aber auch einen Schweden, einen Deutschen und einen Norweger. „Hat sich die Frau entschieden, stelle ich den Kontakt zwischen den beiden her, alles andere ist deren Sache", beschreibt der Vermittler seine Aufgabe.

„Nur zehn Prozent bevorzugen bei der Befruchtung den natürlichen Weg, ich selbst halte die Pessarmethode für die beste", erklärte Bo Warming. Er fordert von den Spendern lediglich ein Foto von sich selbst und ihren Kindern. In der Werbung für seinen Fonds – die dänischen Zeitungen weigern sich inzwischen, seine Anzeigen zu veröffentlichen – heißt es über die Spender: „Sie sind Familienväter, haben mehrere gesunde Kinder *und in ihren Familien keine erbli*chen Geisteskrankheiten oder Veranlagung zur Fehlgeburt." Bisher will er rund 300 Kontakte hergestellt haben, etwa siebzig Frauen seien schwanger geworden. Ist der erste Versuch erfolglos, garantiert der Vermittler: „Dann muß der Spender noch mal kommen."

Bo Warming sieht sich und die Männer, die sich auf seine Liste setzen lassen, als Idealisten. „Ich will den Menschen helfen, so einfach ist das. Dies ist genauso, als ob man Blutspender ist." Er gibt jedoch zu: „Ich will auch den Behörden ein Dorn im Auge sein. Ich will beweisen, daß wir ohne die Bevormundung der Ärzte und der Bürokratie klarkommen." Die Frau müsse die Unkosten des Spenders bezahlen, er selbst rechne lediglich mit einer Spende für den Fonds.

Die dänische Gesundheitsbehörde kritisiert hauptsächlich die nach ihrer Ansicht unzureichende genetische und hygienische Kontrolle. In Schweden wird inzwischen nach einem Gesetz gerufen, das die „Kopenhagener Methode" untersagt und überhaupt die künstliche Befruchtung regelt. Dabei denkt man in erster Linie an die rechtliche und soziale Stellung des auf diesem Weg gezeugten Kindes, vor allem, wenn es eine alleinstehende Mutter hat.

Verhandlung in Valetta mit Luftpiraten

AP/AFP, Valetta

Den ganzen Tag über verhandelte gestern die maltesische Regierung mit Luftpiraten, die am Sonntag abend eine Boing 727 mit 16[illegible] *Passagieren an Bord von Lybier* nach La Valetta entführt hatten.

Die Regierung wollte den Weiterflug nur zulassen, wenn alle Gei[illegible] seln freigelassen werden. Die Luftpiraten drohten damit, auch ohne neuen Treibstoff zu starten. Die Maschine der Luftfahrtgesellschaft „Lybian wurde auf einem Inlandsflug zu der Kursänderung gezwungen. In Valetta forderten die Entführer, die Maine aufzutanken, um zu einem nichtgenannten Ziel können. 50 Minuten nach der Landung jedoch durch Feuerwehrfahrzeuge blockieren lassen. Später wurde die Maschine

Über Zahl und Identität der Luftpiraten war auch bis Redaktionsschluß nichts Näheres bekannt.

Hotelbrand: Neun Tote

AFP, Yamagata

Bei dem Brand einer Hotelanlage in dem nordjapanischen Wintersportort Zao sind gestern mindestens neun Menschen ums Leben gekommen. Drei weitere Hotelgä*ste* werden noch vermißt. Die Brandursache ist bislang nicht bekannt.

Kind erschossen

AFP, Madrid

Ein zweijähriger Junge ist von spanischen Zivilgardisten bei einer Verkehrskontrolle nahe Toledo erschossen worden. Zivilgardisten hatten auf einer Landstraße ein Fahrzeug mit einem Ehepaar und drei Kindern stoppen wollen. Als der Mann am Steuer nicht anhielt, eröffneten die Militärs das Feuer auf den Wagen. Der Vater erklärte später vor der Polizei, er habe geglaubt, es mit „zwei Gangstern" zu tun zu haben.

Predigt nach Eieruhr

rtr, Bedford

Die Gläubigen in der katholischen Kirche St. Philip nahmen die Ankündigung ihres Pfarrers mit Erleichterung auf. Dieser hatte ihnen soeben mitgeteilt, er habe in seine Kanzel eine Eieruhr installiert. Diese solle ihn daran erinnern, seine Predigt nach zehn Minuten zu beenden.

Brems-Urteil

dpa, München

Autofahrer, die überholen, müssen anschließend auf einen ausreichenden Abstand zum Hintermann achten. Der ADAC wies gestern an ein Urteil des Oberlandesgericht Düsseldorf (Aktenzeichen: 24 u 8[illegible] 82) hin, das einem Autofahrer zwei Drittel der Haftung anlastete, weil er einen überholten Verkehrsteilnehmer „schnitt" und durch dessen Ausweichmanöver einen Unfall verursachte.

Lotsendienst gerettet

dpa, Bonn

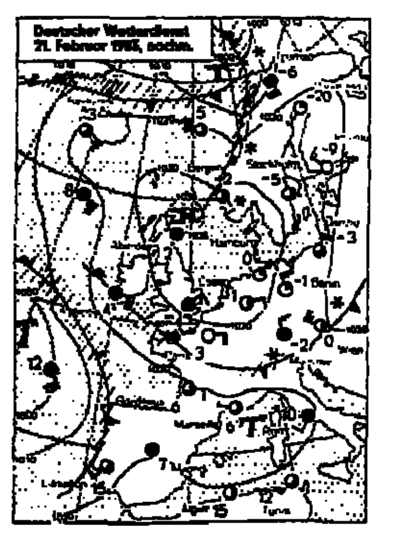
Mit einer Finanzspritze von einer halben Million Mark hat ein Kölner Automobilunternehmen dem finanziell gefährdeten Schülerlotsendienst der Deutschen Verkehrswacht (DVW) unter die Arme gegriffen. Damit, so die DVW, sei sichergestellt, daß die 60 000 Schülerlotsen sich auch in diesem Jahr für mehr Verkehrssicherheit ihrer Schulkameraden einsetzen können.

ZU GUTER LETZT

„Wahnfritz' Tod in Venedig" *Überschrift in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung"*)

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Ein kräftiges Hoch über der Nordsee verlagert seinen Schwerpunkt nach Deutschland und bestimmt mit trockener Kaltluft das Wetter.



Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: Nach Auflösung von Dunst oder örtlichem Nebel heiter bis wolkig, zum Teil auch sonnig und durchweg niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen zwischen 1 und 4 Grad, in den Mittelgebirgen leichter Dauerfrost. Nachts meist klar und Frost um minus 3 Grad. Über Schneeflächen zum Teil bis minus 10 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Andauer des wolkenarmen Hochdruckwetters.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	–1°	Kairo	15°
Bonn	2°	Kopenh.	–1°
Dresden	–3°	Las Palmas	20°
Essen	–1°	London	4°
Frankfurt	1°	Madrid	7°
Hamburg	0°	Mailand	6°
List/Sylt	0°	Mallorca	12°
München	–2°	Moskau	–5°
Stuttgart	–1°	Nizza	11°
Algier	15°	Oslo	–4°
Amsterdam	3°	Paris	3°
Athen	9°	Prag	3°
Barcelona	9°	Rom	10°
Brüssel	3°	Stockholm	–5°
Budapest	2°	Tel Aviv	10°
Bukarest	1°	Tunis	12°
Helsinki	–3°	Wien	0°
Istanbul	3°	Zürich	–°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.21 Uhr. Untergang: 17.50 Uhr, **Mondaufgang:** 12.44 Uhr, Untergang: 4.47 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Piratensender meldete eine Katastrophe

Frequenzen des SWF für Falschmeldung über Trinkwasserverseuchung mißbraucht

XING-HU KUO, Baden-Baden/Köln

„Das Ministerium für Arbeit und Soziales gibt hiermit bekannt: *Großflächige Wald- und Trinkwas*sergebiete sind im Kölner Raum verseucht." Eine junge Frauenstimme verkündete gestern zwischen 10 und 11 Uhr glaubwürdig diese Schreckensnachricht auf der Frequenz 94,8 UKW, die dem Dritten Programm des Südwestfunks Baden-Baden (SWF) gehört.

Da die Ansage mehrmals wiederholt wurde und offenbar viele Kölner Hörer des Südwestfunks erreichte, kam es zu erheblicher Unruhe. Ahnungslose Hörer glaubten zunächst an eine amtlich verkündete Katastrophe, zumal die Erkennungsmelodie der Baden-Badener Rundfunkanstalt von dem unbekannten „Piratensender" mitgeschnitten und als „amtlicher" Anstrich für diese Sendung mißbraucht worden war.

Hunderte von Anrufe erreichten daraufhin die Wasserwerke der Stadt Köln, die Polizei und den Baden-Badener Sender. Vor allem beim SWF liefen die Telefone heiß.

Sowohl der Südwestfunk als auch der Westdeutsche Rundfunk (WDR) teilten daraufhin mehrmals am Vormittag mit, daß die Meldung des Schwarzsenders falsch und das Trinkwasser im Kölner Raum nach wie vor „einwandfrei" sei.

Die Kriminalpolizei in Köln hat inzwischen die Ermittlungen gegen die noch unbekannten Betreiber des Senders aufgenommen. Ein Sprecher zur WELT: „Bisher haben wir noch keine heiße Spur." Die Polizei bestätigte, daß vor einigen Monaten ein Sender namens „Radio Wahnsinn" in jenem Raum ausgehoben worden sei. Inhalt der Sendungen dieses illegalen Senders waren jedoch politische Themen wie Abrüstung und ähnliches mehr, Katastrophenmeldungen der jetzigen Art seien seinerzeit nicht festgestellt worden. Ob ein Zusammenhang zwischen „Radio Wahnsinn" – hier sind die Ermitt*lungen noch nicht abgeschlossen* und die Betreiber noch nicht verurteilt – und dem neuen Fall besteht, muß noch geklärt werden.

Sowohl die Kölner Wasserwerke als auch der Südwestfunk werden gegen die unbekannten „Piraten" Strafanzeige erstatten. Ein Sprecher der Wasserwerke: „Hier handelt es sich um eine kriminelle Aktion." Ein SWF-Sprecher unterstrich, bisher hätten Amateursender lediglich „Juxmeldungen" verbreitet. Der jetzt anstehende Fall sei jedoch „zynisch und unverfroren, da der Piratensender die Ängste der Menschen verantwortungslos mißbraucht hat".

Darüber hinaus sei der Vorfall für den Sender eine „ausgesprochen peinliche Angelegenheit", denn man könne nicht mehr sicher sein, daß künftig erneut mit Hilfe etwa der Erkennungsmelodie Mitteilungen von Schwarzsendern einen „offiziellen" Charakter bekommen können: „*Hoffentlich macht* dies keine Schule", so der SWF-Sprecher.

Die Wasserwerke in Köln haben nach Bekanntwerden der ersten „Alarmmeldungen" auch die Bundespost eingeschaltet. Es war den Post-Experten allerdings nicht möglich, den Standort des „Pira*tensenders" ausfindig* zu machen. Denn die Ansagerin des „Piratensenders" meldete sich nur jeweils 30 bis 45 Sekunden.

Im übrigen bewahrheitete sich die Ankündigung des Senders nicht, von 11 Uhr vormittags an auf einer anderen Frequenz (101 Megahertz) „weitere Informationen" zu der Trinkwasservergiftung zu bekommen. „Wenigstens dies scheint nicht geklappt zu haben", bemerkte ein Sprecher der Stadtwerke.

LEUTE HEUTE

Erfolgs-Rezept

„Ich bin nicht imstande, etwas auf Dauer zu tun, ich habe keine Leidenschaften. Ich habe kein bevorzugtes



Genre, fühle mich zu nichts berufen. Ich biedere mich nie bei Regisseuren an, ergreife nie die Initiative, verkaufe mich nicht wie einen Luxusartikel – man muß mich holen kommen." Was sich liest, wie aus dem Leben eines Taugenichts, ist das Erfolgsrezept des derzeit höchstbezahlten französischen Filmstars: **Cathérine Deneuve**. Sie verriet es jetzt zur Premiere ihres jüngsten Streifens „Der Afrikaner".

Herz-Operation „live"

Zum erstenmal *operierte* gestern Chef-Chirurg **Edward B. Diethrich** vom Arizona Heart Institute einen Patienten am offenen Herzen, während die Fernsehkameras die Operation live übertrugen. Der Herzspezialist, der Senator **Barry Goldwater** und viele andere Prominente operiert hat, verpflanzte einem Patienten Venen aus dem Bein in Herz.

Blitztrauung

In aller Heimlichkeit hat die ungarische Schauspielerin **Catherine Schell**, unvergessen seit dem Film „Die Rückkehr des rosaroten Panthers", den Fernsehregisseur **Bill Hays** geheiratet. Die beiden hatten sich bei der Zusammenarbeit lieben gelernt und waren seit sechs Jahren eng befreundet. Die Idee soll ihnen ebenso plötzlich gekommen sein, wie sie sie in die Tat umsetzten.

Rache für Mesrine

Die Polizei auf Korsika ist zu erhöhter Wachsamkeit aufgefordert worden, um den französischen Kommissar **Robert Broussard** vor einem Anschlag des in Spanien ausgebrochenen Verbrechers **François Besse** zu schützen. Bei der Polizei in Nizza ist ein anonymer Anruf eingegangen, wonach der „Ausbrecherkönig" den französischen „Super-Flic" Broussard aus *Rache für* seinen früheren Komplizen, den von der Polizei getöteten Jacques Mesrine, umbringen wolle.

